WOCHENAUSGABE

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

für Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung

Nr. 5. 2. Februar

4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

Aus dem Inhalt:

Sinowjew: Der Tod Lenins und die Aufgaben seiner Schüler.
Thalheimer: Lenin.
Julius: Lenin und die marxistische Methode.
Kreibich: Der französisch-tschechoslowakische Vertrag.
Treint: Bürgerliche Blocks und der Anarchismus in Frankreich.
Grieco: Die Parlamentswahlen in Italien.
Stawrides: Die politische Krise in Griechenland.
Resolution über die Ergebnisse der Diskussion und die kleinbürgerlichen Tendenzen in der RKP.
Abusch: Der Wahlkampf in Thüringen.
Erikus: Die Justiz in der Ebert-Republik.
Ferid: Industrie und Landwirtschaft in Deutschland.
D. P.: Der Niedergang des belgischen Franken.
Nearing: Die Petroleumfrage.
Ferid: Die Petroleumrevolution in Mexiko.
Ashleigh: Der Eisenbahnerstreik in England.
Murphy: Streikbewegungen in England.
Jacques: Der Lyoner Kongreß der KPF.
Amter: Ein Tagblatt in englischer Sprache in Amerika.
Wagner: Ein Jahr „Rote Hilfe".
Domski: Faschismus in Polen.
Buchbesprechungen.

Ade Iljitsch! Ade Führer!

Von L. Trotzki.

** **Lenin ist nicht mehr.** Lenin ist dahingegangen. Die dunklen Gesetze, die die Tätigkeit der Blutgefäße beherrschen, haben diesem Leben ein Ende bereitet. Die ärztliche Kunst hat nicht vermocht, das zu vollbringen, was von ihr Millionen von Menschenherzen mit Leidenschaft gefordert hatten. Wie viele unter ihnen hätten ohne Zögern ihr eigenes Blut bis zum letzten Tropfen dahingegeben, um wieder zu beseelen, wieder zu beleben den Blutkreislauf des großen Lenin, des Iljitsch, des einzigen, des unvergleichlichen Führers. Aber dort, wo die Wissenschaft nichts mehr vermochte, ist ein Wunder nicht eingetreten.

Lenin ist nicht mehr. Diese Worte stürzen auf unser Bewußtsein ein wie ein ungeheurer Fels ins Meer. Wie es glauben, wie es fassen? Das Bewußtsein der Werktätigen der ganzen Welt wird sich dagegen sträuben, diese Tatsache hinzunehmen, denn die Feinde sind mächtig und drohend, der Weg, der zu durchmessen ist, ist lang und gefahrvoll, das ungeheure Werk, das größte, das die Geschichte kennt, ist noch nicht vollendet.

Lenin ist den arbeitenden Klassen der Welt vonnöten, mehr als je in der Geschichte der Menschheit ein Mensch vonnöten gewesen sein mag.

Die zweite Phase seiner Krankheit, schwerer als die erste, dauerte bereits zehn Monate an. Nach dem bitteren Ausdruck, den die Ärzte anwandten, „spielten" die Organe seines Blutkreislaufes die ganze Zeit. Ein entsetzliches Spiel, fürwahr, das sie mit dem Leben von Iljitsch trieben. Es war eine Besserung, ja sogar eine vollständige Wiederherstellung seiner Gesundheit ebenso zu erwarten wie eine Katastrophe. Wir alle haben die Heilung erwartet; aber es war die Katastrophe, die eingetreten ist. Das Nervenzentrum, das die Atmung zu regeln hat, verweigerte weiteren Dienst und verlöschte die Flamme dieses genialen Denkers.

Und so ist es gekommen! **Iljitsch** ist nicht mehr. Die Partei ist verwaist, verwaist die Arbeiterklasse. Das ist es, was man vor allem empfindet, da man den Tod dessen erfährt, der der Meister, der Führer gewesen ist. Wie sollen wir auf unserem Wege weiterschreiten, Genossen? Werden wir nicht vom Wege abirren, jetzt, da Lenin nicht mehr unter uns ist?

Der Leninismus bleibt bestehen. Lenin ist unsterblich durch seine Lehre, durch seine Arbeit, durch seine Methode, durch sein Vorbild, die in uns leben, die da leben in der Partei, die er geschaffen hat, im ersten Arbeiterstaate, dessen Haupt und dessen Lenker er gewesen.

Unser Schmerz ist ungeheuer gleich unserem Verluste, aber wir sagen der Geschichte Dank, die uns als Zeitgenossen Lenins zur Welt kommen ließ, die es uns gestattet hat, an seiner Seite zu arbeiten, seine Schüler zu sein.

Unsere Partei ist der in die Tat umgesetzte Leninismus; unsere Partei ist der gemeinsame Führer der Arbeiterklasse. In jedem von uns ist ein Teilchen von Lenin. Wie werden wir auf unserem Wege weiterschreiten? **Mit der Fackel des Leninismus in der Hand.** Werden wir den richtigen Weg finden? **Durch gemeinsames Denken, durch gemeinsames Wollen werden wir ihn finden.**

Morgen, übermorgen, noch nach Wochen und Monaten, werden wir uns sagen: **„Es ist unmöglich, daß Lenin nicht mehr ist."** Jawohl, sein Tod wird uns noch lange Zeit unglaublich, undenkbar, als ein willkürlicher und ungeheuerlicher Frevel der Natur erscheinen. Möge uns die Wunde, die sich beim Gedenken an den großen Verblichenen immer wieder öffnen wird, ständig daran mahnen, daß unsere Verantwortung nun noch größer geworden ist: Zeigen wir uns seiner würdig, der uns allen Lehrer gewesen ist. **In unserem Schmerze schließen wir die Reihen und die Herzen enger zu neuen Kämpfen.**

Genossen! Brüder! Lenin ist nicht mehr unter uns . . .
Ade Iljitsch! Ade Führer!

Der Tod Lenins und die Aufgaben seiner Schüler.

Von G. Sinowjew.

** Kann man sich einen Menschen vorstellen, der irgendeinmal Wladimir Iljitsch sprechen gehört hat und es vergessen hätte? Und Hunderttausende, wenn nicht Millionen, haben seine lebendige Sprache gehört. Jedem, der das Glück hatte, Wladimir Iljitsch sprechen zu hören, gab Genosse Lenin gleichsam einen Teil seiner selbst hin. Wo sich heute auch diese Hunderttausende und Millionen befinden mögen, die Lenin oder nur über Lenin sprechen hörten, wie sehr sie auch über die ganze Welt zerstreut sein mögen — wohl alle von ihnen sind erfüllt von dem feierlichen Gefühl der tiefsten seelischen Dankbarkeit an Wladimir Iljitsch, denken heute an ihn, der mit einer unerhörten Kraft, wie noch niemand bisher, die Herzen aller um eine bessere Zukunft der Menschheit Kämpfenden ergriff. In der ganzen Welt, in allen Sprachen wird heute von Millionen und aber Millionen Werktätigen ein Name wiederholt: Lenin.

Jeder, der Lenin kannte, der Lenin sprechen hörte, muß sich heute dem Gefühl einer persönlichen Dankbarkeit jenem Menschen gegenüber hingeben, der die Idee der Arbeiterklasse auf eine so unantastbare Höhe erhob, der die Menschheit um einen ganzen Kopf größer machte. Mit um so größerer Kraft strebt dieses Gefühl in uns Mitgliedern jener Partei empor, die vom Genius Wladimir Iljitschs geschaffen wurde, in jenen Schülern Wladimir Iljitschs, die zwanzig Jahre lang und noch länger an seiner Seite arbeiteten, den Kummer der Niederlagen und die Freude der Siege mit ihm teilten, die von ihm lernten und ihn nicht nur als genialen Führer, sondern auch als Menschen und Lehrer kannten und verehrten.

Am 14. März 1883, am Todestage von Karl Marx, schrieb Engels an Sorge, den alten Freund von Marx, folgendes:

„Alle mit Naturnotwendigkeit eintretenden Ereignisse tragen ihren Trost in sich, sie mögen noch so furchtbar sein. So auch hier. Die Kunst der Ärzte hätte ihm vielleicht noch auf einige Jahre eine vegetierende Existenz sichern können, das Leben eines hilflosen, von den Ärzten zum Triumph ihrer Künste nicht plötzlich, sondern zollweise absterbenden Wesens. Das aber hätte unser Marx nie ausgehalten. Zu leben mit den vielen unvollendeten Arbeiten vor sich, mit den Tantalusgelüsten, sie zu vollenden und der Unmöglichkeit, es zu tun — das wäre ihm tausendmal bitterer gewesen als der sanfte Tod, der ihn ereilte. Und nach dem, was vorangegangen und was selbst die Doktoren nicht so gut kennen wie ich, war meiner Ansicht nach nur diese Wahl."

Heute, wo das kaum getrocknete Protokoll über die ärztliche Obduktion Wladimir Iljitschs vor uns liegt, müssen auch wir diese Engelsschen Worte bei Genossen Lenin anwenden. Die hartnäckige Sklerose, das Resultat einer übermenschlichen Kräfteanstrengung bei einer unerträglich schweren Geistesarbeit, hat die Lage Wladimir Iljitschs schon vor jenem Schlag, der am 21. Januar erfolgte und zur Katastrophe führte, hoffnungslos gestaltet. Lenin, der Fähigkeit beraubt, zu sprechen, zu schreiben, Revolutionäre in den Kampf zu führen, zu arbeiten und wieder zu arbeiten! — kann man sich denn größere Qualen dieser Rebellennatur, dieses Verschwörers aller Verschwörer, dieses Denkers aller Denker vorstellen?

Aber Hand aufs Herz! Möge jeder in sich die Gefühle durchleben, die der Tod von Wladimir Iljitsch in uns erweckt. Wollen wir aber schon jetzt mit der ganzen Kaltblütigkeit und Ruhe, die wir von Wladimir Iljitsch gelernt haben, versuchen, uns über die Aufgaben klar zu werden, vor die die Schüler Lenins durch seinen Tod gestellt wurden.

Bis zur letzten Zeit noch hat keiner von uns, keiner aus unserer Partei die Hoffnung aufgegeben, daß Wladimir Iljitsch noch zur Arbeit zurückkehren wird. Wir glaubten an ein Wunder: es ist ja Lenin zehn- und hundertmal scheinbar Unmögliches gelungen! Jetzt ist es damit zu Ende. Die Partei muß ohne Lenin arbeiten.

„Die Bewegung des Proletariats geht ihren Gang weiter, aber der Zentralpunkt ist dahin, zu dem Franzosen, Russen, Amerikaner, Deutsche in entscheidenden Augenblicken sich von selbst wandten, um jedesmal den klaren, unwiderstehlichen Rat zu erhalten, den nur das Genie und die vollendete Sachkenntnis geben konnte."

So schrieb Engels am Todestage von Karl Marx.

Uns alle übermannt heute dieses Gefühl der Verwaistheit.

Die Aufgaben, vor denen die Marxisten im Jahre 1883 — nach dem Tode von Karl Marx — standen, waren schwer und kompliziert, aber wie vielfach schwerer und komplizierter sind jene Aufgaben, vor denen wir Marxisten und Lenin-Schüler im Jahre 1924 stehen, da uns Genosse Lenin verließ?

Nach dem Tode Marx' standen die Marxisten in erster Linie vor theoretischen Aufgaben. Die internationale Arbeiterbewegung befand sich in einer Epoche tiefer Ziellosigkeit. Die erste Internationale war zerfallen, die zweite konnte noch nicht entstehen. Die französische Arbeiterbewegung — und nicht nur sie allein — konnte sich nach der schweren Niederlage der Pariser Kommune im Jahre 1871 noch immer nicht aufrichten. Die internationale revolutionäre Arbeiterbewegung begann sich eben erst zu entfalten. Die Hauptaufgabe bestand darin, daß die große theoretische Erbschaft von Marx der breiten Arbeiterbewegung zum Vermögen gemacht werde.

Die Aufgabe der Marxisten und Leninisten ist heute viel komplizierter und verantwortungsvoller. Die internationale proletarische Revolution hat begonnen. Sie errang ihre ersten Siege in einem der größten Länder der Welt. Zur gleichen Zeit stehen aber noch alle Schwierigkeiten des großen Kampfes um die Verwirklichung der proletarischen Diktatur in internationalem Maßstabe vor uns. Die Zweite Internationale trägt ihre giftigen Miasmen noch immer in die internationale Arbeiterbewegung. Die Aufgaben der von Wladimir Iljitsch geschaffenen Kommunistischen Internationale werden mit jedem Tage schwerer. Der Weg wird immer schwieriger und gewundener. Das auf seinen Sieg zuschreitende internationale Proletariat wird in Gestalt seiner einzelnen Truppen nicht nur ein- oder zweimal den Weg verlieren und mit blutigem Kopfe neue Wege suchen. Zertrümmert durch den ersten imperialistischen Weltkrieg, gekreuzigt und betrogen von den Pseudoführern der Zweiten Internationale, erholte sich das internationale Proletariat noch immer nicht von dem entsetzlichen Gefühle der Weglosigkeit. Die Marxisten und Leninisten, die jetzt die internationale Arbeiterbewegung ohne unsereren unvergleichlichen Lehrer und Führer zu führen haben, stehen vor dem unentdeckten Lande der schwierigsten — nicht nur theoretischen, sondern auch praktischen — politischen Arbeit.

Die **erste Aufgabe** der Lenin-Schüler in **Rußland** besteht darin, in Abwesenheit Lenins vor allen Dingen die Grundidee des Leninismus, das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft zu befestigen. Die grundlegende und wichtigste Aufgabe der RKP. nach dem Tode Lenins besteht vor allem darin. Durch unsere Arbeit müssen wir erreichen, daß in der kürzesten Zeit Millionen und aber Millionen russischer Bauern wohl begreifen: **Lenin ist gestorben, aber die Leninsche Partei wird in dieser Frage, die das Geschick der ganzen russischen Revolution bestimmt, die bisherige Politik mit einer noch größeren Energie fortführen.** Wir wollen erreichen, daß es in kürzester Zeit unter den aktiven Schichten der Bauernschaft keinen einzigen Menschen gibt, der es nicht wüßte, daß die Partei der Bolschewiki, ebenso wie vordem und mit einer noch größeren Kraft, die Politik des unauflöslichen Bündnisses der Arbeiterklasse und der Bauernschaft fortsetzt.

Die **zweite Aufgabe** der RKP. besteht in einem noch stärkeren Ausbau der **Verbindung der Partei mit den parteilosen Arbeitermassen.** Der Tod Lenins hat nicht nur den kommunistischen, sondern auch den parteilosen Arbeiter aufs tiefste erschüttert. Wenn wir die Gebote Wladimir Iljitschs erfüllen wollen, dann müssen wir in der Weise arbeiten, daß in einer kurzen Zeit Millionen und aber Millionen parteiloser Arbeiter unserer Union begreifen: **Lenin ist zwar gestorben, aber die von ihm geschaffene Partei wird das Leninsche Vermächtnis nicht vergeuden, sondern sie wird verstehen, den Kontakt der kommunistischen Vorhut mit der ganzen Masse der parteilosen Arbeiter aufrechtzuerhalten;** sie wird mit dem Leninschen Pflug den Boden immer tiefer und tiefer aufzureißen, das Niveau der parteilosen Arbeiter emporzuheben, jeden Arbeiter, in dem nur ein Fünkchen Begabung lebt, zu unterstützen wissen; sie wird der vielmillionenköpfigen Arbeitermasse zum Lernen und nochmals zum Lernen, zur Hebung ihres Kulturniveaus und zur Teilnahme am sozialistischen Aufbau verhelfen.

Die **dritte Aufgabe**, vor der die Schüler Lenins stehen, besteht darin, die **Einheit der durch Wladimir Iljitsch geschaffenen Partei um jeden Preis zu bewahren.** Das Größte, das der Genius des Genossen Lenin geschaffen hat, ist die Russische Kommunistische Partei. Das Beste, das Wladimir Iljitsch besaß, gab er seiner Partei hin. Mit seinem Herzblut schweißte er sie zusammen. Unsere Partei dachte sich Wladimir Iljitsch immer als eine Partei aus einem Guß, als eine aus einem Stück geformte Organisation, die alles in sich zusammenzufügen versteht, was in der ganzen Arbeiterklasse Kräftiges ist. In diesem Sinne ist die Erbschaft, die uns Wladimir Iljitsch Lenin hinterlassen hat, unvergleichlich wertvoller als selbst jene Erbschaft, die Marx den Marxisten im Jahre 1883 nach seinem Tode hinterließ. Die Russische Kommunistische Partei war und bleibt die Vorhut, das Haupt, die kollektive Führerin der Arbeiterklasse. Diese Aufgabe kann unsere Partei selbstverständlich nur dann erfüllen, wenn sie ihre Einheit bewahrt. Noch viel schärfer als bisher wird die ganze Partei wie ein Mann auf jeden Versuch reagieren, die Reihen der Partei zu zersetzen.

Unsere **vierte Aufgabe** besteht darin, die Partei des **kämpfenden** Bolschewismus zu bleiben. Durch das bunte Getriebe der neuen Wirtschaftspolitik, durch die Schwierigkeiten der Übergangsperiode muß die Partei in der Einkreisung der Feinde manövrieren, wenn es nötig ist, sich zurückziehen, um morgen besser angreifen zu können. Sie muß die Partei des **kämpfenden** Bolschewismus bleiben, so wie sie Genosse Lenin geschaffen hat. Die Vorbedingung dazu ist: Alle Gefahren der Epoche der neuen Wirschaftspolitik klar zu sehen, die Augen vor der wirklich bestehenden Gefahr der Entartung nicht zu schließen und den entschiedensten Kampf gegen die Verfälschungen des Leninismus und gegen die Rückfälle in die kleinbürgerlichen Anschauungen, wo immer sie auch herkommen mögen, aufzunehmen.

Denken wir an die ersten Tage im Smolny, nach dem großen Oktoberumsturz. Hunderte und Tausende von Soldaten aus den Schützengräben, kummervolle, vernachlässigte Bauern in Soldatenmonturen, strömten in den Smolny, um Lenin zu sehen, mit ihm einige Worte zu wechseln, ihn darüber zu befragen, was mit Rußland geschehen, was mit uns allen sein werde. Tausende und aber Tausende dieser Bauernsoldaten blickten erwartungsvoll in die Augen Wladimir Iljitschs. Mit dem tiefen Gefühl der Volksmassen errieten sie schon, daß er zum neuen Führer Rußlands auserwählt ist. Einige dieser Soldaten haben den Genossen Lenin im wahren Sinne des Wortes geprüft. Was bist du für ein Mensch? Wirst du uns zum Siege, ins neue Leben führen können? Jetzt, wo dieser Riese vom erbarmungslosen Tod hinweggerafft ist, blicken die Arbeiter und Bauern ebenso erwartungsvoll und fragend auf **unsere ganze Partei**, die vom Genossen Lenin geschaffen wurde. Der Arbeiter und der Bauer fragen unsere Partei: Werdet Ihr uns denn auch jetzt zum Siege führen, wo Lenin nicht mehr lebt?

Wir müssen so arbeiten, daß wir sowohl der Arbeiterklasse wie der Bauernschaft mit vollem Recht antworten können: **Ja, wir führen Euch zum Siege!** Die Partei, die vom Genossen Lenin geformt wurde, **wird die Aufgaben erfüllen können**, vor die uns die große historische Epoche stellt.

Die russischen Schüler Lenins, die Schüler Lenins in der Kommunistischen Internationale und in der ganzen Welt stehen vor einer unermeßlich wichtigen, großartigen Aufgabe. Die wichtigste Erbschaft, die uns unser verstorbener Lehrer hinterlassen hat, ist erstens die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und zweitens die Kommunistische Internationale und ihre Vorhut, die Kommunistische Partei Rußlands.

Im Bewußtsein der unermeßlichen Wichtigkeit unserer Aufgaben, die wir von nun an auf Grund unserer kollektiven Erfahrungen ohne die genialen Ratschläge Wladimir Iljitschs zu erfüllen haben werden, müssen wir um jeden Preis noch mehr zusammenhalten und eine noch enger zusammengeschlossene Familie bilden. Der Tod Lenins muß das Signal zum brüderlichen Zusammenschluß aller wirklicher Schüler Lenins sein. Wir werden entschlossen bleiben, so zu arbeiten, daß wir alle zusammen, wenn auch in geringem Maße, Lenin ersetzen. Mögen wir sein großes Werk mit seiner Hingabe, seiner Vorsicht, seiner Ruhe, seiner Energie und seinem Mut, mit seiner Liebe zur Sache, und — wenn auch in geringerem Maße — mit seinem weiten Blick fortsetzen.

Lenin.

Einige Bemerkungen über Lenin als Theoretiker.

Von A. Thalheimer.

I.

** Die folgenden Bemerkungen, in aller Eile hingeworfen, wollen und können nicht mehr sein als vorläufige Bemerkungen. Das Werk Lenins ist von einem Ausmaß, einer Tiefe und Reichweite, daß es vieler und gründlicher Arbeit bedarf, um es voll zu ermessen. Karl Marx' Werk ist heute, 41 Jahre nach seinem Tod, bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Es hängt das, worauf **Rosa Luxemburg** einmal hinwies, eng zusammen mit den Bedürfnissen der verschiedenen Stadien des proletarischen Klassenkampfes. Die kämpfende Arbeiterklasse entnimmt der Theorie immer nur das, was sie unmittelbar für ihren Klassenkampf bedarf. Sie kann sich nicht den Luxus der Theorie um der Theorie willen leisten. Die marxistische Theorie aber arbeitet der Praxis des Klassenkampfes weit vor, und um so weiter, je tiefer und folgerichtiger sie ist. Das Arsenal der revolutionären Theorie wird von der revolutionären Praxis nur stückweise in Gebrauch genommen. Das Verhältnis beider ist freilich kein einseitiges, sondern ein wechselseitiges, dialektisches. Die Praxis des Klassenkampfes, befruchtet von der Theorie, wird ihrerseits wieder der fruchtbare Mutterboden neuer theoretischer Einsicht.

Das Verhältnis ist zu vergleichen mit dem der „reinen" Naturwissenschaften zu den angewandten zur Technik usw. Ein Beispiel: Das mathematischen Genie eines **Gauß**, eines **Riemann** usw. hatte lange im voraus die mathematischen Methoden entwickelt, von denen später die physikalische Theorie der Relativität Gebrauch machte. Karl Marx' riesiges theoretisches Arsenal bot die Mittel zuerst für die politische Selbständigmachung der Arbeiterklasse, für ihre Trennung von der noch revolutionären Bourgeoisie, also für ihre Konstituierung als selbständige Klasse, dann für die Führung des proletarischen Klassenkampfes in den langen Zeiten der parlamentarischen und gewerkschaftlichen Kämpfe und der breiten politischen und wirtschaftlichen Organisation des Proletariats; für das Zeitalter des revolutionären Endkampfes, hier aber nur in den gröbsten Umrissen; und schließlich für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft.

Es zeugt für das unvergleichliche Genie **Marx'**, daß er an der Scheidelinie bürgerlicher und proletarischer Revolution, an der Schwelle eines riesigen Aufschwunges der kapitalistischen Wirtschaft und der bürgerlichen Macht und der erst noch kleinen und unsicheren Anfänge des proletarischen Klassenkampfes bereits die Grundformen des revolutionären Endkampfes und des sozialistischen Aufbaues in den Umrissen zu zeichnen wußte. Er griff damit seiner Zeit weit voraus, und zwar nicht in spekulativer Weise, sondern durch eine tiefe realistische Analyse der Wirklichkeit der kapitalistischen Wirtschaft und Politik und der Erscheinungen des proletarischen Massenkampfes.

Marx' Nachfolger in der Theorie in der parlamentarischen und gewerkschaftlichen Periode haben fast alle Marx verflacht und somit verfälscht. Sie entnahmen ihm, was für diese Periode brauchbar schien. Sie verloren völlig aus dem Auge das, was Marx über die proletarische Revolution und ihre konkreten Form zu sagen hatte. Die Marx'sche revolutionäre Theorie wurde in ihren Händen ein Leitfaden für historische Erklärung der Vergangenheit, aber nicht für revolutionäres Handeln in der Gegenwart.

Hier setzt die Arbeit **Lenins** ein, und nicht zufällig. Vom Mutterboden der sich vorbereitenden russischen Revolution aus machte er die verschüttete Marx-Theorie der proletarischen Revolution wieder lebendig und bereicherte sie mit den Massenerfahrungen des proletarischen Klassenkampfes **seiner Zeit**. Der Gedanke der proletarischen Diktatur, „vergessen" von den Kautskys, wurde von ihm sozusagen neu entdeckt. In jahrzehntelangen theoretischen Kämpfen wehrte Lenin die reformistischen und anarchistischen Verfälschungen und Verflachungen Marx' ab. Seine größte Tat ist aber darüber hinaus, die Bestimmung der **konkreten Formen** der proletarischen Diktatur an der Hand der Massenerfahrungen und der schöpferischen Taten des russischen Proletariats, die Entdeckung der Rolle der Sowjets, der Räte — und, damit verbunden, die **konkrete** Kritik und Überwindung der bürgerlichen Demokratie.

In dieser Richtung ist Lenin wahrhaft bahnbrechend und schöpferisch. Und in dieser Beziehung ist seine Bedeutung universell, maßgebend für alle Länder, in denen die proletarische Revolution auf der Tagesordnung steht.

Die zweite große Leistung Lenins ist die Herausarbeitung der Organisation der Revolution unter den Bedingungen Sowjetrußlands.

Die dritte und jüngste, die Herausarbeitung der Grundzüge der Politik des ersten Staates proletarischer Diktatur, Sowjetrußlands.

Auch hier sind Elemente von universeller allgemeiner Bedeutung für den proletarischen Klassenkampf. Aber hier beginnt auch für die Späteren die Aufgabe der kritischen Trennung dessen, was von allgemeiner Anwendung ist und was in der Besonderheit der russischen Verhältnisse wurzelt. Niemand hat eindringlicher auf diese Notwendigkeit hingewiesen als gerade Lenin selbst. Lenin aus dem Russischen ins Westeuropäische zu übersetzen, ist nicht nur eine sprachliche Aufgabe und auch nicht die Aufgabe eines einzelnen. Es ist das die eigentliche Aufgabe der proletarischen Revolution unter den Verhältnissen Westeuropas und Amerikas. Dazu kommt noch die Aufgabe der Anwendung für Asien und Afrika. Es gilt, das von Lenin Überkommene an Hand der Bedingungen der proletarischen Revolution in Westeuropa und der Erfahrungen des Massenkampfes in Westeuropa weiter zu entwickeln, konkreter zu bestimmen. Das ist eine Aufgabe für eine ganze Generation. Sie erfordert nicht nur die bloße Aneignung der Leninschen Lehre, das ist die Voraussetzung, sondern auch ihre schöpferische Weiterbildung.

II.

So wenig wie bei Marx ist bei Lenin der revolutionäre Praktiker vom Theoretiker zu trennen. Die Welt nicht nur anders zu interpretieren (auszulegen), sondern zu verändern, das war Marx' Lebensmotto und es war auch das Lenins. Aus dem revolutionären Willen und der tiefen dialektischen Analyse der gesellschaftlichen Wirklichkeit geboren, wurde die Marx'sche Theorie die größte praktische Gewalt, die die Geschichte kennt. **„Die Theorie wird Gewalt, sobald sie die Massen ergreift."** Marx war hierin ein echter Schüler Hegels, des letzten und größten deutschen Philosophen. Hegel, der Idealist, war durchaus nicht, wie man sich das oft vorstellt, ein in den Wolken schwebender Träumer. Seine idealistische Philosophie war auf das Praktische gerichtet. In Marx' Hand wurde der dialektische Materialismus zur wuchtigen revolutionären Waffe. Er konnte die Massen ergreifen, weil er aus dem Leben der Masse geboren war. Lenins unvergleichliche Macht, worauf beruht sie? Auf der Gewalt der revolutionären Theorie. Der bürgerliche Verstand schwelgte und schwelgt in den phantastischesten Vorstellungen von den äußeren Machtmitteln, über die Lenin verfügte. Das Rätsel der persönlichen Macht Lenins ist, wie bei Marx, das völlige Aufgehen der Person im Gedanken der proletarischen Revolution. Die äußeren Machtmittel, über die Lenin **als Person** verfügte, waren geringer als die irgendeines bürgerlichen Herrschers.

III.

Die besondere theoretische Tat Lenins für die proletarische Revolution Rußlands ist die Herstellung der Brücke zwischen der bäuerlich-bürgerlichen und der proletarisch-sozialistischen Revolution. Dieses Problem hat Lenin für Rußland mit der denkbar größten Genauigkeit gelöst. Die Bedeutung dieser Lösung geht aber weit über die russischen Grenzen hinaus. Sie hat ihre Bedeutung für Mittel- und Westeuropa wie für Amerika, wenngleich hier das besondere russische Problem nirgends in dieser Form wiederkehrt. Denn die bäuerliche Revolution in Rußland, **für sich betrachtet,** ist ja nur ein Nachzügler der bäuerlichen Revolutionen von 1789 in Frankreich und von 1848 im übrigen Europa. Die Besonderheit der russischen Bauernrevolution ist erstens ihre Verbindung mit der proletarisch-sozialistischen Revolution Rußlands, zweitens mit der Periode der Weltrevolution überhaupt. Dieser Umstand gibt ihr einen ganz neuen Kurs im Vergleich zu den Bauernrevolutionen, die mit großbürgerlichen Revolutionen verbunden waren. Andererseits bildet dieser Umstand eine historische, das heißt vorübergehende Schranke der proletarisch-sozialistischen Revolution in Rußland. In Westeuropa ist das kleinbürgerliche Eigentum bereits **Voraussetzung** der proletarischen Revolution, während es in Rußland ihr Geschöpf ist. Eine ganz hervorragende Bedeutung hat aber die Bestimmung der Rolle der bäuerlichen Revolution im Verhältnis zur proletarischen für die Kolonialvölker mit vorwiegend bäuerlicher Bevölkerung. Die Verknüpfung der proletarisch-europäischen mit den nationalen Revolutionen der Kolonialvölker zählt mit zu den bedeutendsten theoretischen Taten Lenins.

IV.

Lenins Größe als Theoretiker macht seine Verbindung revolutionärer Kühnheit mit dem größten Realismus. Der Opportunist und Eklektiker verliert im Strom der Ereignisse den revolutionären Leitfaden und geht ins Lager des Klassenfeindes über. Der Anarchist und Syndikalist verliert den Boden der Wirklichkeit unter den Füßen. Der revolutionäre Realist, der Lenin war, setzt **in den Ereignissen** das revolutionäre Ziel durch. Lenin ließ sich weder durch die Formeln anderer noch durch die eigenen den Blick für die Wirklichkeit verschleiern. Er ließ sich aber ebensowenig durch Scheinwirklichkeiten, durch bürgerliche Phraseologie blenden. Er führte einen unerbittlichen Kampf gegen den Opportunismus, aber nicht minder gegen „linke" Abweichungen.

V.

Im selben Sinne, wie Lenin sich zum orthodoxen Marxismus bekannte, bekennen wir uns zum Leninismus: im Sinne der lebendigen revolutionären Theorie, nicht im Sinne des Buchstabens. Leninismus ist ein Schlagwort und Kampfruf in unserer russischen Bruderpartei geworden. Unter dem Banner des Leninismus marschiert darüber hinaus die gesamte Kommunistische Internationale. Möge sie sich immer bewußt sein, daß Leninismus wie Marxismus vor allem eine lebendige, schöpferische **Methode** ist, die Verbindung der größten revolutionären Kühnheit mit der schärfsten realistischen Analyse.

VI.

Der schriftstellerische Stil Lenins war „der ganze Mann". Von größter Einfachheit und Klarheit, voll Energie, unkonventionell, ganz dem jeweiligen Zweck angepaßt, kein äußerlicher Glanz, keine Phrase, wahrhaft, zusammengehalten durch strenge Logik und getragen von revolutionärer Leidenschaft.

Der schriftstellerische und rednerische Stil Lenins hat auf den ersten Blick für den Westeuropäer etwas Fremdes. Es ist der Stil einer tiefen Intuition, die durch Prägnanz und Wiederholung sich einhämmert, dagegen oft auf die gewöhnliche Manier des Raisonnements verzichtet.

Lenin und die marxistische Methode.

Einige Andeutungen.

Von Julius (Wien).

** So verschieden auch Lenin durch unsere Gegner beurteilt wird, das eine müssen sie alle zugeben: Er gehörte zu den wenigen ganz Großen, die die menschliche Geschichte je hervorgebracht hat. Er wird einmütig als ein Säkularmensch bezeichnet, eine Erscheinung, die nur etwa alle hundert Jahre auf Erden wandelt. Als Revolutionär wird er von ihnen an die Seite von **Cromwell** und **Robespierre** gestellt, also mit Männern verglichen, die im höchsten Wellengange der revolutionären Stürme als Staatslenker das Ruder zu führen hatten.

Diese Bewunderung für den gewaltigen Revolutionär versuchen sie dann auf jede Weise einzuschränken. Sie erklären, daß sein Experiment fehlgeschlagen und nur eigentlich bewiesen hätte, daß sich die Lehren von Marx eben nicht verwirklichen ließen. Ja, sie gehen noch weiter. In dem Bestreben, aus jeder Blume Honig zu saugen, stehen sie nicht an zu behaupten, daß das Wirken selbst dieses größten Schülers von Marx eigentlich die krasseste Widerlegung des Marxismus darstelle, der da behaupte, nicht einzelne Personen machen die Geschichte usw. **Die große welthistorische Erscheinung, der Bolschewismus, ist das nicht das persönliche Werk Lenins, das ohne ihn gar nicht denbar wäre?**

Es fällt uns nicht ein, uns aus diesem Anlaß mit unseren Gegnern über den historischen Materialismus auseinanderzusetzen, den Unterschied aufzuzeigen, wie sie sich den Marxismus

vorstellen und wie er in Wirklichkeit ist. Desgleichen wollen wir darauf verzichten, nachzuweisen, in welcher Weise sich die Taten Lenins durch den historischen Materialismus erklären lassen. In diesem Augenblick hätte eine solche Untersuchung den Anschein, als wollte man Lenin gegen den historischen Materialismus oder den historischen Materialismus gegen Lenin verteidigen. Wenn wir nun vom Marxismus im Zusammenhange mit Lenin sprechen, so nur deshalb, um kurz anzudeuten, was Lenin positiv bei der Vollbringung seiner Taten dem Marxismus zu verdanken hatte.

Es war geradezu ein Kennzeichen früherer revolutionärer Epochen, daß dort die handelnden Hauptpersonen plötzlich emporgekommen sind, früher kaum bekannt waren. Der geistreiche Historiker der französischen Revolution **Mignet** bezeichnet das plötzliche Auftauchen aus dem Nichts geradezu als eine Vorbedingung für den erfolgreichen Revolutionär. Weshalb? Offenbar, weil sich in revolutionären Zeiten die Verhältnisse rasch ändern, immer neue Situationen entstehen, und daher Personen, die sich in anderen Zeiten hervorgetan haben und demgemäß mit der Vergangenheit allzusehr belastet sind, in der Regel nicht die Träger ganz neuer Gedanken, nicht die Vollstrecker ganz neuer Maßnahmen sein können, die den alten völlig entgegengesetzt sind.

Bekanntlich widerspricht Lenins Wirken ganz und gar diesem Schema. Er war kein Neuling in der russischen revolutionären Bewegung. Sein Name war freilich erst im Sommer 1917 in jedermanns Mund, aber er war schon rühmlich bekannt in der ganzen II. Internationale und erst recht in der russischen revolutionären Bewegung, wo er allgemein als sehr bedeutender Führer galt. Seine Vergangenheit war indessen keine Belastung für seine spätere gewaltige Arbeit. Und weshalb? Weil er vor den anderen Revolutionären die Kleinigkeit voraus hatte: **Die Kenntnis und das volle Erfassen der Marx'schen Methode für die Erforschung der geschichtlichen Entwicklungstendenzen.**

Der damals noch orthodoxe Marxist **Plechanow**, Freund und erster Meister Lenins, erklärte gegen Ende der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts: **Entweder wird die russische Revolution als proletarische Revolution siegen, oder sie wird überhaupt nicht siegen.** Die Erfahrungen der 48iger Revolution zeigten, daß die Bourgeoisie aus Angst vor dem Proletariat zur Durchführung selbst einer bourgeoisen Revolution unfähig ist. Dies erkannte man für den Westen allgemein an, und es war das Verdienst der russischen Marxisten, daß sie aus der genauen Kenntnis der russischen Verhältnisse heraus auch für ihr Land diese Schlußfolgerung gezogen haben. Sobald Lenin dies erkannte, zog er als Kämpfer die unerbittlichen Folgerungen daraus. Bei ihm heißt es nicht mehr: entweder oder. **Die russische Revolution wird als proletarische siegen** — lautete die Losung Lenins. In diesem Sinne arbeitete er, und die russische Revolution siegte, siegte unter seiner Leitung als proletarische Revolution.

Noch mehr.

Es galt geradezu als Entwicklungsgesetz jeder Revolution, daß sie über das ursprüngliche Ziel hinaustreiben muß. Sonach tritt aber unvermeidlich der Rückschlag ein. Wenn man einen krummen Rohrstock gerade biegen will, muß er nach der entgegengesetzten Seite gebogen werden. Es wäre der Thermidor — der Name des Monats nach dem französischen Revolutionskalender, in dem Robespierre gestürzt wurde — unvermeidlich. So wurde auch der Herrschaft des Bolschewismus nicht nur von der Bourgeoisie, sondern auch von der Sozialdemokratie der Thermidor ununterbrochen prophezeiht. Zweifellos wäre es auch dazu gekommen, ja, wenn eben die russischen Revolutionäre keine Marxisten gewesen wären, wenn der Führer der russischen Revolution Lenin nicht der ausgezeichnete Marxist gewesen wäre. Er wußte ganz genau, daß sich gewisse Dinge selbst mit revolutionären Methoden nicht übers Knie brechen lassen und es deshalb oft notwendig ist, anders zu handeln, als man es sich vornahm. Er sprach das klar in seiner Rede über das Gold auf dem XI. Kongreß der RKP. aus. Er sagte dort:

> „Für jeden echten Revolutionär besteht die größte Gefahr, vielleicht auch die einzige Gefahr, darin, daß er in seinem Revolutionarismus über das Ziel schießen, die Schranken und die Bedingungen der angemessenen und erfolgreichen Anwendung revolutionärer Methoden vergißt. Echte Revolutionäre brachen sich am häufigsten daran das Genick, daß sie die „Revolution" mit großen Buchstaben schrieben, die Revolution beinahe zu einem Abgott machten, den Kopf verloren, unfähig wurden, kaltblütig und nüchtern zu erwägen, zu folgern, zu prüfen, in welchem Augenblick, unter welchen Umständen, auf welchem Aktionsgebiet man revolutionär handeln, und in welchem Augenblick, unter welchen Umständen und auf welchem Aktionsgebiet man reformistisch handeln muß."

Die klare Erfassung der Verhältnisse mit Hilfe des Marxismus und der daraus folgenden Konsequenzen hat Lenin befähigt, den Weg der Neuen Ökonomischen Politik einzuschlagen und damit die russische Revolution vor dem Thermidor zu retten.

Deshalb ist denn auch ein jeder Vergleich Lenins mit irgend einem bürgerlichen Revolutionär sinnlos. Diesen allen fehlte das, was Lenins größte Stärke war: die souveräne Kenntnis der Bewegungskräfte der Gesellschaft.

Das Wirken Lenins, sowohl in der Vorbereitung der Revolution als auch bei der Erhaltung ihrer Errungenschaften, stellt den größten Triumph des Marxismus dar.

Politik

Der französisch-tschechoslowakische Vertrag.

Herr Benesch auf schiefer Bahn.

Von Karl Kreibich (Prag).

** „Die Entscheidung drängt, und es naht der Augenblick, wo Frankreich seinem tschechoslowakischen Verbündeten kein Schwanken und keine Extrawurst mehr erlauben kann." So schrieben wir in einer längeren Betrachtung über die äußere Politik der Tschechoslowakei im August v. J.*) Der Augenblick ist sehr rasch gekommen, und zwar mit dem Siege Frankreichs an der Ruhr und dem Zerfall der Entente. Der Vertrag, den Benesch am 25. Januar in Paris unterzeichnet hat, ist der Anfang vom Ende der Politik, die Masaryk und Benesch fünf Jahre lang verfolgt haben. Es zeigt sich, daß der überschwenglich festliche und feierliche Empfang Masaryks in Paris ein Begräbnis erster Klasse war.

Herr Benesch hat durch seine Presse schwören lassen, daß der Vertrag, den er mit Poincaré abgeschlossen hat, gar nichts Neues, daß er nur etwas Selbstverständliches und die Bestätigung und vertragliche Festlegung eines längst bestehenden Zustandes sei. Diese Darstellung wird hinfällig, wenn man nur die Frage stellt, wieso ein so selbstverständlicher Zustand überhaupt erst vertraglich festgelegt werden muß und, wenn diese Festlegung als selbstverständlich und notwendig hingestellt wird, warum dies erst jetzt, und gerade jetzt geschehen mußte, wo der imperialistische Sinn der französischen Außenpolitik aller Welt so sinnfällig geworden ist und die Entente allgemein totgesagt wird. Der tschechoslowakisch-französische Vertrag ist auch in unseren Augen etwas Selbstverständliches und Natürliches, aber in dem Sinne, daß er eine selbstverständliche und natürliche Folge der Politik des Herrn Benesch ist. Benesch konnte seine Politik des Lavierens zwischen den entscheidenden Mächtefaktoren und der Wahrung einer gewissen Selbständigkeit nur so lange betreiben, so lange Frankreich das duldete, weil es nicht stark genug war, es zu verhindern. Heute hört das Lavieren auf, heute braucht Frankreich, um seine Hegemonie auf dem Kontinent aufrechtzuerhalten, die Tschechoslowakei, und heute hat es auch die Macht, Herrn Benesch an die Kandare zu legen.

Die offiziöse Presse und die der Regierungskoalition sucht die Sache so darzustellen, wie wenn es sich um gar nichts anderes handelte als um einen Vertrag, wie ein solcher schon längst mit Italien abgeschlossen wurde. Aber dem widerspricht der Wortlaut des Vertrages. Nach dessen Wortlaut verpflichten sich die beiden Staaten, in allen Fragen der Außenpolitik in Übereinstimmung vorzugehen. Es gibt keine wichtige Frage der äußeren Politik, auf die sich diese Verpflichtung zur Übereinstimmung nicht erstrecken würde. Freilich ist diese Verpflichtung gegenseitig, aber daß das bei dem Vertrag eines Riesen mit einem Zwerge praktisch auf die Unterordnung des Kleinen unter den Großen hinausläuft, ist nur selbstverständlich.

Mit besonderer Geflissenheit wurde nach der ersten Meldung über den bevorstehenden Abschluß eines tschechoslowakisch-französischen Vertrages das Gerücht dementiert, daß auch eine Militärkonvention zwischen den beiden Staaten abgeschlossen wurde. Um das Dementi glaubwürdiger zu machen, wurde

*) Siehe „Inprekorr." Wochenausgabe Nr. 33 vom 18. August vorigen Jahres.

versichert, daß die Generalstäbe, die obersten Leitungen der beiden Armeen enge zusammenarbeiten wollen. Ist denn das nicht schon eine Militärkonvention? Aber einer solchen bedarf es auch gar nicht. Chef des Generalstabes der tschechoslowakischen Armee ist schon seit ihrem Bestande ein französischer General, und die Rüstungsindustrie der Tschechoslowakei ist in den Händen des französischen Kapitals. Man braucht kein besonderer Militärfachmann zu sein, um zu wissen, daß eine Armee, deren Generalstab und Belieferung mit Kriegsmaterial in den Händen einer fremden Macht sind, keine Grundlage für eine von dieser Macht unabhängigen Politik ist. Herr Benesch kann keine von Frankreich unabhängige Politik machen, weil er eine französische Armee in der Tschechoslowakei stehen hat. Daß aber der Vertrag des Herrn Benesch mit Poincaré keine anderen als machtpolitische und militärische Grundlagen hat und keineswegs mit wirtschaftspolitischen Erwägungen etwas zu tun hat, liegt angesichts der lächerlich geringfügigen tschechoslowakisch-französischen Handelsbeziehungen auf der Hand. An demselben Tage, an dem der Vertrag in Paris unterzeichnet wurde, veröffentlichte man in Prag die vorläufigen Ergebnisse der Warenausfuhr im Jahre 1923, aus denen hervorgeht, daß im vergangenen Jahre bei einer Gesamtausfuhr im Werte von 12½ Milliarden Kronen insgesamt für 302 Millionen nach Frankreich exportiert wurde, während nach Österreich und Deutschland für rund 5 Milliarden Waren gingen. Dabei wurde auch jene lächerlich geringe Ziffer nur um den Preis erreicht, daß wir dafür von Frankreich auf Grund eines äußerst miserablen Handelsvertrages ein hohes Kontingent von französischen Weinen, Branntweinen, Parfüms und Luxusseifen beziehen mußten. Es hat wohl in der ganzen Geschichte der Staatenbündnisse noch kein Beispiel gegeben, wo zwischen der Geringfügigkeit der ökonomischen Bedeutung zweier Staaten für einander und der Innigkeit ihres politischen Bündnisses ein solcher Widerspruch bestanden hätte, wie das bei der Tschechoslowakei und Frankreich der Fall ist.

Es ist kein Zufall, daß die Fertigstellung und Unterzeichnung des Vertrages zwischen Prag und Paris in dieselbe Zeit fällt, in der Poincaré, trotz dem Scheitern der separatistischen Bewegung im ganzen Rheinland, so gewaltige Anstrengungen macht und selbst einen Konflikt mit England riskiert, um in der bayrischen Rheinpfalz eine separatistische Regierung zu erhalten. Vom Rheinknie bis Mainz führt ja die kürzeste Strecke, die Mainlinie, vom französischen Gebiet (im militärpolitischen Sinne französisch) nach der Tschechslowakei.

Als es galt, den Vertrag mit Poincaré schmackhaft zu machen, ließ Herr Benesch durch seine Schmöcke geheimnisvolle Geschichten verbreiten, daß hinter diesem Vertrage seine Absicht lauere, eine Annäherung Frankreichs und Rußlands zustandezubringen. Heute ist es schon still geworden davon, und in den Tagen vor und nach der Unterzeichnung hört und liest man von Rußland kein Wort mehr. Dafür haben die von Benesch ausgehaltenen monarchistischen russischen „Studenten" in Prag kurz zuvor den Tod Lenins als Anlaß zu einer Pöbelei benützt, und kam die Meldung aus Belgrad, daß der „Generalstab" Wrangel von Jugoslawien nach Paris übersiedelt. Das ist schon eine durch Erfahrung bestätigte politische Wetterregel: Wenn Benesch von seinem Wohlwollen für die Sowjetrepublik spricht, steht sicher eine neue Aktion gegen dieselbe bevor.

Mit der Kapitulation der tschechoslowakischen Außenpolitik vor Frankreich sinkt auch die Bedeutung der Kleinen Entente. Sie hat nur einen Sinn, wenn sie das Bestreben nach einer gewissen Selbständigkeit und einer eigenen Politik verkörpert. Und nur so lange Benesch über eine gewisse Unabhängigkeit verfügte, konnte er der Führer der Kleinen Entente sein. Dem hat der Pariser Vertrag ein Ende gemacht, und darum ging die mit so großem Lärm angekündigte Belgrader Konferenz aus wie das Hornberger Schießen. Der Bericht über die Tanzkünste des Herrn Benesch auf dem Hofball meldete den einzigen Erfolg des tschechoslowakischen Außenministers und war die einzige positive Meldung überhaupt. Die ganze Konferenz trat in den Hintergrund angesichts der Meldung über den bevorstehenden jugoslowisch-italienischen Vertrag. So brachte Herr Benesch von Belgrad nur ein Kuckucksei mit, das er noch dazu als ein selbstgelegtes bezeichnen mußte, nur um seine Blamage zu verschleiern. Die nachher erfolgte Zurückweisung des französischen Militärkredits durch Rumänien vervollständigt das Bild.

Jene Politik, die den Lenkern des tschechoslowakischen Staates vorschwebte, hat sich als Utopie erwiesen. Man konnte mit ihr spielen, solange es mit der Umgruppierung der Machtverhältnisse in Europa nicht ernst wurde. Jetzt hört das Spiel auf, und die guten, ehrlichen Ideologen Masaryk und Benesch dürfen nun nicht mehr schlechte Musikanten sein. Entweder müssen sie aus dem Orchester der europäischen Machtpolitik austreten oder sie müssen die letzten Reste ihres besseren Menschen fahren lassen, um als gute Musikanten vor dem Kapellmeister Poincaré bestehen zu können. Solange, bis das Proletariat der ganzen Gesellschaft den Marsch blasen wird.

Bürgerliche Blocks und der Anarchismus in Frankreich.

Von Albert Treint (Paris).

** Die Kommunistische Partei Frankreichs hatte am Freitag, den 11. Januar, ein großes Meeting in den Versammlungssaal des CGTU., Grange-aux-Belles-Straße, einberufen. Die Anarchisten, die sich um das anarchistische Tagblatt **„Le Libertaire"** gruppieren, und mit ihnen die syndikalistische Minderheit innerhalb der CGTU. erklärten von vornherein, daß sie es nicht zulassen werden, daß kommunistische Redner sich mit Gewerkschaftsfragen beschäftigen. Die Zeitung **„Le Libertaire"** veröffentlichte einige Artikel, die in provozierendster Form dieses „Verbot" für die kommunistischen Redner bekräftigten. Tatsächlich kamen Anhänger der Minorität in die Versammlung, fest entschlossen, die kommunistischen Redner zu stören. Ein Stück Gußeisen wurde gegen die Genossin **Marthe Bigot** geschleudert und ungefähr 20 Revolverschüsse seitens der anarchistischen Versammlungssprenger in die Richtung der Tribüne abgefeuert. Zwei Arbeiter, die sich als Zuhörer unterhalb der Tribüne befanden, wurden getötet. **Die beiden Getöteten waren selbst Syndikalisten,** der eine war Anarchist, der andere sympathisierte mit den Kommunisten. Die Zeitung **„Le Libertaire"**, die sich nach dieser furchtbaren Tat in Verleumdungen und Lügen gegenüber den Kommunisten erging, hatte die freche Stirne, die blutige Mordtat, die das Ergebnis der provokatorischen Hetze des anarchistischen Blattes war und zweifellos von unverantwortlichen Elementen, wie sie sich innerhalb der Reihen der Anarchisten nur zu zahlreich finden, begangen worden ist, auf die Kommunisten abwälzen zu wollen.

Die anarchistischen Gewaltakte gegen die Kommunisten häufen sich seit Jahr und Tag. Es fanden anarchistische Expeditionen gegen die „Humanité" statt. Provokatorische Aufrufe zu Gewalttaten wurden im „Libertaire" veröffentlicht. Gegen die Genossen **Monmousseau, Semard** und **Raymond** wurde ein Feldzug organisiert, der in Gewaltaktionen seinen Ausdruck finden sollte. Und auch kürzlich, nach der Bluttat von Grange-aux-Belles, wurde der Verfasser dieser Zeilen Objekt eines mißglückten Attentats, das am 19. Januar, kurz vor Eröffnung des Parteitages der Kommunistischen Partei Frankreichs, in Lyon versucht wurde. (Auf dem Wege zu dem großen öffentlichen Meeting der KPF. in Lyon wurden auf Genossen Treint mehrere Revolverschüsse abgegeben, die glücklicherweise ihr Ziel verfehlten. Die Red.)

Die Arbeiterklasse muß den furchtbaren Sinn des blutigen Dramas von Grange-aux-Belles erkennen. Sie muß erkennen, wie sich der Begriff des gewaltsamen Klassenkampfes, den das Proletariat notwendigerweise der mit allen Mitteln der Gewalt ausgerüsteten **kapitalistischen** Klasse liefern muß, in den Gehirnen gewisser Arbeiter ganz verzerrt. Arbeiter töten einander, wenden Gewalt gegen einander an, anstatt die Interessen des Proletariats gegenüber der Bourgeoisie zu verteidigen.

Kein Zweifel, daß sich nur in den Köpfen **anarchistischer** Arbeiter diese Wahnideen von der Gewaltanwendung gegen die Kommunisten festsetzen konnten. Kein Mensch wird so närrisch sein, zu glauben, daß es Kommunisten waren, die eine **kommunistische Versammlung mit Revolverschüssen gesprengt haben.**

Was kann die Folge davon sein? Es kann sich sehr wohl ereignen, daß unter dem Deckmantel der brutalen Sitten, die die Anarchisten in den Arbeiterversammlungen eingeführt haben, sich, hübsch maskiert, die Gewalt der Bourgeoisie gegen das Proletariat austoben könnte, in Form von Gewaltakten der Royalisten, der bürgerlichen Ligen und der Polizei. Die Anarchisten müssen sich darüber Rechenschaft geben, daß die Folge der ständigen Hetze, die ihre Führer gegen die Vorkämpfer der Kommunistischen Partei und der Majorität der CGTU. veranstalten, die sein wird, daß die Royalisten (die Camelots du Roi), die Polizisten und die Faschisten lachend und ungestraft die revolutionären Arbeiter umbringen werden, während die eine Fraktion

des Proletariats die blutige Verantwortung hierfür der anderen zuschieben wird.

Die anarchistische Partei, die ihre Mitglieder keiner Kontrolle unterwirft, ermöglicht es, daß sich Provokateure aller Art, Royalisten, Faschisten, Polizisten in ihre Reihen einschleichen. Dank dem allerdings **geringen** Einfluß, den die anarchistische Partei in den Arbeiterorganisationen noch hat, können diese Provokateure zu verantwortlichen Posten gelangen und dort ihr trauriges Geschäft erfüllen. Solche Fälle wurden erst in letzter Zeit wieder an das Tageslicht gebracht. Und wieviele sind noch nicht aufgedeckt? Es ist gewiß keine Arbeiterorganisation — so sorgsame Maßnahmen sie auch treffen mag — vor dem Eindringen solcher Leute geschützt. Aber diese Gefahr muß auf ein Minimum herabgesetzt werden. Dies müßte sich auch die anarchistische Partei zur Pflicht machen und dürfte nicht jedermann, mag sein Vorleben noch so dunkel sein, in ihre Reihen aufnehmen.

Die Ehrlichen unter den Anarchisten müssen sich darum rechtzeitig von dieser verhängnisvollen Bahn abwenden und es nicht zulassen, daß die Arbeiterbewegung zu Nutz und Frommen der Bourgeoisie schwer geschädigt wird.

Die Kommunistische Partei Frankreichs, die siegreich die vorjährige Krise überwunden hat und auf dem Wege der Kommunistischen Internationale vorwärtsging, war auf dem besten Wege, alle Arbeiterorganisationen mit lebendigem, revolutionärem Geist zu erfüllen und die zerstreuten Kräfte der Arbeiterbewegung zu sammeln. Sie arbeitete daran, gegenüber den bürgerlichen Blocks den Arbeiter- und Bauernblock aufzurichten. Und dies nicht nur auf dem Felde der parlamentarischen Wahlen, sondern auf allen Kampffeldern, auf denen sich die Kräfte der miteinander kämpfenden Klassen messen können und müssen. Im Süden waren wir soweit gekommen, daß verschiedene Streiks durch die Bauern der benachbarten Dörfer unterstützt wurden.

Es kam die Zeit, wo sich die Folgen der Ruhrpolitik Poincarés einstellten, wo der französische Frank stürzte und die steigende Teuerung eine steigende Welle der Arbeiterforderungen mit sich brachte. Der Zusammenbruch des nationalen Blocks wurde zur Tatsache. Aber es wurde für die Bourgeoisie auch schwer, ihre Sache auf die Karte des Blockes der Linken zu setzen. Denn auch da hat sie nicht die Gewißheit, ihr Spiel zu gewinnen. Hat doch der Block der Linken im Interesse der französischen Bourgeoisie durch Herrn **Herriot** erklärt, daß auch er von der Ruhrpolitik nicht abrücken könne.

In dieser Situation geht nun die Hetze der Anarchisten gegen die Kommunisten und gegen die Führung der CGTU. los. Es ereignet sich das blutige Drama von Grange-aux-Belles. Die Anarchisten drohen, die kommunistischen Versammlungen zu sprengen. Der „Libertaire" fordert zur Spaltung der CGTU. auf.

In diesem Augenblick, wo die Anarchisten davon sprechen, den Kommunisten den Mund zu stopfen, in diesem Augenblicke — es ist ein sehr bedeutsames Zusammentreffen — werden Versuche der Bourgeoisie deutlich, die Parlamentswahlen plötzlich und überraschend vorzunehmen.

Schon beginnt der „**Temps**" am 15. Januar in einem Artikel eine Kampagne dafür, daß die Wahlen von dem „einstigen Kampfgeist" beherrscht sein müssen.

In einer unverblümten Weise appelliert die „Liberté" am selben Tage an den Faschismus. Mögen sich die Proletarier unter einander mit Gewalt befehden, die Vereinigung unter dem Banner des nationalen Ideals werde die Rettung des Mittelstandes von dem wachsenden Elend bringen. Die französischen Faschisten singen schon dasselbe Lied, das Mussolini vor seiner Machtergreifung gesungen hat.

All dies ist das Zeichen einer sehr bemerkenswerten politischen Entwicklung.

Die Zeitungen des Blocks der Linken dürften sich zu unrechter Zeit freuen. Sie reiben sich die Hände und hoffen, daß die Anarchisten, zu Nutz und Frommen der Koalition Herriot-Blum, die Kommunisten außer Gefecht setzen werden. Aber die Dinge dürften sich vielleicht nicht so einfach entwickeln. Die Ablenkung und Schwächung der Arbeiterbewegung, der Kampf auf Leben und Tod, den die Anarchisten gegen die Kommunistische Partei entfesseln, könnten, wenn sie zur Wirklichkeit würden, viel eher dem **Faschismus** als dem Block der Linken den Weg öffnen.

Die Großindustrie und ihr Mann, **Poincaré**, glaubt wohl, stark genug zu sein, um den Faschismus in ihrer Hand zu behalten und ihn genügend zu beherrschen, um ihn den Interessen des Hüttenkomitees (Comité des Forges) der „Vereinigung für wirtschaftliche Interessen" und der Madrider Straße dienstbar zu machen.

Wird man die Wahlen rasch und plötzlich vornehmen oder nicht? Jedenfalls beabsichtigt man, sie unter einem Regime des Schreckens gegenüber der Arbeiterschaft durchzuführen, wenn nicht überhaupt ein solches Regime der Einschüchterung dazu dienen soll, die Wahlen hintanzuhalten und die Session der Kammer des Nationalen Blocks zu verlängern oder gar, sie aufzulösen, ohne Neuwahlen vorzunehmen.

Die Großindustrie wird alle Mittel gut finden, mit denen sie ihre Macht behaupten und sich der Ruhrkohle bemächtigen kann, um so ihre Hegemonie über Europa tatsächlich zu vollenden.

In wechem Maßstabe wird man nun das blutige Drama von der Grange-aux-Belles-Straße ausnützen? In welchem Maßstabe wird mit Vorbedacht, im Interesse der blutigen Polizeimethoden, ein solches Drama ins Werk gesetzt?

Hier liegt die Gefahr.

Unter der Maske des Anarchismus öffnen die Provokateure dem Faschismus und der verschärften Diktatur der Schwerindustrie den Weg.

Mögen nun die Provokateure selbst handeln oder mögen sie die Überspanntheit allzu naiver Anarchisten ausnützen, es läuft auf dasselbe hinaus.

Angesichts dieser Gefahr müssen die ehrlichen Anarchisten zum Bewußtsein der Interessen der Arbeiterklasse kommen.

Darum ruft die Kommunistische Partei Frankreichs, trotz der Drohungen, die sie niemals einschüchtern werden, alle Proletarier Frankreichs dazu auf, sich in der CGTU. zu vereinigen, um dann in der gewerkschaftlichen Organisation geschlossen den rücksichtslosen Klassenkampf gegen die drohend vordringende Bourgeoisie zu führen.

So wie in anderen Ländern, wird auch in Frankreich die Erfahrung lehren, daß ein solcher Kampf nur siegreich sein kann, wenn in ihm der kommunistische Geist lebt und wenn die ganze revolutionäre Avantgarde es versteht, sich in einer starken und wirklich kommunistischen Partei zusammenzuschließen.

Die Parlamentswahlen in Italien.

Von Ruggiero Grieco.

I.

Die bürgerlichen Parteien und die Wahlen.

** Würde Mussolinis Macht gestärkt oder geschwächt worden sein, wenn er am 29. Oktober 1922, als er den Auftrag bekam, das Kabinett zu bilden, das Parlament aufgelöst hätte? Hierüber sind die Meinungen verschieden. Die meisten sind der Ansicht, daß die von Mussolini befolgte Methode, sich der alten Kammer so lange zu **bedienen**, bis die politische Lage ihm gestatte, Neuwahlen vornehmen zu lassen, sich als gut erwiesen habe. Es ist nicht unsere Aufgabe, hier die Qualitäten der alten Kammer zu analysieren — sie unterscheidet sich u. E. durch nichts von den ihr vorausgegangenen, und auch die ihr folgenden werden ihr in allem gleichen. Wir waren absolut nicht erstaunt — wie manche anderen — über die Tatsache, daß die Abgeordneten der jetzigen Kammer sich die Peitschenhiebe, die Mussolini ihnen versetzte, gefallen ließen, ohne auch nur gegen den physischen Schmerz Einspruch zu erheben. Die darüber staunten, vergessen, daß dieselben Abgeordneten zwei Jahre hindurch nichts getan haben, um die Entwicklung des Faschismus zu verhindern, daß sie ihn im Gegenteil offen und im Geheimen unterstützten. Vielleicht taten sie es, weil sie glaubten, der Faschismus würde ein gefügiges Instrument in ihren Händen sein; daß er nach der Macht streben würde, daran dachten sie nicht, und sie mußten sich durch Mussolini, als er in Rom einzog, eines Besseren belehren lassen. Mussolini hätte, wie Primo de Rivera, den Senat und das Parlament auflösen und ein oder zwei Jahre auf Grund eines vom König erlassenen Ermächtigungsgesetzes regieren können. Aber in Italien ist die Demokratie weiter vorgeschritten als in Spanien. Die italienische Regierung will in der europäischen Politik eine der ersten Geigen spielen. Für die Ausstattung einer Großmacht aber ist ein gewisses Quantum an Scheindemokratie ebenso notwendig wie bei Zeremonien die Toiletten. Mussolini dachte nicht daran, ein Vorläufer des Generals de Rivera zu sein; aber es ist gelungen, das Parlament zu beseitigen, ohne seine Auflösung zu proklamieren, ohne „die Pfeiler der Verfassung" anzutasten. Er hat die Kammer am Leben erhalten, doch hat er sich von ihr ermächtigen lassen, ein Jahr hindurch zu regieren, ohne sie zu befragen. Die Kammer ist darauf eingegangen, sich nicht befragen zu lassen und die Regierung nicht zu kontrollieren. Die Liberalen rechtfertigen sogar

theoretisch ihr Verhalten gegenüber dem faschistischen Staatsstreich, **der das Alte und das Neue zusammengelötet habe, ohne den inneren Frieden im Land zu gefährden.**

Mitte Dezember hat der Ministerpräsident die erste Sitzungsperiode der Legislatur für geschlossen erklärt. Der Verfassung gegenüber hat er sein Ansehen gewahrt. Er regelt seine Macht mit den Satzungen der Statuten. Nach Erlaß des Dekrets über die Schließung der Sitzungsperiode bestehen zwei Möglichkeiten: entweder es wird eine Verordnung über die Wiedereröffnung der Session mit einer Thronrede erlassen oder aber es wird die Auflösung des Parlaments und die Ansetzung von Neuwahlen verkündet.

Innerhalb des Monates Januar wird Mussolini seine Absichten bekanntgeben. Das Kabinett hat dem Ministerpräsidenten in der Frage der Wahlen absolute Vollmacht erteilt.

Unserer Ansicht nach stehen die Wahlen sehr bald bevor. Welches ist das Verhältnis der Parteien zu den Parlamentswahlen? Welche Stellung nehmen ihnen gegenüber die Arbeiterparteien und das Proletariat ein?

Der an die Macht gekommene Faschismus hat in allen bürgerlichen Parteien Krisen verursacht. Die Mehrheit im Parlament bestand vor Oktober 1922 aus den vier demokratischen Fraktionen (die im Land keine Organisation haben), das heißt der demokratischen, demokratisch-sozialen, italienisch-demokratischen und demokratisch-liberalen, ferner aus der Fraktion der Popolari (klerikale Volkspartei) und den rechts orientierten Fraktionen (Faschisten, Rechtsliberale, Nationalisten, Agrarier). Der faschistischen Regierung gegenüber nahm die Mehrheit im Parlament eine abwartende Haltung ein, jedoch stimmte sie sowohl für das Ermächtigungsgesetz wie für die wenigen Gesetzentwürfe, die die Regierung der Kammer vorlegte. Aber außerhalb des Parlaments wurde die Orientierung der bürgerlichen Parteien automatisch erzeugt durch die zahllosen Interessen, die vom Faschismus berührt wurden und ihm gegenüber verteidigt werden mußten. Verschiedene Gruppierungen, wie zum Beispiel diejenige, an deren Spitze die Nitti-Demokratie stand, haben sofort gegen die Politik des Faschismus, der faschistischen Regierung Stellung genommen. Es muß jedoch erwähnt werden, daß verschiedene von diesen Gruppen (die Liberalen) das Entstehen und die Konsolidierung des Faschismus in jeder Weise gefördert haben. Die Chronik ihrer Zeitungen war ein wahres „Heldenlied", das besonders die militärische Organisation der Faschisten verherrlichte. Diese Gruppen waren der Meinung, der Faschismus könnte wieder rasch abgetan werden, wenn man ihn nicht mehr brauche. Man glaubte, die Faschisten würden sich mit ihren auf dem Kongreß zu Neapel im Oktober 1922 aufgestellten Forderungen — sie verlangten den Sturz des Ministeriums und die Teilnahme der Faschisten an der neuen Regierungskoalition mit vier Portefeuilles (Marine, Krieg, Ministerium des Innern, Außenministerium) — zufriedengeben. Vor dem Neapeler Kongreß hatten Besprechungen mit Giolitti stattgefunden, in denen als Vermittler Mitglieder der Faschistenpartei auftraten. Giolitti lehnte die Forderung der Faschisten ab, die ihm das Recht genommen hätte, die Ministerien nach eigenem Gutdünken zu verteilen. Die Faschisten beschlossen hierauf, zu extremen Mitteln zu greifen. Der Marsch auf Rom, der bisher als ein nicht durchführbare Lösung schien, nahm greifbarere Gestalt an. Das Unternehmen gelang, und der Faschismus trug den Sieg über seinen Vater Giolitti davon. Wären Mussolini und Giolitti in ihren Verhandlungen über die Bildung des Kabinetts zu einem Kompromiß gelangt, so wäre die faschistische Bewegung wahrscheinlich unterlegen. Giolittis Taktik bestand stets darin, die Entwicklung von Bewegungen mit entgegengesetzten Tendenzen zu fördern, wobei er sich von dem Kriterium leiten ließ, daß jede Bewegung, wie eine Krankheit in sich — und außerhalb — Keime für eine neue Bewegung erzeuge, die der ersten entgegengesetzt ist und folglich gefördert werden muß. Giolitti hat sich schon öfters dieses Systems bedient, das ihm unfehlbar erscheint. Typisch ist zum Beispiel für ihn sein Kampf gegen die Rechte nach 1890, in dem er sich auf den reformistischen Sozialismus stützte; ferner seine Taktik gegenüber den Sozialisten (deren Führer er gut kannte), denen er half, die Entwicklung der Arbeiterorganisationen so weit zu bringen, daß die revolutionäre Bewegung 1920 möglich war, während er gleichzeitig zur Organisation des Faschismus schritt, der „durch eine spontane Reaktion" der öffentlichen Meinung die Arbeiterbewegung zerstören sollte. Im Oktober 1922 hatte der Faschismus, nach Giolittis Meinung, seine Aufgabe erfüllt und mußte vom Liberalismus absorbiert werden. Dies geschah aber nicht. Die durch das Resultat ihrer Taktik enttäuschten Liberalen haben nach dem Oktober 1922 eine argwöhnisch-abwartende Haltung der faschistischen Regierung gegenüber angenommen, obgleich sie sich alle in der Kammer durch Abstimmungen zugunsten der Regierungsvorschläge kompromittiert haben. Eine klare ablehnende Haltung dem Faschismus gegenüber haben die Nitti-Anhänger eingenommen, die die Zeitung **„Mondo"** („Die Welt") in Rom herausgeben. Wichtig ist noch, auf die antifaschistische Einstellung der Mailänder Zeitung **„Corriere deila Sera"** hinzuweisen, einer sowohl in Oberitalien wie im Auslande viel gelesenen Zeitung, die die historische Traditon des Cavourschen Liberalismus aufrecht zu erhalten behauptet. Die Turiner Zeitung „Stampa" („Die Presse"), ein Blatt Giolittis, das aber jetzt eine von diesem unabhängige Haltung zur Schau trägt, gehört ebenfalls zur Opposition, während Giolitti erklärt, ein Freund und Befürworter der „nationalen Regierung" zu sein. Wir haben schon gesagt, daß die demokratischen Fraktionen im Parlament keine im Land bestehenden Organisationen vertreten. Es gibt wohl eine demokratisch-soziale Organisation, die in ihrer Mehrheit die faschistische Regierung unterstützt und die sogar in der Regierung — durch den Postminister Colonna di Cesario — vertreten ist. Aber auch diese Organisation stellt kein kompaktes Ganzes mit einheitlichem Programm dar. Vor kurzem löste sich zum Beispiel von ihr ein großer Teil ab (die Organisation der Provinz Venetien), der sich faschistenfeindlich erklärte. Es besteht ferner eine Organisation der Liberalen Partei, die in der letzten Zeit etwas erstarkt ist, in der es aber keine Disziplin und keine klaren Direktiven gibt. Das Zentralkomitee der Liberalen Partei hat verschiedentlich erklärt, daß es das Wiederaufbauprogramm der faschistischen Regierung gutheiße, doch sind nicht alle Liberalen mit dieser Erklärung einverstanden, viele haben sich außerhalb der Partei gestellt, die einen, um die Freiheit zu haben, den Faschismus zu kritisieren, die anderen — um verantwortliche Posten im Staat einnehmen zu können.

Die Nationalisten vereinigten sich mit den Faschisten gleich nach dem Marsch auf Rom zu einer Partei. Die Popolari (Klerikale Volkspartei) haben eine schwere Krise durchgemacht, die noch nicht ganz überwunden ist; in letzter Zeit nehmen sie eine dem Faschismus stets feindlicher gegenüberstehende Haltung ein. Der rechte Flügel gehört zwar noch der Partei an, um in ihr für das Programm der faschistischen Regierung zu kämpfen, aber diese Richtung hat innerhalb der Partei nicht viele Anhänger.

Es läßt sich noch nicht genau sagen, in welcher Lage sich die bürgerlichen Parteien bei den Wahlen befinden werden. Das neue Wahlgesetz, das Mussolini von der Kammer annehmen ließ, beruht auf einem gemischten System: Das Majoritätsprinzip besteht für die Liste, die die absolute Mehrheit davonträgt, das Prinzip der Proportionalität für die Minderheiten. Die Liste der Mehrheit hat ein Anrecht auf zwei Drittel der Parlamentssitze, die Minderheiten müssen die übrigbleibenden Sitze — ein Drittel — unter einander teilen. Dieses Wahlgesetz ist so ausgearbeitet, daß es von vornherein der Regierung einen Sieg sichert. Mussolini wird eine Mehrheitsliste zusammensetzen, in der neben Faschisten auch Freunde aus anderen Parteien figurieren werden; jedoch wird die Zahl der Faschisten in ihr so stark sein, daß Überraschungen von seiten der anderen Parteien angehörenden Abgeordneten nicht eintreten können. So wird die Regierungsliste, das heißt die der Faschisten, auch Namen von Demokraten, wie Popolari, Reformisten (Ex-Reformisten, Girondisten), Liberalen enthalten.

Welche Haltung werden die Oppositionsparteien einnehmen und wie werden sich die der Regierung freundschaftlich gegenüberstehenden Parteien verhalten, die jedoch ihre eigene Physiognomie behaupten wollen? Bisher haben sich diese Parteien noch wenig über diese Frage ausgesprochen — mit Ausnahme einiger Führer, deren Meinung jedoch für die Stellung der Parteien nicht absolut maßgebend ist. So soll Giolitti erklärt haben, die Liberalen müßten, obgleich sie der Regierung freundschaftlich gesinnt seien, auf Sitze der Minderheit Anspruch erheben, nicht aber in der Regierungsliste figurieren. Auch die Popolari wollen mit einer intransigenten Liste in den Kampf treten. Ferner spricht man von einer Liste der konstitutionalen Opposition, deren Zustandekommen jedoch problematisch erscheint. An der Vorbereitung einer solchen Liste arbeiten verschiedene Gruppen, die augenblicklich im Entstehen begriffen sind, so die „Demokratische Liga" (Rom) und die „Liga für demokratische Kontrolle" (Mailand). Man nimmt an, daß sich auch der Ex-Minister, Ex-Sozialist Bonomi, einer der Väter des Faschismus, heute Antifaschist, für diese Liste interessiert. Kommt diese Oppositionsliste zustande, so wird es außer ihr und der Regierungsliste noch die Liste der

Popolari (Opposition) und eine „Liste der Freunde der Regierung", die in die Regierungsliste nicht eingeschlossen sind, geben. Diese letztgenannte Liste wird natürlich von der Regierung unterstützt werden.

Die politische Krise in Griechenland.

Von El. Stawrides (Athen).

** Man könnte meinen, daß nach der Unterfertigung des Lausanner Vertrages, und insbesondere nach den Neuwahlen, Griechenland die Periode der politischen Krise überwunden hätte und in eine ruhigere und stabilere Periode eingetreten wäre. Mag man dies vielleicht auch außerhalb Griechenlands nicht bemerken, so gibt es in Griechenland selbst „ernste" Politiker, die nicht nur an eine solche Möglichkeit glauben, sondern sie auch zu realisieren versuchen. Aber diese Auffassung der politischen Lage Griechenlands erweist sich als unbegründet und irrig, weil die Ursachen der Krise noch nicht verschwunden sind. Um diese Ursachen richtig zu erkennen, müssen wir kurz die soziale Basis der politischen Parteien Griechenlands betrachten.

Griechenland ist vor allem ein agrarisches und maritimes Gebiet. Vom ökonomischen Gesichtspunkt ist es kein Land, das sich selbst genügt. Seine wirtschaftliche Prosperität hängt davon ab, ob die politischen Umstände ihm den Handel mit dem Ausland gestatten oder nicht. Dieses Bedürfnis Griechenlands sowie seine geographische Lage nötigen es, sich der Gnade mächtiger Staaten zu vergewissern, insbesondere der Staaten, die die herrschenden Mächte des Mittelländischen Meeres sind. Vor den Balkankriegen lebte es von seiner kleinen Produktion und seinem Transitgeschäft. Da die Industrie nicht entwickelt war, hat sich das griechische Kapital vor allem auf Schiffahrt und Seehandel geworfen und erreicht, daß die griechische Flagge die erste nach der englischen im Mittelländischen Meer ist.

Der Krieg aber, insbesondere der Weltkrieg und der letzte Feldzug nach Kleinasien, hat dem griechischen Kapital die Gelegenheit geboten, sich in raschem Tempo zu entwickeln und so im Lande eine Klasse von Kapitalsbesitzern, eine richtige Großbourgeoisie, zu schaffen, die ihre Interessen mit den Kapitalisten des Westens eng verknüpft hat und als ihr Hauptagent im Orient tätig ist.

Nachdem die griechische Großbourgeoisie die ökonomische Oberherrschaft im Lande an sich gebracht und die restlichen Kreise des Feudalismus, die um den König konzentriert waren, verdrängt hatte, wollte sie natürlich auch die politische Leitung des Landes in ihre Hand nehmen, um sowohl den eigenen Interessen wie auch den Interessen des ausländischen Kapitals zu dienen.

Zu diesem Zwecke hat sich die griechische Großbourgeoisie mit der Venizelos-Partei verbündet. Sie bildet gegenwärtig die soziale Basis dieser Partei. Die Politik dieser Partei dient den Interessen der Großbourgeoisie und ist imperialistisch und nationalistisch. Unter der Führung dieser Partei hat das griechische Volk die Balkankriege mitgemacht, ist an der Seite der Entente in den Weltkrieg eingetreten, wurde nach der Ukraine gegen die Bolschewiken ins Feld geschickt, unternahm den Eroberungszug nach Kleinasien und bereitete nach der Niederlage, die es dort erlitten hatte, den neuerlichen Krieg gegen die Türkei in Thrazien vor.

Gegen diese Partei wendet sich die ganze übrige Bevölkerung des Landes, da ihre Interessen denen der Großbourgeoisie und der europäischen Kapitalisten entgegengesetzt sind. Gegen sie wenden sich alle die, die den Krieg hassen und den Frieden wollen. Gegen sie wenden sich alle die, die immer die Konsequenzen der imperialistischen Politik auf sich nehmen müssen. Das sind die Arbeiter, die Bauern und die Kleinbürger, das heißt die überwiegende Majorität des griechischen Volkes. Sie alle, deren Interessen denen der Großbourgeoisie widerstreiten, sind antivenizelistisch. Dennoch hat die Venizelos-Partei, die doch nur eine Minorität im Lande vertritt, geherrscht und herrscht noch. Griechenland befindet sich also unter der Diktatur der Großbourgeoisie. Die Ursache liegt einerseits darin, daß die Großbourgeoisie das Wirtschaftsleben des Landes leitet und deshalb den anderen bürgerlichen Parteien das Regieren sehr schwer ist, anderseits darin, daß die politische Organisation des antivenizelistischen bürgerlichen Lagers nur auf der Negierung dessen beruht, was die Venizelos-Partei macht, nicht aber auf einem positiven politischen Programm.

Die Kommunistische Partei ausgenommen — die einzige Partei der Arbeiterklasse — die auf die Majorität der Arbeiterklasse, auf eine ziemlich ernste Minorität der ländlichen Bevölkerung und auf einen kleinen Teil der Kleinbourgeoisie Einfluß hat, ist die übrige Bevölkerung, die große Majorität der Klein- und Mittelbourgeoisie, die Majorität der Bauernklasse und ein kleiner Teil der Arbeiterklasse ohne jede klare politische Orientierung, hat verworrene politische Ansichten, bleibt bei einer kümmerlichen und unfruchtbaren Negation stehen, und ist ohne jede politische Organisation. Diese Teile der Bevölkerung, die noch nicht die notwendige Entwicklung durchgemacht haben, um die kommunistischen Auffassungen zu verstehen und zu bejahen, obwohl ihre objektiven Lebensbedingungen dafür sehr günstigt sind, werden zum politischen Werkzeug der übriggebliebenen feudalen Kreise, denen durch die Venizelos-Partei die Macht entrissen wurde.

Die Tatsache, daß keine andere proletarische Partei als die Kommunistische, und auch keine besondere Bauernpartei existiert, erleichtert zwar das Vordringen der Kommunistischen Partei, aber sie kann, infolge der gegebenen subjektiven Gründe, die für sie günstigen Umstände nicht genügend ausnützen.

Der Interessengegensatz zwischen der gegenwärtig herrschenden Großbourgeoisie und den übrigen Schichten, der politisch als gegenseitige Bekämpfung der Venizelisten und Antivenizelisten zum Ausdrucke kommt, hat auf Grund der letzten Ereignisse zu einer äußerst kritischen Zuspitzung geführt. Dadurch tritt der Klassenkampf in Griechenland in ein sehr ernstes Stadium. Es hat sowohl die führende Venizelos-Partei durch ihre während der Parlamentswahlen getroffenen Maßnahmen und ihren Terrorismus überhaupt, den sie in der Zeit der sogenannten Revolution des Obersten Plastiras ausgeübt hat, als auch die antivenizelistische Bourgeoisie durch das militärische Unternehmen von Metaxas (Staatsstreich der Generäle Leonardopoulos und Gargalides) und durch die Wahlenthaltung bei den Parlamentswahlen den Boden legalen politischen Kampfes verlassen.

Die Kommunistische Partei Griechenlands ist noch nicht in der Lage, die Initiative zum Kampfe gegen den Venizelismus zu ergreifen, und zwar aus subjektiven Gründen, da sie noch nicht auf die Gefolgschaft der Bauernschaft und der Kleinbourgeoisie rechnen kann. So bleibt die Initiative den Monarchisten und Feudalen, die sich um den König scharen, vorbehalten. Daher ist es die ernsteste Aufgabe der Kommunistischen Partei Griechenlands, die Führung in diesem Kampfe gegen die Großbourgeoisie zu erobern.

Wenn wir diese Grundlage der gegenwärtigen politischen Situation in Griechenland betrachten, müssen wir zu dem Ergebnis kommen, daß die gegenwärtige politische Krise kein Ende finden wird, sondern sich in der nächsten Zeit immer schärfer zuspitzen muß. Dieser Kampf zwischen den beiden ausschlaggebenden Parteien innerhalb der griechischen Bevölkerung muß sehr rasch zu neuerlichen bewaffneten Zusammenstößen führen und schließlich in einen offenen Bürgerkrieg übergehen, der zweifellos durch militärische Handlungen und blutige Zwischenfälle eingeleitet werden wird.

Wenn es unter diesen Umständen der Kommunistischen Partei Griechenlands gelingt, die royalistischen Kaders von der politischen Ausnützung der überwiegenden Majorität der Bauernklasse und des Kleinbürgertums zu verdrängen und sich im Kampf gegen die Venizelos-Partei an die Spitze zu stellen, dann wird die Frage der Errichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung in Griechenland auf die Tagesordnung gestellt.

Venizelos, der die schwache Grundlage seiner Partei — was nämlich ihre soziale Basis betrifft — erkennt, die trotz der Stärkung seiner Partei durch die thrazischen und kleinasiatischen Flüchtlinge gegeben ist, beeilt sich, nun im Dienste der Interessen der Großbourgeoisie und des englischen Kapitals seine Machtstellung zu befestigen, indem er eine Schwenkung nach rechts vollzieht, und so zwar nicht die ökonomischen Interessen der Massen, wohl aber die politischen Interessen der Royalisten berücksichtigt, die, wie gesagt, gegenwärtig die Führer der Massen in ihrem Kampf gegen Venizelos und seine Partei sind.

Wird Venizelos mit seiner Pendelpolitik auf die Dauer Erfolg haben? Wir glauben, dies mit aller Entschiedenheit verneinen zu können. Die politischen und wirtschaftlichen Konflikte werden sich verschärfen und in heftigen Kämpfen zur Entladung kommen.

Union der Sowjetrepubliken

Über die Ergebnisse der Diskussion und über die kleinbürgerlichen Tendenzen in der RKP.

Resolution der XIII. Parteikonferenz der RKP.

(Angenommen am 18. Januar mit allen gegen zwei Stimmen.)

I.

Die Umstände der Entstehung der Diskussion.

** Lange vor irgendwelchem Hervortreten der „Opposition" hat schon im September 1923 das Plenum des ZK. und noch früher das Politische Büro des ZK. unserer Partei die Frage über die Notwendigkeit einer Belebung der Parteiarbeit und der Stärkung der Arbeiterdemokratie innerhalb der Partei aufgerollt.

Der Aufschwung der Industrie, der dem Deklassierungsprozeß des Proletariats ein Ende setzte, die Hebung des kulturellen Niveaus der Arbeiterklasse und die Zunahme ihrer Aktivität, haben für die tatsächliche Durchführung der grundlegenden Elementen einer innerparteilichen Demokratie günstigere Bedingungen geschaffen. Andererseits ließen die wirtschaftlichen Konflikte des vergangenen Sommers — obwohl sie an und für sich noch keine Gefahr bedeuteten und ihrem Umfang nach geringer waren als in der Vergangenheit — merken, daß die Verbindung der Parteiorganisationen mit der parteilosen Arbeitermasse stellenweise ungenügend war.

Das ZK. war sich dessen bewußt, daß das Einschlagen neuer Wege nur vollkommen durchdacht, vorsichtig und nach ernster Vorbereitung vor sich gehen könne. Im Bewußtsein dessen, hat das ZK. der Partei im September 1923 die Vorbereitungsarbeiten auf diesem Gebiete in Angriff genommen.

Diesen Augenblick hielten die alten oppositionellen Gruppen und Grüppchen, deren Politik die Partei schon wiederholt verurteilt hatte, für geeignet, um zum Angriff gegen das ZK. der Partei überzugehen. In der Hoffnung, daß die Frage der innerparteilichen Demokratie die gesteigerte Aufmerksamkeit aller Parteimitglieder auf sich lenken werde, beschlossen die oppositionellen Gruppen, diese Parole für ihre Fraktionszwecke auszubeuten. Nach dem Septemberbeschluß des Plenums des ZK. der RKP. erschien der Brief des Genossen **Trotzki** und unmittelbar danach der Brief der 46 Genossen. Diese Dekomente enthielten eine durchaus falsche und ultra-fraktionelle Einschätzung der wirtschaftlichen Lage des Landes und des inneren Zustandes der Partei, prophezeiten eine schwere Wirtschaftskrise in der Republik und eine Krise innerhalb der Partei und beschuldigten das ZK., daß es die Partei unrichtig führe.

Die Schädlichkeit dieser fraktionellen Aktionen des Genossen Trotzki und der 46 Genossen wurde noch dadurch gesteigert, daß die erwähnten Briefe sofort weiten Kreisen der Parteimitgliedschaft bekannt wurden, in den Rayons, unter der studierenden Jugend in Moskau, und unmittelbar danach auch in der ganzen Sowjet-Union die weiteste Verbreitung fanden.

Die gemeinsame Sitzung des Plenums des ZK. und der ZKK., die unter Teilnahme der Vertreter der zehn größten Parteiorganisationen im Oktober stattfand, hat das Auftreten des Genossen Trotzki und der 46 Genossen verdientermaßen als fraktionsmäßiges Vorgehen verurteilt. Gleichzeitig fand die Initiative des Politischen Büros in der Frage der Belebung der innerparteilichen Tätigkeit und der Stärkung der Arbeiterdemokratie die einmütige Billigung der gemeinsamen Sitzung des Plenums des ZK. und der ZKK. Die gemeinsame Sitzung des Plenums des ZK. und der ZKK. beschloß, die vom Genossen Trotzki und den 46 Genossen begonnenen Streitigkeiten nicht über den Rahmen des ZK. hinauszutragen, die Briefe des Genossen Trotzki und der 46 Genossen, desgleichen auch die Antwort des Politischen Büros und die Resolution des ZK. und der ZKK., die die „Opposition" mit 102 gegen 2 Stimmen, bei zehn Stimmenenthaltungen, verurteilt hatte, nicht zu veröffentlichen.

Ungeachtet dessen haben sich der Genosse Trotzki und seine 46 Anhänger dem Beschlusse einer so autoritativen Parteiinstanz nicht unterworfen und setzten ihren systematischen Feldzug gegen das ZK. der Partei anfangs in breiten Kreisen der Moskauer Organisation und dann auch in der ganzen Sowjet-Union fort.

Das Pol. Büro nahm auf Grund des Beschlusses der gemeinsamen Plenarsitzungen die Ausarbeitung der Resolution über die innerparteiliche Lage und über die Arbeiterdemokratie in Angriff.

Trotz des fraktionsmäßigen Vorgehens des Genossen Trotzki fand es die Mehrheit des Pol. Büros für notwendig, mit ihm ein Einverständnis zu erzielen. Als Ergebnis langer Bemühungen der Mehrheit des Pol. Büros wurde die Resolution des Pol. Büros und des Präsidiums der ZKK. über den innerparteilichen Aufbau einstimmig angenommen und am 5. Dezember 1923 veröffentlicht.

Eine der meist umstrittenen Fragen stellte bei der Ausarbeitung der Resolution des Pol. Büros und des Präsidiums der ZKK. die Frage der Fraktionsbildung dar. Bei der Ausarbeitung der Resolution des Pol. Büros und des Präsidiums der ZKK. hat Genosse Trotzki anfangs gegen das Fraktionsverbot keine Einwände erhoben, bestand aber darauf, daß die Freiheit von Gruppierungen nicht verboten werde. Dessen ungeachtet, gelang es, eine einstimmig gebilligte Formulierung zu finden, die in der Fraktionsfrage auf den Beschluß des X. Parteitages der RKP. verweist.

Die „Opposition" setzte jedoch ihren Fraktionskampf fort. Während die Mehrheit des ZK. und der ZKK. — durch den eigenen Beschluß über die Nichtveröffentlichung der betreffenden Dokumente gebunden — diesen Beschluß loyal befolgte, fuhr die „Opposition" fort, ihre Fraktionsdokumente zu verbreiten. Zwei Tage nach der Veröffentlichung der vom Pol. Büro und dem Präsidium der ZKK. einstimmig angenommenen Resolution veröffentlichte Genosse Trotzki seinen bekannten Brief unter dem Titel: **„Der neue Kurs"**, der in Wirklichkeit ein gegen das ZK. gerichtetes Fraktionsmanifest darstellt. Die in kurzer Folge darauf erschienenen Artikel des Genossen Trotzki gaben seinem fraktionsmäßigen Vorgehen eine noch stärkere Betonung, ebenso auch die Broschüre des Genossen Trotzki **(„Der neue Kurs")**, die am Tage der Eröffnung der Parteikonferenz erschien.

Seit dem Erscheinen des Fraktionsmanifests des Genossen Trotzki erfuhr der Kampf eine noch weitere Verschärfung. Die „Opposition" begann in Moskau, besonders in den militärischen Parteizellen, und in den Zellen der Hochschulen eine in der Geschichte unserer Partei noch nie dagewesene Kampagne gegen das ZK., indem sie das Vertrauen der Partei zum ZK. zu untergraben suchte. Die Vertreter der Opposition werden nach allen Gegenden Rußlands entsandt. Der Kampf nimmt unerhört scharfe Formen an. Den Kern der „Opposition" bilden Mitglieder der ehemaligen Gruppe des „demokratischen Zentralismus", die mehrere Jahre hindurch die Linie der Partei bekämpfte. Diesem Kern schlossen sich einige ehemalige Mitglieder des ZK. an, die auf dem X. Parteitag der RKP. auf Vorschlag des Genossen Lenin nicht wiedergewählt wurden **(Preobraschenski, Smirnow, Serebrjakow)**. An der Spitze dieses ganzen oppositionellen Blocks steht Genosse Trotzki, daher erhielt der Block in der ersten Zeit eine gewisse Autorität.

II.

Der ideologische Gehalt der „Opposition".

Die Meinungsverschiedenheiten der großen Mehrheit unserer Partei mit der heutigen „Opposition" — wie es sich im Laufe der Diskussion herausstellte — bestehen hauptsächlich in folgenden sechs Punkten:

1. Die „Opposition", an deren Spitze Genosse Trotzki steht, gab die Parole der Zertrümmerung des Parteiapparats heraus und versuchte, den Schwerpunkt des Kampfes gegen den Bürokratismus des Staatsapparats, auf den „Bürokratismus" im Parteiapparat zu verlegen. Eine so oberflächliche Kritik, und der Versuch einer direkten Diskreditierung des Parteiapparats kann objektiv nur dazu führen, daß sich der Staatsapparat dem Einfluß der Partei entzieht, daß die staatlichen Organe sich von der Partei loslösen. Die Tendenz, die staatlichen Organe dem Einflusse der Partei zu entziehen, zeigte sich beim Genossen Trotzki schon vor dem X. Parteitag. In der gegenwärtigen Diskussion nahm diese Tendenz nur eine andere Form an.

2. Die „Opposition" versuchte, die junge Generation der Partei den Hauptkaders der Partei und ihrem ZK. entgegenzustellen. Anstatt die Jugend zu belehren, daß unsere Partei sich nach ihrem proletarischen Grundkern, nach den kommunistischen Arbeitern, die am Schraubstock stehen, zu orientieren hat, suchte die vom Genossen Trotzki geführte „Opposition" zu beweisen, daß das „Barometer" der Partei die studierende Jugend sei.

3. Genosse Trotzki gebrauchte zweideutige Anspielungen in bezug auf eine Entartung der Hauptkaders unserer Partei und versuchte dadurch die Autorität des ZK. zu untergraben, das

in der Zeit zwischen den einzelnen Parteitagen der einzige Vertreter der gesamten Partei ist. Genosse Trotzki versuchte nicht nur, sich selbst allen anderen Mitgliedern des ZK. entgegenzustellen, sondern brachte auch Beschuldigungen vor, die in den weitesten Kreisen der Arbeiterklasse Unruhe hervorrufen und in der ganzen Partei zu stürmischen Protesten führen mußten.

4. Der Bankrott der „Opposition" trat am krassesten in den wirtschaftlichen Fragen zutage. Sie vermochte ihre gegen das ZK. der Partei erhobenen Beschuldigungen durch gar nichts zu stützen und machte nicht einmal den Versuch, der Politik der Partei irgendwelche, auch nur einigermaßen systematisch aufgebaute Anträge zu den wirtschaftlichen Fragen entgegenzusetzen.

Es gibt in der Kritik an der Wirtschaftspolitik der Partei in der „Opposition" zwei Schattierungen. Der eine Teil der „Opposition" zollt der „linken" Phraseologie gegen die neue Wirtschaftspolitik überhaupt einen reichen Tribut. Dieser Teil der „Opposition" gab Erklärungen ab, denen nur dann ein Sinn abgewonnen werden konnte, wenn diese Genossen empfohlen hätten, auf die Neue Wirtschaftspolitik zu verzichten und zum Kriegskommunismus zurückzukehren. Der andere, weit einflußreichere Teil der „Opposition" wirft dagegen dem ZK. vor, daß es dem ausländischen Kapital nicht genügend entgegenkommt, keine hinreichenden Zugeständnisse den imperialistischen Mächten macht usw. Dieser Teil der „Opposition" (Radek) brachte direkte Anträge ein, bezüglich der Revision jener Bedingungen, die die Partei hinsichtlich der Genueser Konferenz festgelegt hatte, und schlägt vor, dem internationalen Imperialismus viel größere Zugeständnisse zu gewähren, um die geschäftlichen Beziehungen mit dem ausländischen Kapital zu verstärken. Die Partei lehnte, ohne zu zaudern, diese beiden Irrtümer ab.

5. Die „Opposition" hat in allen ihren Schattierungen in bezug auf die Bedeutung der Parteidisziplin gänzlich unbolschewistische Anschauungen an den Tag gelegt. Das Vorgehen einer ganzen Reihe von Vertretern der „Opposition" stellt einen unerhörten Bruch der Parteidisziplin dar und weckt Erinnerungen an jene Zeiten, wo Genosse Lenin genötigt war, gegen den „Intellektuellenanarchismus" in Organisationsfragen zu kämpfen und die Fundamente der proletarischen Disziplin in der Partei zu verteidigen.

6. Die „Opposition" hat den Beschluß des X. Parteitages der RKP., der die Fraktionsbildung innerhalb der Partei verbietet, offen verletzt. Die bolschewistische Auffassung der Partei als ein einheitliches Ganzes wird von der „Opposition" durch die Auffassung der Partei als einer Summe aller möglichen Richtungen und Fraktionen ersetzt. Diese Richtungen, Fraktionen und Gruppierungen müßten nach den „neuen" Ansichten der „Opposition" in der Partei gleichberechtigt sein, während das ZK. der Partei nicht so sehr der Führer der Partei als vielmehr ein bloßer Registrator und Vermittler zwischen den Richtungen und Gruppierungen sein müßte. Eine solche Auffassung über die Partei hat mit dem Leninismus gar nichts gemein. Die Fraktionstätigkeit der Opposition haben die Hoffnungen aller Feinde der Partei, darunter auch der europäischen Bourgeoisie, auf eine Spaltung der RKP. neu belebt. Diese fraktionsmäßigen Handlungen haben der Partei wieder mit der ganzen Schärfe die Frage gestellt, ob die RKP. als eine herrschende Partei die Bildung von Fraktionsgruppierungen innerhalb der Partei zulassen könne.

Als Bilanz dieser Differenzen und nach der Analyse des ganzen Charakters der Handlungen der Oppositionsvertreter gelangt der Bundesparteitag zur Schlußfolgerung, daß wir in der Gestalt der heutigen Opposition nicht nur mit einem Revisionsversuch des Bolschewismus, nicht nur mit einer direkten Abschwenkung vom Leninismus, sondern auch mit einer ausgesprochen kleinbürgerlichen Abweichung zu tun haben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese „Opposition" objektiv den Druck der Kleinbourgeoisie auf die Positionen der proletarischen Partei und deren Politik widerspiegelt. Die Prinzipien der innerparteilichen Demokratie beginnt man außerhalb der Partei schon in erweitertem Sinne zu interpretieren, und zwar wird sie gedeutet als eine Schwächung der Diktatur des Proletariats und eine Erweiterung der politischen Rechte der neuen Bourgeoisie.

Bei der Tatsache, daß die RKP., die die Diktatur des Proletariats verkörpert, ein Monopolrecht auf die Legalität im Lande besitzt, ist es unvermeidlich, daß die innerhalb am wenigsten gefestigten Gruppen der Kommunisten zuweilen nichtproletarischen Einflüssen unterliegen. Die gesamte Partei muß sich über diese Gefahren klar sein und entschieden für die Erhaltung der proletarischen Linie der Partei eintreten.

Diese kleinbürgerliche Abweichung erheischt einen systematischen und energischen Kampf unserer gesamten Partei.

III.

Die positiven Ergebnisse der Diskussion.

Die Zunahme der Aktivität und des kulturellen Niveaus breiter Massen parteiloser Arbeiter und eines Teiles der werktätigen Bauern stellen einen neuen Faktor dar, der bei einer richtigen Politik der Partei der Sache der Revolution den größten Nutzen bringen kann. Um ihren Aufgaben vollkommen entsprechen zu können und die Möglichkeit zu haben, die Führung dieser zu einer aktiven Teilnahme am Aufbau des Sozialismus emporstrebenden Massenschichten der Arbeiter und besitzlosen Bauern in der Hand zu haben, muß die Partei unter allen Umständen ihr inneres Leben auffrischen und aktiver gestalten. In diesem Sinne brachte die Diskussion der Partei, trotz der kleinbürgerlichen Abweichung der „Opposition", einen erheblichen Nutzen.

Die kleinbürgerlichen Irrtümer der „Opposition" wurden von der Partei rasch und entschieden korrigiert. Kaum hatten die Debatten innerhalb der Partei eingesetzt, als auch schon eine große proletarische Organisation der Partei nach der andern die kleinbürgerlichen Schwankungen der „Opposition" einer strengen Kritik unterzog und die Linie des ZK. unterstützte. Als erste, wie bei prinzipiellen Debatten in der Partei auch bisher immer, meldete sich die älteste bolschewistische Arbeiterorganisation, die Petersburger Organisation der RKP. Dem Briefe der Petersburger Organisation haben sich Dutzende der größten proletarischen Organisationen der Sowjetregierung vorbehaltlos angeschlossen. Die mit einer riesigen Stimmenmehrheit angenommene Resolution der Moskauer Gouvernementskonferenz sprach eine ebenso entschiedene Verurteilung der „Opposition" aus. Zur Zeit des Zusammentrittes der Bundesparteikonferenz hat die ganze Partei in ihrer erdrückenden, absoluten Mehrheit die kleinbürgerlichen Abirrungen einmütig verurteilt.

Ein Resultat der Diskussion ist, daß der Grundkern der Partei sich noch mehr zusammengeschlossen hat. Die proletarischen Zellen der gesamten Sowjet-Union haben die Fehler der „Opposition", ohne einen Augenblick zu zögern, in der energischesten Weise abgelehnt. Die junge Generation der Partei, die zum erstenmal Zeuge harter Streitigkeiten innerhalb der Partei ist, hat zum erstenmal die Möglichkeit, sich an einem lebendigen Beispiele zu vergegenwärtigen, was wirklicher Bolschewismus ist. Die dem Fabrikleben am nächsten stehenden Teile des KIV. haben die Grundlinie der Partei ohne Schwankungen unterstützt. Die Schwankungen eines Teiles der studierenden Jugend der Hochschulen stellen eine vorübergehende Erscheinung dar. Durch eine entsprechende Aufklärungsarbeit der Partei werden diese Schwankungen bald überwunden sein.

Die Aktivität und das Klassenbewußtsein aller Parteimitglieder haben sich erhöht. Von neuem wurden ernste wirtschaftliche und Parteifragen aufgerollt, die die Partei im Laufe der nächsten Periode bearbeiten wird.

Mit besonderer Schärfe wurde von der ganzen Partei das Streben nach der Sicherung der Parteieinheit betont. Die geringste Anspielung auf die Möglichkeit der Gefahr einer Spaltung rief und ruft bei der ganzen Masse der Parteimitgliedschaft den schärfsten und stürmischesten Protest hervor. Die Partei wird politisch einen jeden vernichten, der es wagen wird, sich an der Einheit der Partei zu vergreifen. Die Einheit der Partei ist viel mehr gesichert als je.

IV.

Praktische Schlußfolgerungen.

Angesichts der gesamten Lage innerhalb der Partei erachtet die Bundesparteikonferenz folgende Maßnahmen für notwendig:

1. Der proletarische Kern der Partei und sein Schwergewicht in der gesamten Parteipolitik muß quantitativ gestärkt werden. Im Laufe des nächsten Jahres muß eine erhöhte Werbetätigkeit unter den in Betrieben tätigen Arbeitern einsetzen, mit dem Ziele, aus den Reihen der wirklichen Proletarier der RKP. nicht weniger als 100.000 neue Mitglieder zuzuführen. Zu diesem Ziele muß daher der Eintritt in die Partei für Arbeiter möglichst erleichtert werden. Gleichzeitig muß für diese Periode die Aufnahme in die Partei für alle nichtproletarischen Elemente gänzlich gesperrt sein. Innerhalb der Partei muß eine systematische Propaganda geführt werden in der Richtung, daß sich die

ganze Partei auf ihren grundlegenden, proletarischen Kern orientieren soll.

2. Zur Festigung der Verbindung der Partei mit den Parteilosen muß unbedingt erreicht werden, daß in allen Sowjets und in allen Sowietorganen den parteilosen Arbeitern nicht nur in Worten, sondern in der Tat eine genügend ernste Vertretung eingeräumt werde. Das ZK. hat aufs strengste für die Durchführung dieses Beschlusses zu sorgen und die ihm zuwiderhandelnden Ortsorganisationen in der energischesten Weise zur Ordnung zu rufen.

3. Die Parteiorganisationen müssen eine besonders sorgfältige Aufklärungsarbeit unter jenen Zellen leisten, die während der vergangenen Diskussion sich in höherem oder geringerem Maße in der Frage der Parteilinie schwankend gezeigt haben. Aufklärung, Aufklärung und immer wieder Aufklärung — das ist die Hauptaufgabe, die vor allen Dingen den Hauptkaders unserer Partei obliegt.

4. Besondere Aufmerksamkeit muß der Aufklärungsarbeit unter der Jugend gewidmet werden. Wenn die materiellen Mittel nicht hinreichen, so muß es die Partei vorziehen, über ein kleineres Kontingent von Studierenden zu verfügen, aber dafür die materielle Lage der Studierenden zu heben und die Qualität der Arbeiter in den Hochschulen zu verbessern. Es ist unerläßlich, daß besondere Maßnahmen dafür getroffen werden, die Richtigkeit der parteimäßigen Führung der Arbeit unter der Jugend zu sichern. Die Partei kann es nicht zulassen, daß der Jugend geschmeichelt wird, sie darf aber ebensowenig ein System der Kommandoworte und der bürokratischen Bevormundung dulden. Eine beharrliche Aufklärung über die Grundlagen des Leninismus vermag allein zum Ziel zu führen.

5. Eine der wichtigsten Aufgaben besteht darin, daß das Studium der Geschichte der RKP. auf das entsprechende Niveau erhöht wird, und vor allem das Studium der Hauptmomente des Kampfes zwischen Bolschewismus und Menschewismus, der Rolle der einzelnen Fraktionen und Richtungen während dieses Kampfes, und besonders die Rolle jener eklektischen Fraktionen, die den Menschewismus mit dem Bolschewismus zu „versöhnen" suchten. Das ZK. muß eine Reihe von Maßnahmen treffen, um die Herausgabe geeigneter Leitfäden der Geschichte der RKP. auf das entsprechende Niveau zu erhöhen und den Unterricht in der Parteigeschichte für alle Parteischulen, Hochschulen, Zirkel und dergleichen obligatorisch zu machen.

6. Nach dem Vorbilde unserer größten proletarischen Organisationen müssen in allen unseren Organisationen zum Studium des Leninismus Zirkel geschaffen werden. Diesem Studium müssen in erster Linie die gesammelten Werke Lenins zugrunde gelegt werden, wobei für die geeignete Leitung der Zirkel gesorgt werden muß.

7. Durch entsprechende Kräfte muß das Zentralorgan der Partei („Prawda") verstärkt werden, um ihm Möglichkeit zu geben, die Grundlagen des Bolschewismus systematisch zu behandeln und gegen alle Abweichungen anzukämpfen.

8. Die gegenwärtige Diskussion ist von den Spalten der „Prawda" auf eine besondere Diskussionsbeilage zu verlegen.

9. Die Diskussionsfreiheit innerhalb der Partei bedeutet unter keinen Umständen die Freiheit der Untergrabung der Parteidisziplin. Das ZK. der Partei und alle Parteizentren in der Provinz haben sofort die strengsten Maßnahmen zu treffen zum Schutze der eisernen bolschewistischen Disziplin, überall, wo sie zu schwanken beginnt.

10. Gegen die Verbreitung von ungeprüften Gerüchten und von nicht zu verbreitenden Dokumenten oder ähnlichen Handlungen, die beliebte Methoden prinzipienloser, von kleinbürgerlichen Stimmungen verseuchten Gruppen darstellen, müssen die energischesten Maßnahmen ergriffen werden, unter Umständen bis zum Ausschluß aus der Partei.

11. Unerläßlich ist die Verbesserung der Information über die Tätigkeit des ZK. und des innerparteilichen Lebens überhaupt. Zu diesem Zwecke müssen die stenographischen Berichte über die Plenarsitzungen des ZK. allen Mitgliedern und Kandidaten des ZK. und der ZKK. zugesandt werden. In der „Prawda", in der „Iswestija" und anderen Zeitungen im Zentrum und in der Provinz muß die Rubrik für das Parteileben groß angelegt werden. Beim ZK. der Partei muß eine spezielle Informationsabteilung eingerichtet werden.

12. Besondere Aufmerksamkeit muß der richtigen und gesunden Führung der Parteiarbeit innerhalb der Armee gewidmet werden. Die Versuche, innerhalb der Roten Armee eine Fraktions-„tätigkeit" zu führen, muß die Partei besonders streng bestrafen.

13. Die Konferenz erachtet es für durchaus zweckmäßig, sich den Beschluß des X. Parteitages der RKP. über das Fraktionsverbot bedingungslos und in allen Punkten zu eigen zu machen. Die Konferenz hält es für nötig, dem XIII. Parteitag vorzuschlagen, diesen Beschluß im Namen des höchsten Parteiorgans zu bestätigen.

14. Die Konferenz schlägt dem ZK. vor, den bisher noch nicht veröffentlichten § 7 der Resolution über die Einheit der Partei, die auf dem X. Parteitag auf Antrag des Genossen Lenin angenommen wurde, und die der gemeinsamen Sitzung des ZK. und der ZKK. das Recht zuerkennt, mit zwei Dritteln der Stimmen jedes Mitglied des ZK. in den Kandidatenstand zurückzuversetzen, ja selbst jedes Mitglied des ZK. im Falle der Verletzung der Parteidisziplin oder im Falle von „Fraktionshandlungen" aus der Partei auszuschließen.

15. Die Konferenz kann den Beschluß der letzten Moskauer Gouvernementskonferenz nicht unbeachtet lassen. Dieser Beschluß brachte der gesamten Partei zur Kenntnis, daß sich in Moskau eine Fraktionsgruppierung gebildet hat, die die Einheit der Partei untergräbt. Die Konferenz ist der Ansicht, daß das ZK. der Partei und die ZKK. sofort die energischesten Maßnahmen — nötigenfalls bis zum Ausschluß aus der Partei — zu treffen haben, gegen jene Mitglieder, die im politischen Hauptzentrum der Sowjet-Union den Spaltpilz in die Reihen der Partei hinzutragen versuchen.

Indem die Konferenz die Diskussion über die bisherigen Streitfragen für das ganze Land als abgeschlossen erklärt, fordert sie alle Parteiorganisationen auf, zur sachlichen Arbeit überzugehen. Die Hauptvoraussetzung der weiteren Erfolge der proletarischen Revolution ist die unerschütterliche Einheit der RKP., der führenden Partei der proletarischen Diktatur. Die Einheit der Partei ist die Haupterrungenschaft des proletarischen Vortrupps. Die Einheit der RKP. muß aufs peinlichste geschützt werden. Die Bundesparteikonferenz ist davon überzeugt, daß das ZK., um das sich — wie es der Ausgang der Diskussion gezeigt hatte — wieder und wieder die ganze Partei schart, diese Einheit entschieden zu wahren wissen wird.

Deutschland

Der Wahlkampf in Thüringen.

Von Alexander Abusch.

I.

** In Deutschland hat, auf den Trümmern der bürgerlichen Demokratie, eine Herrschaft des schwerindustriellen und großbürgerlichen Faschismus ihre Diktatur aufgebaut. Die deutsche Bourgeosie wußte den kleinbürgerlich-radikalen Faschismus der Hitler und Ludendorff als Stoßtrupp gegen die Arbeiterklasse zu benützen, die Gegensätze innerhalb dieser faschistischen Reihen wach zu halten und deren Vorstoß im Münchner Hitler-Putsch als Endglied in ihrem „loyalen" Aufmarschplan einzuordnen. Der Hitler-Putsch half dem General Seeckt, die gesamte vollziehende Gewalt zu bekommen.

Der Charakter der regierenden Diktatur ergibt sich aus ihrer Beeinflussung durch eine Anzahl großkapitalistischer Wirtschaftsgruppen. Sie hat keinen einzelnen Diktator. Sie ist außenpolitisch haltlos. Sie gelangte durch den Oktober-Verrat der rechten und linken VSPD.-Führer zur Herrschaft, ohne die revolutionäre Arbeiterklasse Deutschlands entscheidend besiegt zu haben. Dadurch ist ihre Regierungsweise unsicher. Sie konnte zwar die KPD. verbieten, aber sie fühlt sich noch nicht stark genug, die Kommunisten auch bei den parlamentarischen Wahlen ausschalten zu können. Die neuartige Form, in der auf Grund der Machtverhältnisse der Faschismus seine Herrschaft in Deutschland etablieren mußte, bringt mit sich, daß er sich immer noch eine löcheriges, „demokratisches" Mäntelchen umhängt.

Nach den Wahlen in Sachsen können daher auch in Thüringen die Kommunisten in den Wahlkampf treten. Die „Legalität" dieses Wahlkampfes ist eine beschränkte. Die Wahlzeitungen wurden erst spät erlaubt und unterstehen der militärischen Vorzensur. Versammlungen werden überwacht und von der Reichswehr willkürlich aufgelöst. Kommunistische Landtagskandidaten werden steckbrieflich verfolgt, mit Aufenthaltsbeschränkungen bedacht, oder liegen, bestialisch von der Reichswehr mißhandelt, in den Gefängnissen und Konzentrationslagern. Das Gesicht der

heuchlerisch „demokratischen", aber brutalen Faschistendiktatur in Deutschland kommt hier zu einem treffenden Ausdruck.

II.

Am 14. Dezember wurde der Thüringer Landtag auf Antrag der Kommunisten gegen die Stimmen der Sozialdemokraten aufgelöst. Das Leben eines Parlaments fand sein Ende, das unter dem Militärstiefel längst nur noch ein Scheindasein lebte, ohne irgendwelche politische Macht.

Thüringen besaß eine sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit im Parlament: **22 Sozialdemokraten, 6 Kommunisten,** denen 26 **bürgerliche Abgeornete** gegenüberstanden. Bis Oktober 1923 regierte eine sozialdemokratische Minderheitsregierung, die mit dem Bürgertum liebäugelte. Sie formierte nicht die proletarische Klassenfront gegen den bedrohlichen Aufmarsch des bayrischen und gesamtdeutschen Faschismus. Nur die Kommunisten mobilisierten das Proletariat zur revolutionären Einheitsfront unter der Parole der gemeinsamen Hundertschaften.

Als aber mit sozialdemokratischer Zustimmung die weißen Generäle ihr Banner auf den Trümmern der Novemberrepublik hißten, als das Kapital zu einem neuen entscheidenden Sturm die Offensive in ganz Deutschland ansetzte, als die faschistischen Kolonnen der **Hitler-Ludendorff** sich in Vorbereitung ihres Putsches an der Südthüringer Grenze sammelten und außerdem eine ungeheure Erregung das hungernde Proletariat zu einer Front zusammenschweißte, da war die Situation für die KPD. gegeben, neben Sachsen auch in Thüringen in die Regierung einzutreten. In jener objektiv und subjektiv revolutionären Situation war der Regierungseintritt ein Mittel, den Staatsapparat für die letzten Rüstungen zum Entscheidungskampfe auszunutzen. Gleichzeitig bedeuteten die Existenz und das Programm von sozialdemokratisch-kommunistischen Regierungen das schärfste Aufrollen der Klassenfront zwischen diesen und der weißen Reichsregierung, also der gesamten Ausbeuterklasse.

Nur unter dem Druck der Massen gingen die sozialdemokratischen Führer Thüringens in diese Regierung. Die Auffassung des Genossen Thalheimer ist irrig, daß in den Oktobertagen in Thüringen die linkssozialdemokratischen **Arbeiter** nicht kampfbereit gewesen wären. (Die Führer natürlich nicht.) Aber die Arbeiter verbrüderten sich in vielen Orten in der festen Entschlossenheit, unter Führung der KPD. revolutionär zu kämpfen.

Die Regierungstätigkeit der rechten und linken VSPD.-Führer war von der ersten bis zur letzten Minute der gemeinsamen Regierung: Sabotage an der revolutionären Mobilisierung der Arbeiter, Konspirationen mit den faschistischen Reichsministern gegen die Kommunisten und heillose Angst vor der proletarischen Revolution. Sie sabotierten jede Unterstützung des sächsischen Proletariats. Sie riefen — statt die kampfbereiten Arbeiter nach den Forderungen der Kommunisten zu mobilisieren — die Regierung der Generalsdiktatur gegen die bayrische Gefahr um Hilfe an. Diese kam mit den Truppen des General Hasse. Diese hausten in Thüringen wie im Feindesland. Sie verhafteten Hunderte von Kommunisten und Sozialdemokraten, wüteten in blutigster Weise gegen verhaftete Revolutionäre. Das Land Thüringen wurde — nach dem Oktober-Verrat der „linken" VSPD.-Führer in Deutschland — wehrlos der Rache der Faschistendiktatur ausgeliefert.

III.

Jetzt im Wahlkampf haben sich die Vertreter aller kapitalistischen Parteien — Demokraten, Landbund, Deutsche Volkspartei, Deutschnationale — zu einem „Thüringer Ordnungsbund" zusammen geschlossen. General Hasse führte, als Beauftragter der kapitalistisch-faschistischen Diktatur, diesen Zusammenschluß herbei. Die Ausbeuterklasse, die schon das Wanken ihrer Herrschaft im Gluthauch der anmarschierenden proletarischen Revolution erlebt hat, bildet für den Wahlkampf eine einige Klassenfront, um die parlamentarische Arbeitermehrheit zu brechen. Der kleinbürgerliche Faschismus marschiert gesondert für eine „Vereinigte völkische Liste", obwohl die größte faschistische Organisation Thüringens, der „**Jungdeutsche Orden**", sich für die Ordnungsliste erklärt hat. Die Zersetzung und Verwirrung im kleinbürgerlichen Faschismus nach dem zusammengebrochenen Hitler-Putsch tritt in diesem Wahlkampf in Erscheinung. Aber dennoch nicht so stark, daß diese Faschisten nicht als ein zu beachtender Faktor auftreten könnten.

Die Kommunisten führen den Wahlkampf in Thüringen im Bewußtsein der Bedeutung, die er, als Gradmesser für die Kraft der kommunistischen Bewegung, im Deutschland der faschistisch-kapitalischen Diktatur haben wird. Der Kampf wird geführt nach drei Monaten schlimmsten weißen Terrors. Damit ist mit seiner nationalen auch seine internationale Bedeutung aufgezeigt.

Im Rahmen Thüringens ist der Sinn der kommenden Wahl die rücksichtslose Abrechnung des Proletariats mit den rechten und linken VSPD.-Führern, die gleichermaßen als Agenten der Bourgeoisie entlarvt sind. Sie sind mit dem ungeheuerlichsten Verrat im Dienste der Klassenfeinde, die sie in allen entscheidenden Situationen trieben, gleichermaßen belastet. Die „Linken" versuchen jetzt, als letzter Retter, den vollständigen Zerfall der Partei des Arbeiterverrats mit ihren radikalen Redereien zu verhindern.

Das illegale Organ der KP. Großthüringens, „**Die Revolution**", hat in ihrer Nr. 7 die Taktik und die Grundsätze dieses Wahlkampfes folgendermaßen gekennzeichnet:

> „Nur die Beseitigung der verräterischen „rechten" und „linken" VSPD.-Führer, nur die vollständige Zertrümmerung der VSPD. und Sammlung der Arbeiter in der revolutionären Einheitsfront unter Führung der KPD. macht die Bahn frei, die Militärdiktatur im bewaffneten Aufstand zu stürzen. Der Kampf für eine proletarische Mehrheit in Thüringen ist der Kampf, die revolutionäre Mehrheit des Proletariats unter die Führung der Kommunisten zu bringen. Eine parlamentarische Mehrheit von KPD. und VSPD. ist nicht mehr als proletarische Mehrheit zu betrachten, denn die VSPD.-Führer haben in der hinter uns liegenden Periode der bürgerlichen „Demokratie" eindeutig gezeigt, daß sie eine Parteipolitik des Arbeiterverrats und nicht eine proletarische Klassenpolitik betreiben. Wir können uns jetzt — unter der Geisel der Faschistendiktatur — nicht mehr auf eine lange, parlamentarische Periode, sondern müssen uns auf die Sammlung der Kräfte zur proletarischen Revolution einstellen.
>
> Taktisch gilt es, anzuknüpfen an alle Kämpfe des Proletariats, an den Massenkampf gegen die Mehrarbeit und die Massenverweigerung der Pflichtarbeit für Erwerbslose. Der Wahlkampf muß eine revolutionäre Mobilisierung der breiten Arbeitermassen werden, die... beschleunigt die Zuspitzung zum Bürgerkrieg, zum großen Entscheidungskampf zwischen Arbeit und Kapital."

Der 10. Februar wird — darauf richtet sich die Arbeit der Kommunisten — den Beweis erbringen müssen, daß die Mehrheit des Thüringer Proletariats zu den Kommunisten steht und für die Diktatur des Proletariats zu kämpfen gewillt ist.

Die Justiz in der Ebert-Republik.

Von Erikus.

** Unter dem reaktionären Justizminister Dr. Emminger hat die deutsche Klassenjustiz jetzt den Höhepunkt erreicht, den man ganz allgemein auch in demokratischen Kreisen als „Emmingerei" bezeichnet. Aber ob nun unter dem bayrisch reaktionären Emminger oder unter dem sozialdemokratischen Radbruch — die Justiz bleibt ihrem Klassencharakter treu und die Emmingerei ist nur der passendste und klarste Ausdruck ihres antirevolutionären und antidemokratischen Charakters. Auch die von dem neuen Justizminister unter dem Deckmantel des Ermächtigungsgesetzes kurzer Hand eingeführte **Reform der Gerichtsverfassung und des Strafprozesses** liegt ganz in der offiziellen Kursrichtung gegen das arbeitende Volk. Man läßt von den Schwurgerichten nur den Namen übrig, und der Einzelrichter kann nunmehr nach eigenem Ermessen bis zu 15 Jahre Zuchthaus verhängen. Auch im Zivilprozeßwesen stehen nicht minder einschneidende, willkürliche Verschlechterungen für die Rechtsuchenden bevor.

Der Sinn der Ausnahmegerichte, die man unter der Firma Ebert-Seeckt gegen die Kommunisten eingesetzt hat, geht ebenso wie die neue Reform Emmingers (der aus den Gefilden der bayrischen Blutjustiz stammt) dahin, möglichst rasch und ohne Aufhebens sowie ohne Möglichkeit der Nachprüfung unliebsame Elemente, die politisch irgendwie verdächtig sind, hinter Schloß und Riegel zu bringen. Die Richter und Staatsanwälte fühlen sich völlig selbstherrlich. Bei der höchst flüchtigen Vorbereitung der Verfahren hat der denunzierende Spitzel weit mehr Einblick als der Verteidiger. Berufung oder sonstige Rechtsmittel, die bei den Sondergerichten überhaupt nicht zulässig sind, sollen auch in legalen Prozessen außerordentlich erschwert werden. Die bayrische Praxis triumphiert.

Die weiße Justiz wirkt sich nicht nur in der Rechtsprechung

der niederen und höheren Gerichte aus; sie läßt ihr Wüten auch in dem Vorgehen gegen Unschuldige, die sich irgendwie nach rechts hin unbeliebt gemacht haben, aufs krasseste erkennen. Wenn es zu einer Anklage nicht reicht, werden die Verfehmten in „Schutzhaft" genommen, und in **Konzentrationslager** gesperrt, wie sie schlimmer und schändlicher nicht gegen Kriegsgefangene angewendet wurden. Was gegen die in Schutzhaft Befindlichen an barbarischen Mißhandlungen und sonstigen Quälereien geleistet wird, darüber haben die Reichstags- und Landtagsstenogramme spaltenlanges Material gebracht. Mit Vorliebe geht man unter dem Belagerungszustande gegen sozialistische Lehrer vor, die man in Schutzhaft nimmt, wenn sie zum Beispiel auch nur ein proletarisches Gedicht oder ein sozialistisch angehauchtes Wort verlauten lassen. Auch gegen Ärzte, die in der Arbeiterschaft Samariterdienste geleistet haben, wurden die brutalsten Maßnahmen während und nach ihrer Verhaftung angewendet. Gegen Arbeiter wird wegen der geringfügigsten Vergehen, die früher höchstens mit drei Mark Ordnungsstrafe belegt wurden, rücksichtslos mit Gefängnisstrafen vorgegangen. In vielen Fällen wurde wegen verbotenen Plakatklebens bis zu sechs Monaten Gefängnis erkannt. Ohne Strafaussetzung, ohne jede Bewährungsfrist. Vier Monate Gefängnis erhielten zwei junge Leute in Königsberg, die, auf einem Hofe bettelnd, Lieder sangen, worin der Satz vorkam: „Wir schwören Rache für vergossenes Arbeiterblut". Sie hätten unbestraft das Ehrhardt-Lied gegen die Judenrepublik singen dürfen. Drei Monate Gefängnis erhielt in Berlin ein 17jähriger junger Mensch, weil er den Anordnungen eines Polizeibeamten, weiterzugehen, nicht schnell genug folgte. Er hatte keinen Widerstand geleistet, war völlig unbestraft, und erhielt nun die Höchststrafe von drei Monaten Gefängnis wegen „Nichtbefolgung". Er soll dort von seinem „kommunistischen Trotz" geheilt werden.

In einem Hamburger Prozeß kam folgendes zur Sprache: Ein Fünfzehnjähriger wurde von vier Geschossen von unten nach oben durchbohrt. Nach Bekundung der Eltern ist er von Sipomannschaften erschossen worden. Der Knabe befand sich auf dem Dach des Hauses mit einem Polizeiwachtmeister, der ihn zwang, aus der Dachluke zu klettern, um angeblich dort liegende Gewehre zu holen. Hierbei trafen ihn die Geschosse der Sipo. Die Eltern bekundeten, daß der Knabe geschrieen hat, weil er, von dem betreffenden Wachtmeister mit dem Gummiknüppel geschlagen, erst gezwungen werden mußte, auf das Dach hinaufzuklettern, wo er den Tod fand. Das Gericht verhinderte den hierfür angebotenen Zeugenbeweis.

Das ist eine abgekürzte Blutjustiz gegen Arbeiter, wie sie auch auf legalem Wege nicht erst eingeführt zu werden braucht. In Hamburg wurden zwei Todesurteile gefällt, und auch durch eventuelle Begnadigung kann der an revolutionären Arbeitern begangene Justizmord nicht wieder gutgemacht werden; er fällt auf die Sozialdemokratie, deren Vertreter Radbruch, als Reichsjustizminister, das Hamburger Sondergericht einsetzte, das ebenso wie die übrigen in Mitteldeutschland usw. auf die Urheberschaft und das Patronat des sozialdemokratischen Reichspräsidenten Ebert zurückgeht.

Als jüngst in Berlin ein Arbeiter einem faschistischen Burschen, der ein kommunistisches Plakat abgerissen und mit der Pistole um sich geschossen **hatte**, das Mordwerkzeug abnahm, erhielt er auf Aussage des **nicht**angeklagten Faschisten noch über den Antrag des Staatsanwaltes hinaus eineinviertel Jahr Gefängnis. Für bloßes Plakatkleben werden außer Gefängnisstrafen auch ungeheuerliche Geldstrafen verhängt. Jüngst beantragte ein Staatsanwalt in Berlin gegen einen Arbeiter nur wegen unerlaubten Vertriebes von Flugblättern eine Geldstrafe von 1000 Goldmark, um den Fiskus aus der angeblich doch alles zahlenden Parteikasse zu bereichern. Das Wort „Kommunist" wirkt auf Anklagebehörde und Richter gleichsam wie ein Zauberwort, um sofort mit den schärfsten Mitteln vorzugehen. Viefach ist es auch üblich geworden, bei Haussuchungen in Wohnungen der Verhafteten vorgefundene sozialistische und kommunistische Bücher, das Privateigentum von Arbeitern, zu beschlagnahmen und zu verbrennen. Zeitungen, auch sozialdemokratische, die von Übergriffen, Mißhandlungen von Schutzhaftgefangenen usw. Mitteilungen an die Öffentlichkeit bringen, werden verboten.

Daß oftmals Denunzianten und Hauptbelastungszeugen nichts anderes als nationale Lügner sind, zeigt ein typischer Fall der Urteilspraxis des Hamburger Ausnahmegerichtes. Ein gewisser F. beschuldigte aus Rache einen Arbeiter, er hätte an den Oktoberkämpfen teilgenommen. Der Angeklagte bestreitet; Braut und Schwester sind bereit, unter Eid auszusagen, daß der Angeschuldigte um die kritische Zeit noch im Bette lag. Das Gericht lehnte die Vereidigung ab. Nachbarn sagen aus, daß der Denunziant in der ganzen Gegend als verlogener Mensch bekannt ist. Das Gericht muß selbst zugeben, daß er kein anständiger Mensch ist. Der Staatsanwalt will ein Opfer und beantragt zwei Jahre Zuchthaus. Das Gericht geht darüber hinaus und erkennt sogar auf dreieinhalb Jahre Zuchthaus.

So sieht die weiße Justiz gegen Arbeiter aus. Sie kann sich nicht genug tun an Racheakten gegen revolutionäre Arbeiter. Kämpfe für die Freiheit der Republik werden als Landfriedensbruch, Hochverrat und Aufruhr erachtet. Dabei handelt es sich in allen solchen Fällen um sogenannte Überzeugungsverbrechen im Sinne der Definition aller juristischen Autoritäten, wonach höchstens eine Festungsstrafe gegeben werden könnte. Das Zuchthaus kann revolutionären Arbeitern, die für ihre Überzeugung gekämpft haben, Gesundheit, Freiheit und das Leben, aber nicht die proletarische **Ehre** nehmen, die ihnen vom Klassenstandpunkte im höchsten Maße gebührt.

Die Schreckensurteile der weißen Justiz gegen „Landfriedensbrecher" in Magdeburg, Frankfurt, Oldenburg Sorau usw. zeigen nur immer dieselbe Rachejustiz, die, wenn es sich ausnahmsweise um Anklagen gegen Rechts handelt, so überaus milde sein kann. Man denke nur an die glänzend davon gekommenen Küstriner Putschisten im Prozeß **Buchrucker**, oder an die jüngst vom Münchener Volksgericht zu Geldstrafen von 5 bis 55 Mark verurteilten nationalsozialistischen Aufrührer und Landfriedensbrecher, die an dem hakenkreuzlerischen Rummel aus Anlaß des Turnerfestes teilgenommen hatten, wobei mit Schießprügeln lustig gegen die Polizei geknallt wurde. Die Zahl der **Landfriedensbruchprozesse** mit ihren langjährigen Zuchthaus- und Gefängnisurteilen ist unzählig und reißt noch immer nicht ab.

Wie sehr die Gerichte im Dienste rechtsgerichteter Kreise stehen, geht auch daraus hervor, daß sie die Bemühungen militärisch-faschistischer Kreise, die auf die Unterdrückung linksgerichteter Bestrebungen hinzielen, aufs eifrigste unterstützen. Es handelt sich hierbei um eine Auswirkung der Militärdiktatur, die neben der militärischen Schutzhaft vor keinem Mittel zurückschreckt, um auch die letzten kläglichen Reste einer staatsbürgerlichen Freiheit von Republikanern zu unterbinden. Auch die **Aufdeckung** von Waffenschiebungen und hochverräterischen Unternehmungen der Rechten wird nicht nur in Bayern als Landesverrat bestraft. In diesem Zusammenhange sei erwähnt, wie in Schwedt a. O. aus Mißvergnügen darüber, daß der Küstriner Putsch mißlungen war, ein Arbeiter verhaftet wurde, weil er verschiedene Vorbereitungen rechtsstehender Kreise beobachtet und rechtzeitig unterbunden hatte. Die mehrmonatliche Untersuchungshaft wurde schließlich vom Staatsgerichtshof aufgehoben, aber es wurde dann einfach die militärische Schutzhaft gegen ihn verhängt.

Eberts juristische und militärische Schergen füllen die Zuchthäuser, die Gefängnisse und die Konzentrationslager der Republik mit dem besten Teil des revolutionären Proletariats. Wer hungert, wird erschossen oder eingesperrt. Die Diktatur der weißen Justiz ist nur ein Teil der auf allen Gebieten heute mehr als je herrschenden faschistischen Diktatur. So verrichtet der **Justizfaschismus in Deutschland** mit unentrinnbarer Wirkung eine grausame und blutige Aufklärungsarbeit. **Der proletarische Befreiungskampf wird auch den Terror der weißen Justiz in Deutschland niederringen.**

Wirtschaft

Industrie und Landwirtschaft in Deutschland.

Von Ali Ferid.

** Werfen wir auf das Verhältnis zwischen den Preisen industrieller und agrarischer Produkte in Deutschland einen Blick, so scheint sich das Bild von 1914 zu wiederholen. Damals wurde die Zwangswirtschaft eingeführt, die für agrarische Produktion einen bestimmten Preis festsetzte und ihre Möglichkeit, sich während des Krieges zu bereichern, einschränkte, während andererseits die Arbeiter zu relativ niedrigen Kosten ihre Subsistenzmittel bestritten und die industriellen Unternehmer

bei relativ niedrigen Löhnen und niedrigen Produktionskosten ihre Gewinne ungeheuer steigern konnten.

Auch heute liegen in Deutschland die Preise für Weizen, Roggen, Hafer, Gerste und Fleisch im Durchschnitt nicht über den Vorkriegspreisen, das heißt, sie liegen unter dem Weltmarktniveau. Andererseits stehen die Preise für Industrieprodukte zwischen 50 und 100% des Vorkriegsniveaus.

Die Ursache dieses Preisverhältnisses liegt aber vor allem in einer aktuellen Situation begründet. Die Ernte von 1923 hat die von 1922 durchweg übertroffen, wie das aus folgenden Ziffern hervorgeht. Es wurde produziert:

In Millionen Tonnen

	Weizen	Roggen	Hafer	Gerste
1913	4·06	10·22	8·72	3·05
1919	2·17	6·10	4·41	1·67
1922	2·03	5·32	4·13	1·59
1923	2·99	7·18	5·98	2·16

Aus diesen Ziffern geht aber zugleich hervor, daß, da die Ziffern von 1913 nur für das verkleinerte Gebiet Deutschlands gelten, der Importüberschuß 1923 größer sein mußte als vor dem Kriege. Infolge Rückganges der Anbaufläche und Verminderung des Durchschnittsertrages pro Hektar war die landwirtschaftliche Produktion nach diesen amtlichen Ziffern um fast ein Drittel geringer als vor dem Kriege. Wenn auch die Richtigkeit dieser amtlichen Statistik zu bezweifeln ist und aus Gründen der Steuern oder des Ablieferungszwanges, der Anfang 1923 noch bestand, seitens des Agrarkapitals — die Kleinbauern kommen weniger in Frage — falsche Angaben wahrscheinlich sind, so steht doch die Tatsache der Extensivierung fest. In der Viehwirtschaft zeigt sich eine Parallelerscheinung. Die Ergebnisse der Ernte 1923 reichen also zur Erklärung des niedrigen Standes der landwirtschaftlichen Preise nicht aus. Hinzu kommt vor allem die wichtige Tatsache, daß in den letzten Monaten der Papiermarkwährung — weder der Agrarkapitalist noch der Bauer Produkte in großer Menge auf den Markt gebracht hat, da nur geringe Aussicht bestand, die erzielten Papiermarkmengen in erforderliche Betriebsmittel umzusetzen. Jetzt, nach Stabilisierung der Mark, hat sowohl der Agrarkapitalist wie der Bauer ein großes Interesse daran, zum kommenden Frühjahr sich mit Betriebsmitteln zu versehen, und sie werfen daher die bisher aufgespeicherten Produkte auf den Markt. Dazu kommt ferner, daß gerade in diesen Wochen eine starke Vermehrung des Imports russischen Getreides eingesetzt hat.

Der Importüberschuß betrug:

	Weizen	Hafer	Gerste
1913 (ganzes Jahr) . . .	1·99	0·06	2·92
1922 (Juni bis September)	0·93	0·04	0·16
1923 (Juni bis September)	0·42	0·03	0·18

Selbst wenn man annimmt, daß die Zufuhren vom September bis Oktober 1923, vor allem aus Sowjetrußland relativ große wären, und wenn man berücksichtigt, daß statt eines Ausfuhrüberschusses von 530.000 t Roggen (Januar bis September 1923) ein Importüberschuß von 770.000 t bestand, so ändert das noch immer nichts an der Tatsache, daß die vorhandenen Getreidemengen für den Konsum in Deutschland in Wirklichkeit unzureichend sind, und daß, wenn die Produktion in Deutschland verbilligt werden soll, auch das Industriekapital ein Interesse an der Vermehrung und Intensivierung der landwirtschaftlichen Erzeugung haben muß.

Bedeutet also das augenblickliche Preisverhältnis eine Extensivierung der Landwirtschaft durch das Industriekapital? Das Verhalten des industriellen, kommerziellen und Bankkapitals in dieser Frage ist geteilt. Sicher ist, daß die Tendenz der Unterwerfung des Landes durch die Stadt, der Unterordnung des minderorganisierten Agrarkapitals unter das höher organisierte Industriekapital sich fortsetzen muß, aber die Methode dieser Entwicklung ist noch nicht entschieden. Zahlreiche industrielle Kreise zeigen ein lebhaftes Interesse an der Entwicklung der agrarischen Verhältnisse, in erster Linie die Schwerindustrie. Sowohl die „DAZ." wie auch die „Bergwerkszeitung" haben ein bestimmtes landwirtschaftliches Programm im Auge, bei dem die Vermehrung des bebauten Bodens, auch die Urbarmachung der bestehenden Ödländereien eine große Rolle spielen. Es handelt sich dabei um die Schaffung einer neuen Bauernschicht, wie sie notwendig ist zur Vermehrung der industriellen Akkumulation. Wie sehr diese Interessen der industriellen Gruppen mit denen des Agrarkapitals Hand in Hand gehen, zeigt die Zusammensetzung des Direktoriums der Banken, in denen dem Agrarkapital 50% eingeräumt wurde, und zeigt ebenso das Eintreten der Stinnes und Hugenberg für die Ernennung Dr. Helferichs zum Reichsbankpräsidenten und ihr Kampf gegen Hjalmar Schacht.

Wenn ein großer Teil des deutschen Industriekapitals sich zum Verfechter agrarischer politischer Interessen macht, so deswegen, weil diesen Teil mit dem Agrarkapital nicht nur bestimmte soziale und politische Interessen verknüpfen, sondern auch weil es ihm gelungen ist, sich einen bedeutenden Teil des Agrarkapitals bereits unterzuordnen. Stinnes ist charakteristisch für diese Tatsache. Stinnes hat — um nur einige Beispiele herauszugreifen — durch den Besitz der bayrischen Hypotheken- und Wechselbank, durch die Beherrschung der Belieferung der gesamten ostpreußischen Landwirtschaft mit Betriebsmitteln, durch seinen Forstbesitz in Ostdeutschland und in Österreich, durch den Besitz zahlreicher Rittergüter in Ostpreußen und Schlesien, durch das Hinübergreifen in die Margarine- und Zuckerproduktion unmittelbar agrarische Interessen. Es ist selbstverständlich, daß bei einem Zusammengehen des schwerindustriellen Kapitals die entscheidende Macht nicht bei den Agrarkapitalisten liegt. Auf der anderen Seite zeigt sich, daß ein großer Teil des Fertigkapitals, des Bankkapitals und des Handelskapitals, soweit sie eben nicht mit agrarischen Interessen verknüpft sind, die fortschreitende Unterordnung des Landes unter die Stadt nicht durch Zusammenarbeit und allmähliche Eroberung, sondern durch den Kampf erreichen wollen. Es ist wahrscheinlich, daß, wenn auch unter Rückschlägen, das schwerindustrielle Kapital aus dieser Entwicklung als Sieger hervorgehen wird.

Der Rückgang des belgischen Franken.

Von D. P. (Brüssel).

** Als der passive Ruhrwiderstand einsetzte, wurde der Dollar mit ungefähr 20 belgischen Franken bewertet. Der Franken hatte sich später für einige Wochen verbessert, so daß der Dollar 17 Franken galt. Dann aber, als der Erfolg der französisch-belgischen Ruhrpolitik durch den Abschluß von Verträgen mit den Ruhrindustriellen sowie durch mehrere andere „Vertrauen erweckende" Perspektiven, wie die Einberufung des Sachverständigenausschusses, vollkommen zu sein schien, setzte wider alles Erwarten eine Abwärtsbewegung des Franken in Belgien — ähnlich wie in Frankreich — ein. An einem Tage, am 14. Januar allein, ist der Wert des Dollars von 23·40 auf 24·70 Franken gestiegen, das englische Pfund von 100 auf 103·75 Franken, während allerdings der französische Frank noch mehr gesunken ist als der belgische. Am 14. Januar waren 100 französische Franken gleich 109·50 belgische Franken.

Der Sprung um 1·30 Franken für einen Dollar an einem einzigen Tage ist in der Geschichte der Entwertung des belgischen Franken sehr bemerkenswert. Die Situation hat sich seither nicht gebessert. Sie ist schwankend geblieben.

Diese Baisse der belgischen Währung herrscht zu der gleichen Zeit, in der die Presse und die Regierung eine großangelegte Kampagne durchführen, um der Öffentlichkeit im Inlande und im Auslande Vertrauen zum belgischen Franken einzuflößen. Sie greifen dabei zu ihren wirksamsten Argumenten, indem sie auf die beneidenswerte wirtschaftliche Lage Belgiens hinweisen und den Währungssturz auf Schiebungen und Spekulationen im Auslande zurückführen, die sich gegen Frankreich, Belgien und deren Währung richten.

Die Empörung gegen das anonyme Ausland, das den Frankkurs hinunterdrückt — man beschuldigt insbesondere die Deutschen, diese Baisse herbeizuführen — ist groß, und man hört aufs neue überall den alten Refrain von Belgiens Märtyrertum.

Es ist richtig, daß sich der Steuereingang auf normale Weise vollzieht und daß das Budget für Belgien im Jahre 1924 eine Vermehrung des Steuereinganges um 25% vorsieht. Es ist auch richtig, daß die ökonomische Lage, was die Produktion und den Austauschverkehr betrifft, gut, ja sogar besser ist, als in vielen Perioden seit Kriegsende. Sie ist gar nicht sehr weit entfernt von der Situation vor dem Kriege; gewisse Schlüsselindustrien, wie die Kohlen- und Erzgewinnung, die Guß- und Stahlproduktion, haben in bestimmten Monaten die Produktion von 1913 bereits überschritten.

Übrigens ist auch die Arbeitslosigkeit auf ein sehr kleines Ausmaß reduziert.

Unter diesen Umständen ist die Bewegung der Währung einerseits und der Lebenskosten andererseits tatsächlich von einer Merkwürdigkeit, die auch außerhalb des belgischen nationalen Wirtschaftsgebietes Interesse erregen muß.

Mit dem Moment, da der Dollar, der vor dem Kriege gleich 5·15 Franken galt, bis zu 25 belgischen Franken steigt, ist eine sehr gefährliche Etappe der Geldentwertung erreicht. Die Schwankungen werden größer und die Preise variieren in erheblicher Weise. Diese Situation ist für ein Land, das sich seit der großen Kriegskatastrophe in einer gewissen Stabilität befunden hat, sehr kritisch.

Die belgische Bourgeoisie machte bisher keine Anstrengungen, um die Staatskassen zu füllen. Sie begnügte sich damit, die Zahl der Staatsbeamten abzubauen und deren Gehälter hinunterzudrücken, obwohl zu diesem Vorgehen kein Anlaß gegeben ist. Aber auch das ging vorüber. Es war sogar notwendig, die Gehälter des ganzen Staatspersonals durch eine außerordentliche Zulage in Höhe von einem Zwölftel des Jahresgehalts aufzubessern.

Das belgische Proletariat befand sich in den Jahren 1920, 1921 und 1922 unter besseren Lebensbedingungen als vor dem Kriege, was übrigens zur Erklärung der Apathie der belgischen Arbeiterklasse beiträgt.

Im Jahre 1923 hatte eine Erhöhung des Mietzinses diese günstige Situation verschlechtert. Auch verstärkte sich der Widerstand der Unternehmer gegen die Arbeiterklasse. Aber die wirtschaftliche Situation hat es schließlich den Arbeitern ermöglicht, ihre Positionen ohne ernstliche Verluste zu behaupten. Immerhin hat die Teuerung, die fortdauernde Steigerung der Lebenskosten, die Arbeiter wieder in die Lage versetzt, in der sie sich im Jahre 1914 befanden. Alle Anzeichen — die unverhüllte Offensive gegen den Achtstundentag — sprechen dafür, daß das Jahr 1924 nicht so ruhig verlaufen wird wie die vorhergehenden Jahre.

Die Steuersabotage der Bourgeoisie kommt insbesondere in ihrem Widerstande gegen die progressive Einkommensteuer zum Ausdrucke. Man greift mehr und mehr zur indirekten Besteuerung, die die Masse der kleinen Verbraucher schwer belastet. Die Bourgeoisie schiebt die Ursachen aller drohenden Gefahren einerseits auf Deutschland und andererseits auf die Forderungen der Arbeiter. Indessen hat sich die Bourgeoisie an den vom Staat verschleuderten Geldern, an den Reparationen, an den Leistungen für erlittene Kriegsschäden, an den großen Handelsgewinnen, an den Wucherzinsen usw. ungeheuer bereichert.

Die belgische Regierung wird sich sehr bald großen Schwierigkeiten gegenüber sehen. Sie hat mit einem Defizit von ungefähr 2 Milliarden Franken zu rechnen. Die Staatsschuld übersteigt 40 Milliarden und der Zinsendienst für öffentliche Schulden erfordert 2 Milliarden. Die Finanzgebarung wird immer schwieriger. Die bevorstehende Anleihe, die der Staat begeben wird, wird unter ungünstigeren Bedingungen als bisher erfolgen, und dem Vertrauen, das man mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten sucht, einen starken Stoß versetzen.

Schon zeigt sich deutlich, daß kein festes Vertrauen in die Zukunft Belgiens besteht. Die Finanz- und Spekulationskreise hat die Welle des Pessimismus, die sich überall bemerkbar macht, ganz besonders stark ergriffen. Die konsolidierten Anleihen von 12 Milliarden, die die Regierung seit dem Waffenstillstande aufgenommen hat, sind in ihrem Wert um 2 Milliarden gesunken. Bei gewissen Anleihen beträgt der Rückgang 20%. Hier wird die Sabotage der belgischen Bourgeoisie sowie die Inkonsequenz der Kapitalisten deutlich sichtbar. Dadurch, daß die Bourgeoisie und die Hochfinanz die Finanzierung des Staates sabotieren und sich weigern, der Regierung die notwendigen Summen zu entrichten, damit die Zinsen für die Kriegsanleihen und Kriegsschulden gedeckt werden können, hat sich die Regierung genötigt gesehen, den Zinsfuß der kurzfristigen Anleihen von 4 auf 5% zu erhöhen, was einen Rückgang der Kurse der konsolidierten (langfristigen) Anleihen zur Folge hatte. Damit war ein weiteres Ansteigen der Teuerung verbunden.

Die führenden Klassen Belgiens, die mit zu den Anstiftern der Politik von Versailles gehören, haben Belgien in die kritische Situation gebracht, in der es sich heute befindet. Das Land wird durch das gleichzeitige Steigen der Preise und des Rückganges des Franken schwer getroffen. Um sich aus ihrer üblen Lage zu retten, wird die belgische Bourgeoisie nur zu einem Mittel greifen: zu rücksichtslosem Kampf gegen die Arbeiterklasse, zur Herabdrückung der Löhne und zur Verlängerung der Arbeitszeit.

Die Petroleumfrage.

Von Scott Nearing (Philadelphia).

** Die englischen Imperialisten erlangten in dem Krieg um das Petroleum für eine Zeit die Vorherrschaft vor ihren amerikanischen Konkurrenten, als die **Royal Dutch Shell Company** ihre Konzessionen im **Karaibischen Meer (Kuba)** und in **Mesopotamien**, und zwar in den Jahren 1918 und 1919 erhielt.

Die **Royal Dutch**-Gesellschaft für Petroleumgewinnung wurde im Jahre 1890 und die Transportgesellschaft **Shell Company** im Jahre 1897 gegründet. Diese beiden Gesellschaften haben zusammen die Leitung von 103 Hilfsgesellschaften in Ägypten, Rußland, Niederländisch-Indien, Malakka, Englisch-Indien, China, Korea und in der Mandschurei, auf den Philippinen, in Siam, Rumänien, Australien, Mexiko, Neuseeland, Südafrika, Venezuela, Dänemark, Finnland, Holland, Jugoslawien, Italien, Polen, Norwegen, Japan, Kanada, auf Trinidad, in Schweden, England und den Vereinigten Staaten Amerikas.

Von dem ganzen in nachstehenden Ländern gewonnenen Petroleum entfallen folgende Mengen auf die Royal Dutch-Gesellschaft:

Vereinigte Staaten von Nordamerika	2%
Niederländisch-Indien	97%
Englisch-Borneo	98%
Ägypten	5%
Rumänien	29%
Venezuela	5%
Mexiko	27%
Trinidad	16%

Die sozusagen strategische Stärke der Royal Dutch-Gesellschaft besteht in ihren 120 Depots, die sich in den größten Häfen der Welt befinden, davon 10 auf dem Gebiet der Vereinigten Staaten Nordamerikas.

Trotz ihrer sich über die ganze Welt erstreckenden Organisation und der Unterstützung seitens der englischen Regierung sind die amerikanischen Konkurrenten der Royal Dutch überlegen, dank der reichen Petroleumlager in den Vereinigten Staaten.

Der Petroleumvorrat der ganzen Welt wird auf **40 Milliarden** amerikanischer Tonnen geschätzt. Von dieser Quantität entfallen:

Länder	Milliarden Tonnen
Nordamerika	12·5
Davon	
Vereinigte Staaten	7
Mexiko	5
Kanada	0·5
Asien	10
Davon	
Persien und Mesopotamien	6
Südamerika	10
Davon	
Argentinien und Brasilien	3
Kolumbien, Venezuela und Peru	6
Rußland	6

Die größten Petroleumlager sind gewöhnlich auf einer kleinen Anzahl von Punkten konzentriert.

Bis jetzt sind die Vereinigten Staaten die größten Petroleumproduzenten. Im Jahre 1870 betrug ihre Produktion 90% der **Weltproduktion**, im Jahre 1900 nur die Hälfte davon. Aber im Jahre 1920 entfielen von in der ganzen Welt gewonnenen 695 Millionen Tonnen Petroleum 443 Millionen Tonnen auf die Vereinigten Staaten, im Jahre 1912 von 851 Millionen Tonnen 551. Im Jahre 1922 hat sich nur die Petroleumproduktion in Mexiko auf 185 Millionen Tonnen gehoben. Auf diese Weise wird neuerlich in Amerika neun Zehntel der Weltproduktion gewonnen. Rußland hat im Jahre 1922 nur 35 Millionen Tonnen, Persien 21 Millionen Tonnen geliefert.

Nicht nur, daß im ganzen die Vereinigten Staaten in der Weltpetroleumproduktion, die vom strategischen Gesichtspunkte so wichtig ist, die Oberhand haben, so sind sie auch die **größten Verbraucher** dieses flüssigen Brennstoffes. Und zwar vor allem dank des **Automobils**. Wie andere amerikanische Industrien, so hängt auch die Automobilindustrie von der Benzolindustrie ab. Das Automobil ist das gebräuchlichste Transportmittel in den Vereinigten Staaten geworden. Im Jahre 1900 waren 13.824 Automobile in den Vereinigten Staaten registriert, im Jahre 1910 468.847 und im Jahre 1922 mehr als **12 Millionen**.

Die **Standard-Oil-Gesellschaft**, der amerikanische Petroleumtrust, hat eine ausdauernde Kampagne in Frankreich unter-

nommen, um sich die Ausbeutung der Petroleumquellen in Syrien und Mesopotamien zu sichern. Es heißt, daß dieser Trust eifrig daran arbeitet, in **Rußland** Konzessionen zu erlangen. Da der Standard-Oil-Trust in den **Vereinigten Staaten**, auf den **Antillen** und in **Südamerika** beherrschend ist, so würden ihm einige wichtige Konzessionen im Orient und in Rußland einen endgültigen Vorsprung vor England geben.

Das Petroleum ist der Hauptbrennstoff der Zukunft. Äroplan, Dampfgeschwindigkeit, Kriegs- und Transportmittel, Unterseeboot konsumieren es. Der Staat, der über Petroleum verfügt, wird seine Rivalen, die über keines verfügen, in Schach halten. Daher die Verbissenheit der Engländer und Amerikaner in ihrem Streite um die Naphthaquellen an allen Ecken und Enden der Welt.

Die Macht der Amerikaner hat ihren schwachen Punkt. Die Vereinigten Staaten verbrauchen mehr Petroleum, als sie erzeugen. Im Jahre 1921 mußten sie an nichtraffiniertem Naphtha 5,408.000 Gallonen, im Jahre 1922 5,709.000 Gallonen importieren. Wenn der amerikanische Verbrauch sich nicht verringert, werden die Reserven der Vereinigten Staaten noch vor Ablauf von 20 Jahren erschöpft sein.

Diese Tatsachen geben zum Denken Anlaß. Der Krieg von 1914 bedeutete das Ringen Frankreichs und Deutschlands um den Besitz des lothringischen Eisens und der Ruhrkohle sowie das Ringen Deutschlands und Englands um die Beherrschung der großen Transportwege im Orient. Das war der Kohlen- und Eisenkrieg. Der nächste Krieg wird vielleicht der Petroleumkrieg sein. Jedenfalls bedeutet die englisch-amerikanische Konkurrenz um den Besitz der Petroleumquellen andauernd einen der einschneidendsten Interessengegensätze, den die Weltgeschichte kennt, trotz aller Verschleierung in Form der offiziellen freundschaftlichen Beziehungen, der diplomatischen Höflichkeiten und Verträge.

Die Petroleumrevolution in Mexiko.

Von Ali Ferid.

** Allem Anschein nach wird die mexikanische Revolution gegen den Präsidenten **Obregon** mit einem Kompromiß enden, freilich mit einem Kompromiß, bei dem Mexiko den Vereinigten Staaten alle diejenigen Konzessionen macht, die die **Standard Oil Co.** für notwendig hält. Für die Vereinigten Staaten ist der unbedingte Besitz der mexikanischen Ölfelder eine Lebensfrage. Von den ursprünglich 15 Milliarden Barrels Erdölvorräten der Vereinigten Staaten sind heute nur noch 9 Milliarden vorhanden, 40% sind also bereits verbraucht. Während 1921 die Erdölreserven der Welt sich nur um 0·5% vermindert haben, verminderten sich im gleichen Jahre die Erdölreserven der Vereinigten Staaten um volle 5%. Bei weiterer Steigerung der Erdölproduktion im bisherigen Maßstab ist damit zu rechnen, daß die Erdölfelder der Vereinigten Staaten im Jahre 1931 erschöpft sein werden.

Über die Menge der Erdölreserven Mexikos liegen zurzeit noch keine vollständigen Angaben vor, doch sind diese Reserven, nach den sehr willkürlichen Schätzungen zu urteilen, zwischen 6 und 10 Milliarden Barre's einzuschätzen. Von diesen Feldern gehören etwa 50% der **Standard Oil Co.** (das heißt ihren hauptsächlichen Untergesellschaften **Huexteca Oil Co., New England Fuel Oil Co.** usw.).

Die stärkste Konkurrenz bereitet den Mexikanern die **Royal Dutch**, die sich seit 1902 in Mexiko festgesetzt hat. In den letzten Jahren hat sie besonders durch die **Mexican Eagle Co.** große Expansion getrieben, viele Konzessionen erworben, Bohrungen gemacht, Raffinerien gebaut usw. Von 1920 bis 1921 stieg die Produktion einer anderen Shell-Gruppe, der **„Corona"**, von 4 auf 13 Millionen Barrels.

Seit dem Sturze des Präsidenten **Porfirio Diaz** (1910) ist Mexiko bestrebt, den überragenden Einfluß des amerikanischen Petroleumkapitals auf mexikanische wirtschaftliche und nationale Interessen zu hemmen. Der Staat selbst sollte zum Eigentümer aller mexikanischen Petroleumvorräte gemacht werden. 1917 wurde das in der **neuen mexikanischen Verfassung** festgelegt, die freilich von Washington ebensowenig anerkannt wurde, wie die verschiedenen Regierungen, die auf der Grundlage dieser Verfassung zustande kamen.

Der Artikel 27 der mexikanischen Verfassung, der die Nationalisierung sämtlicher mexikanischer Ölfelder vorsieht, war letzten Endes der Grund zur Ermordung des Präsidenten **Carranza**, nachdem seitens der Vereinigten Staaten nicht nur mit Noten, sondern auch mit Kriegsschiffen gedroht worden war. Aber auch der Nachfolger Carranzas, **Obregon**, versuchte die Erdölpolitik im nationalen Interesse fortzuführen und beabsichtigte, auf den Erdölexport einen 25%igen Zoll zu legen. Mit dieser Maßnahme fand er im Lager der Vereinigten Staaten Freunde, denn die kleinen amerikanischen Ölgesellschaften, die keine Konzession in Mexiko haben, leiden unter der Konkurrenz der mexikanischen Petroleumproduktion. (Die Lage der mexikanischen Ölfelder ist so günstig, daß mit relativ geringen technischen Mitteln sehr große Petroleummengen gefördert werden können.) Diese kleinen Erdölproduzenten befürworteten auch eine Anerkennung der Obregon-Regierung, die freilich unter diesen Bedingungen nicht erfolgte, weil die Standard Oil Co. (und ebenso Harding) eine Anerkennung der Obregon-Regierung nur geben wollten, wenn zum mindestens der Besitz der bisherigen amerikanischen Erdölkonzessionen garantiert würde. Noch auf der Panamerika-Konferenz im Frühjahr 1922 war von einer Einigung zwischen Mexiko und Washington keine Rede. Aber hinterher sollte bald Obregon unter der Bedingung anerkannt werden, daß in dem neuen Petroleumgesetz die Klausel eingefügt werde, daß alle vor 1917 erlangten Konzessionen bestätigt würden.

Allem Anschein nach hat Rockefeller, obwohl die Revolutionäre nicht gesiegt haben, den Kampf gegen Obregon gewonnen, sonst wäre es unerklärlich, warum die Regierung **Coolidge**, die eine ausgesprochene Rockefeller-Regierung ist, Obregon mit Waffen unterstützt hatte. Aller Wahrscheinlichkeit nach hat also Obregon alle Garantien gegeben, die Rockefeller von ihm gefordert hat.

Arbeiterbewegung

Der Eisenbahnerstreik in England.

Von Charles Ashleigh (London).

** Ich schreibe diesen Aufsatz am ersten Tage des Streiks des Lokomotivführer- und Heizerverbandes (Associated Society of Locomotive Engineers and Firemen A. S. L. E. F.), eines Streiks im Reichsumfange, der gestern nachts, Schlag 12 Uhr, eingesetzt hat. Heute ist der 21. Januar.

Und heute Abend wird das Mißtrauensvotum gegen die Baldwin-Regierung im Unterhause eingebracht und morgen wird **Ramsay Macdonald**, das Haupt der Labour Party, vom König eingeladen werden, eine Arbeiterregierung zu bilden. Die Ereignisse überstürzen sich gegenwärtig in England.

Der gegenwärtige Kampf läßt sich auf das Jahr 1922 zurückführen, als die Eisenbahngesellschaften gewisse Änderungen in dem Lohnübereinkommen, das zwischen ihnen und den Gewerkschaften bestand, verlangten. Dieses Übereinkommen war nach dem großen Streik im September 1919 zustande gekommen. Es sah bestimmte Grundlöhne für die verschiedenen Kategorien vor und ließ auch eine gleitende Zulage zu, die nach den Lebenskosten berechnet und zu den Grundlöhnen zugeschlagen wurde. Gemäß dieser gleitenden Zulage sind nun die Löhne bei den Eisenbahnen beinahe bei den Grundlöhnen angelangt.

Für die Eisenbahner gibt es drei Gewerkschaften: der **Eisenbahnerverband** (National Union of Railwaymen N. U. R.), der auch Heizer und Lokomotivführer umfaßt, ist eine Industriearbeitergewerkschaft, ferner die **Eisenbahnbeamtengewerkschaft** Railway Clerk's Association (R. C. A.), die, wie schon der Name sagt, sich auf die Beamtenschaft bei den Eisenbahnen beschränkt, und schließlich der Lokomotivführer- und Heizerverband (A. S. L. E. F.).

Die drei Gewerkschaften stellten sich im Jahre 1922 gegen die Forderungen der Unternehmer nach Lohnherabsetzung, und die Gesellschaften bestanden damals nicht auf ihrer Forderung. Sie warteten ihre Zeit ab. Vor ungefähr sechs Monaten nahmen sie ihren Angriff auf die Lebenshaltung der Eisenbahner wieder auf.

Die Angelegenheit kam vor das Allgemeine Schlichtungsamt, in dem die Gewerkschaften und die Unternehmer in gleicher Zahl vertreten sind. Die Verhandlungen zerschlugen sich. Daraufhin wurde die Sache dem Britischen Einigungsamt übertragen. Dieses Amt, das durch das Eisenbahngesetz vom Jahre 1921 geschaffen wurde, setzt sich zusammen aus sechs Vertretern der Unternehmer, aus sechs Vertretern der Gewerkschaften (je zwei Vertretern der drei Gewerkschaften), aus vier Vertretern der Reisenden (unser alter Freund, „das Publikum") und einem „unabhängigen" Vorsitzenden, zurzeit Sir William Mackenzie.

Der Vorsitzende ist jedoch ein Angehöriger der Ausbeuterklasse. Auf diese Weise sind die Vertreter der Gewerkschaften in einer Minderheit von sechs zu elf. Es ist die ewig alte Geschichte.

Das Britische Einigungsamt hat keine Befugnis, seine Entscheidungen aufzuzwingen. Es ist nur eine beratende Körperschaft, gebildet in der Erwartung, daß die Differenzen zwischen Unternehmern und Arbeitern bei den Eisenbahnen durch Verhandlungen beigelegt und so Streiks vermieden werden. Seine Entscheidungen sind jedoch keineswegs bindend. Es kann verglichen werden mit der Schlichtungsstelle, errichtet in den Vereinigten Staaten vor dem Bergarbeiterstreik, nur trägt es einen offizielleren Charakter.

Das Amt fällte einen Schiedsspruch, der für gewisse Schichten der Eisenbahnarbeiter ungünstig war. Der Eisenbahnerverband (N. U. R.) nahm diesen Schiedsspruch durch seine Delegiertenkonferenz an, eine Körperschaft, die von einem Teil der Mitgliedschaft als reaktionär und die Interessen der Mitglieder nicht wahrend bezeichnet wurde. Diese Konferenz nahm die Entscheidung des Amtes mit 59 gegen 20 Stimmen an. Die Exekutive der Eisenbahnbeamtengewerkschaft (R. C. A.) nahm gleichfalls die Entscheidung nach einem „Ausholen der Stimmung" unter den Mitgliedern an. Der Lokomotivführer- und Heizerverband (A. S. L. E. F.) nahm eine geheime Abstimmung unter den Mitgliedern vor, die eine Ablehnung des Schiedsspruches mit einer Majorität von 23.919 Stimmen ergab. Das war eine überwältigende Majorität. Es muß festgestellt werden, daß diese Gewerkschaft die einzige von den dreien war, die eine wirkliche Abstimmung unter ihren Mitgliedern in dieser Frage vornahm.

Die A. S. L. E. F. weist darauf hin, daß der Schiedsspruch für die Heizer bei Zügen mit Meilengeldern einen Ausfall von 9 bis 18 Schillingen die Woche bedeutet und daß die Löhne der Lokomotivführer um 11 bis 22 Schillinge die Woche herabgesetzt würden.

Andere Führer, die nicht nach Meilengeldern bezahlt werden, würden gegen 6 Schilling die Woche verlieren. Der Schiedsspruch würde auch eine Reduktion in der Sonntags- und Überzeitbezahlung verursachen.

Als die Abstimmung gegen den Schiedsspruch feststand, bemühte sich die A. S. L. E. F. auf jegliche Weise, den Streik zu vermeiden. Die Unternehmer wurden immer wieder aufgefordert, die Unterhandlungen wieder aufzunehmen. Diese weigerten sich, und die Eisenbahngesellschaften setzten endgültig fest, daß der neue Lohntarif Sonntag, den 20. Januar, in Kraft treten müsse. Nach wiederholten Bemühungen von seiten der Gewerkschaft, zu einer Beilegung des Konflikts zu gelangen, wurde der Streik ausgerufen.

Inzwischen rief das Verhalten der reaktionären Führer des Eisenbahnerverbandes (N. U. R.) bei den eigenen Mitgliedern wie bei der ganzen organisierten Arbeiterschaft große Unzufriedenheit hervor. Bei dem großen Eisenbahnerstreik im Jahre 1919, als der Eisenbahnerverband (N. U. R.) gegen die Unternehmer auftrat, waren die Forderungen des Lokomotivführer- und Heizerverbandes (A. S. L. E. F.) bewilligt worden. Nichtsdestoweniger trat auch der A. S. L. E. F. aus Sympathie mit den Arbeitern des N. U. R. in den Streik. Jetzt aber taten die Führer der N. U. R. alles, um den Streik in Mißkredit zu bringen.

J. H. Thomas, von einiger Berühmtheit als Exreaktionär, hat Aussprüche über den Streik veröffentlicht, die man von einem Arbeiterführer kaum für glaublich halten würde. Nach den heutigen Zeitungen soll er gesagt haben, „der Streik ist ein vollständiges Fiasko". Er hat zusammen mit Cramp, dem Arbeitersekretär der N. U. R., ein Manifest an die Mitgliedschaft der N. U. R. herausgegeben, worin es heißt, man erwartet, daß jedes Mitglied während des Streiks bei der Arbeit verbleibe. Bomley, der Führer des Lokomotivführer- und Heizerverbandes (A. S. L. E. F.), antwortete mit Bezug auf die Auslassungen Thomas', daß alle Lokomotivführer und Heizer, die dem N. U. R. angehören und sich am Streik beteiligen, aus den Kassen der A. S. L. E. F. Streikgelder erhalten würden.

Die Exekutive der „Labour Party" hat ihr Mißfallen an dem Streik kundgetan, offenbar in der Meinung, daß er der bevorstehenden Arbeiterregierung Schwierigkeiten machen werde. Der „Daily Herald" schlägt in seinem heutigen Leitartikel einen recht gleichgültigen Ton an. Der Streik wird als „bedauerlich" bezeichnet, und es wird angedeutet, daß die Vertreter des A. S. L. E. F. vor dem Schlichtungsausschusse nicht den genügenden Nachdruck auf die Entschlossenheit ihrer Leute legten. Er erwähnt auch die Unstimmigkeiten der Führer der verschiedenen Eisenbahnergewerkschaften und stellt fest, daß die Unstimmigkeiten auch in den Massen bestehen. Der Leitartikel will hauptsächlich zeigen, daß der Urteilsspruch nicht bindend ist und daß daher die Streikenden nicht gegen die Verfassung handeln. Soweit gut. Aber der ganze Ton des Artikels ist der einer verliebten Mutter, die ihr irrendes Kind zurecht weist. Der Artikel beginnt mit der Feststellung: „Wir betrachten Streiks unter gewissen Umständen als bedauerliche Notwendigkeiten, solange das gegenwärtige System währt. Aber nicht alle sind notwendig. Nicht alle sind klug." Solch eine Feststellung mag im Prinzip vollkommen richtig sein. Aber sie gerade zu einer Zeit zu drucken, wo Tausende ausgebeuteter Arbeiter in einen Kampf, um ihre elende Lebenshaltung zu wahren, treten, bedeutet der Moral der Streikenden im höchsten Maße Abbruch tun. Der „Daily Herald" ist das offizielle Organ der Arbeiterbewegung, politisch und gewerkschaftlich. Er hätte die Bemühungen der Mitglieder des Lokomotivführer- und Heizerverbandes mit ganzem Herzen unterstützen sollen, sobald sich diese für den Streik entschieden hatten. Sie stehen im Kampfe gegen die ungeheure Macht des Kapitalismus, und der „Daily Herald" gibt keinen Schrei um Hilfe von sich, keinen flammenden Aufruf zur Solidarität!

Nunmehr bekennen die Reformisten und Karrieremacher der Labour Party Farbe. Sie machen es den Kommunisten leicht, da sie sich selbst als Männer zeigen, die die gewerkschaftliche Bewegung der Arbeiter, die die Massenaktion ihren parlamentarischen Ambitionen unterordnen.

Trotz der niederträchtigen gegenteiligen Behauptung von Thomas dehnt sich der Streik aus. Berichte der kapitalistischen Presse zeigen schon, daß der Verkehr auf den Bahnen gelähmt ist. Bromley behauptet, daß der Streik seinen Höhepunkt nicht vor Donnerstag erreichen wird. Aber das Land sieht schon den Anfang eines großen wirtschaftlichen Kampfes.

Trotz des Verrates von Thomas zeigt sich die Mitgliedschaft des Eisenbahnerverbandes (N. U. R.) fest und zuverlässig. Schon laufen Meldungen von den verschiedenen Orten ein, daß die Lokomotivführer und Heizer, die Mitglieder der N. U. R. sind, sich dem Streik anschließen. Proteste gegen die Handlungsweise von Thomas kommen täglich aus den Zweigstellen seines Verbandes.

Die KP. Englands und das Britische Büro der Roten Gewerkschaftsinternationale stehen den streikenden Arbeitern bis zum Endkampfe zur Seite. Die Politik der Partei und der Roten Gewerkschaftsinternationale ist folgende:

1. Die sofortige Ausdehnung des Streiks auf alle Heizer und Lokomotivführer, die Mitglieder des Eisenbahnerverbandes (N. U. R.) sind, und auf alle anderen Schichten der Eisenbahner. Generalstreik aller Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten.

2. **Die weitere Ausdehnung des Streiks auf die anderen Transportarbeiter.** Dies soll die Tausende Arbeiter, die im Autotransport beschäftigt sind, in den Streik ziehen. Vom Staat und von den Kapitalisten wurden schon Vorkehrungen getroffen, um den Eisenbahnverkehr soweit als möglich durch Automobiltransporte zu ersetzen. Das setzt die Autotransportarbeiter in eine vorzügliche strategische Lage, durch einen Streik eine Verbesserung ihrer eigenen Lohnverhältnisse zu erzwingen und zugleich ihre Solidarität mit den Eisenbahnern zu zeigen.

3. Gewerkschafts- und Arbeiterverbände in allen Orten werden von der KP. und der Roten Gewerkschaftsinternationale aufgerufen, Aktionskomitees zu bilden, um alle Streikkräfte zu verbinden, die Arbeiter der verschiedenen Eisenbahnergewerkschaften, als auch die Arbeiter der anderen Industriezweige zu vereinigen und dadurch den Streik auszudehnen und ihm eine Stütze zu verleihen. Das wird ein Werkzeug sein, das den Willen der Massen nach solidarischer Aktion zum Ausdruck bringt und das den Druck der Massen auf die diversen Führer weitergibt und den gegenwärtigen Streik zu einer großen Massenbewegung ausdehnt.

Dieser Eisenbahnerstreik ist kein vereinzeltes Ereignis. Großbritannien nähert sich einer Periode großer Aktivität der Arbeiterklasse. Es ist die zweite Welle, die der Apathie und Entmutigung durch den tragischen Verrat des „Schwarzen Freitag" im Jahre 1921 folgte. Ein über das ganze Land ausgedehnter Dockarbeiterstreik ist für den Anfang Februar zu erwarten. Die Bergarbeiter stimmten mit ungeheurer Majorität für die Beendigung ihrer Vereinbarung mit den Unternehmern. Ein Bergarbeiterstreik scheint für die nächste Zukunft als unausweichlich. Auf diese Art geraten die Massen der englischen Arbeiter in den Schlüsselindustrien, dem Eisenbahn- und Schiffstransport und im Bergbau in Bewegung und bereiten sich für gigantische

Kämpfe mit ihrer Herrenklasse vor. Die Arbeiterregierung hat einen schweren Weg zu marschieren. Es wird sich bald zeigen, wie ergeben die Arbeiterführer, die das neue Kabinett bilden werden, den Interessen der Arbeiter sind.

Die zweite Welle, von der Genosse Sinovjew geschrieben hat, beginnt Großbritannien zu erreichen. Die Kräfte des englischen Proletariats sammeln sich für riesenhafte Schlachten, von denen der gegenwärtige Streik nur ein Anfang ist. Der KP. und der Roten Gewerkschaftsinternationale erwächst in England eine gewaltige Aufgabe. Sie müssen die britischen Arbeiter zur Annahme der Politik des offenen Kampfes gewinnen, sie müssen die Schranken zwischen den Fachverbänden niederreißen, sie müssen die Arbeiter für die drohenden Schlachten, die sie mit der stärksten kapitalistischen Klasse der Welt zu bestehen haben, mobilisieren.

Streikbewegungen in England.

Von J. T. Murphy.

** In England gehen wir einer Periode schwerer Kämpfe entgegen. Zwei große Streiks sind schon entbrannt und andere sind in naher Sicht. Gegenwärtig stehen alle deutschen Seeleute in den britischen Häfen in Streik, und die Lokomotivführer und Heizer legen den Verkehr auf den Bahnen still. Wenn nicht rasch eine Vereinbarung zustande kommt, so genügt ein Funke, um das ganze Transportwesen stillzulegen. Die Dockarbeiter sympathisieren mit den streikenden Seeleuten und zeigen ihre Sympathie in der Praxis. Sie sind aufgebracht durch die brüske Zurückweisung ihrer Forderungen nach Lohnerhöhung von 2 Schilling pro Tag. Ihr gegenwärtiges Übereinkommen läuft am 31. Januar ab. Die Bauarbeiter haben auch ihre Forderungen auf eine Lohnerhöhung von 2 Pence für die Stunde auf den Grundlohn aufgestellt, während die Bergarbeiter mit überwiegender Majorität ihren Tarif mit den Bergherren auf drei Monate gekündigt haben.

Man kann beobachten, daß alle diese Kämpfe entweder gegen Lohnherabsetzungen oder für Lohnerhöhungen geführt werden. Viele Übereinkommen, die am Beginne des Jahres 1924 beim großen Preisrückgange getroffen worden sind, endigen jetzt automatisch, und neue Forderungen stehen auf der Tagesordnung.

Die Arbeiter sind über die Verluste der letzten drei Jahre verbittert. Die Zahl der Arbeitslosen ist jetzt nicht so groß wie im Jahre vorher, und die allergeringste Verbesserung der Wirtschaft scheint als Signal für eine Vorwärtsbewegung zu dienen. Außerdem haben die Arbeiter in einigen Industriezweigen ihre Positionen gegen die Offensive der letzten paar Jahre behauptet und sind jetzt ermutigt, sich langsam vorwärtszuarbeiten. Von diesen stehen die Bauarbeiter in erster Reihe. Während andere Arbeitszweige von Arbeitslosigkeit hart getroffen waren, hat die große Nachfrage nach Bauarbeitern und noch dazu die gewaltige Organisation, die sie aufgebaut haben, deren Löhne ziemlich hoch gehalten und eine kürzere Arbeitszeit durchgesetzt (es wird je nach der Saison 41½ bis 46 Stunden per Woche gearbeitet). Vor einiger Zeit erst erhielten sie eine Lohnerhöhung von ½ Penny per Stunde infolge der Annahme der gleitenden Lohnskala. Aber dies steht ihrer neuen Forderung nach Erhöhung des Grundlohnes um 2 Penny die Stunde nicht entgegen.

Aber mehr als Lohnfragen spielt seit der Kriegszeit bei diesen Auseinandersetzungen das Bestreben eine Rolle, ein obligatorisches Schiedsgericht einzuführen, und wiederholt wurden Versuche gemacht, es durch eine Hintertür hineinzuschmuggeln. Im Prinzip wurde es von der gesamten Gewerkschaftsbewegung mit Nachdruck zurückgewiesen, aber in der Praxis wurde wiederholt der Versuch gemacht, es durchzuführen. An Stelle von Zwangsschiedsgerichten wurden Schiedsgerichte errichtet, die von beiden, Unternehmern und Gewerkschaften, nach Übereinkommen angerufen werden konnten, und deren Schiedsspruch dann für beide Parteien, die appelliert hatten, bindend war. Außerdem wurden Einigungsämter eingesetzt, an die beide Teile ihre Forderungen richten konnten. Der Spruch dieser Körperschaften wurde den betreffenden Organisationen zur Annahme oder Ablehnung vorgelegt. Außerdem gibt es verschiedene Vereinbarungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen, direkt von Unternehmer zu Arbeiter, wie es bei den Bergarbeitern der Fall ist.

Der gegenwärtige Kampf zwischen den beiden Eisenbahnergewerkschaften macht den Prozeß der Entwicklung von Einigungsämtern in Zwangsschiedsgerichtshöfe zum Brennpunkt. Die NUR. (Eisenbahnerverband), geführt von **Thomas**, steht in diesem Bemühen, den Kampf durch Schiedsspruch zu ersetzen, in erster Reihe. Es ist kaum ein Jahr her, daß das, was unter dem Namen des 728. Schiedsspruches bekannt ist, als Waffe gebraucht wird, um die Eisenbahner zu benachteiligen und die konkurrierenden Gewerkschaften niederzuschlagen. Die Einigungsämter bei den Eisenbahnen spielen in diesem Kampfe die Hauptrolle. **Thomas** und **Cramp** von der NUR. glauben, daß sie nach Unterzeichnung des Schiedsspruches des Einigungsamtes für dessen Annahme in den Gewerkschaften kämpfen müssen. Aber die Lokomotivführer und Heizergewerkschaft, geführt von Bromley, weisen diesen Standpunkt zurück und sind der Meinung, daß die Mitglieder der Gewerkschaften in bezug auf ihre eigenen Verhältnisse über die Annehmbarkeit des Schiedsspruches entscheiden sollen. **Bromley** meint, daß die Einigungsämter und Schiedsgerichte nur die ersten Stufen sind im Kampfe um das, was den Mitgliedern nottut, und nicht das Ende des Kampfes bilden. Thomas und Cramp nennen diejenigen, die dem Vertrag nicht zustimmen wollen, „**Streikbrecher am Vertrage**".

Schiedsgerichte und Arbeiterregierung.

Daß der Kampf vom Standpunkt der Entwicklung zum Zwangsschiedsgericht wichtig ist, muß besonders angesichts des Regierungsantrittes der **Labour Party** betont werden. Die Parole dieser Regierung wird offenkundig „Wirtschaftsfriede" heißen, und es ist sicher, daß jegliche Auseinandersetzung benützt werden wird, die „Beschwichtigungsmaschinerie" weiter zu entwickeln, um Massenaufstände zu ersticken. Sobald es klar wurde, daß die Arbeiterpartei darangehe, die Zügel der Regierung zu ergreifen, begann sogar das Organ der Unabhängigen Arbeiterpartei, „**The New Leader**", über die wirtschaftlichen Kämpfe zu seufzen und für die „gemeinsame Sache" einzutreten. So schrieb **Brailford** über die Krise bei den Eisenbahnen: „Es wäre schwer gewesen, eine so aufgetüftelte Ablenkung zu erfinden, um das öffentliche Vertrauen zu erschüttern und eine Panikstimmung zu nähren." „Was auf dem Spiele steht, ist die ganze Zukunft dieser Beschwichtigungsmaschinerie." „Niemand bestreitet das grundsätzliche Recht einer Körperschaft, eine Entscheidung abzulehnen, wenn sie sie befriedigt. Aber es ist klar, daß, wenn es geschieht, das moralische Gewicht dieser Entscheidung vernichtet wird." „Die wahre Sanktion für die Wirkung der Schiedsgerichte ist die öffentliche Meinung." „Früher oder später muß die Disziplin der Klassenkämpfe der Disziplin im Dienste weichen." „Dieser Streik wird, wenn er weiter um sich greift, der Labour Party in der öffentlichen Meinung einen Schlag versetzen, wie es **Rothermere** oder **Beaverbrook** nicht vermochte... Wenn wir fähig sein wollen, zu regieren, müssen wir lernen, auf dem wirtschaftlichen wie auf dem politischen Feld unserer Rivalitäten Herr zu werden, müssen wir lernen, im Interesse des Sieges der gemeinsamen Sache, unsere Egoisten zu unterdrücken im Betriebe wie auch in der Partei."

Aber das ist noch nicht alles. Würde das einfach der Erguß des „**New Leader**" sein, wir könnten füglich darüber hinweggehen. Aber diese Erklärungen sind symptomatisch für die unter der Führerschaft weitverbreiteten Ansichten. Der Parlamentarismus scheint die Führer auf Kosten der Arbeiterbewegung salonfähig zu machen. Gibt es da noch eine Aussicht auf einen Kampf der Gewerkschaften gegen die Unternehmer?

Nichts kann den Tiefstand der Gewerkschaften besser illustrieren als der gegenwärtige Konflikt zwischen den Eisenbahnergewerkschaften.

In „Workers Weekly", dem Organ der Kommunistischen Partei Englands, wird dieser Konflikt folgendermaßen dargestellt:

Was verlangen die Eisenbahnergesellschaften? Sie wollen den Eisenbahnern den Schiedsspruch des nationalen Lohnamtes aufzwingen. Das bedeutet:

1. Reduzierung von 9 bis 22½ Schilling für alle Lokomotivführer und Heizer bei Streckendienst.

2. Reduzierung durchschnittlich von 1 bis 2 Schilling pro Tag für Rangierlokomotivführer.

3. Geringere Sonntagsentlohnung und Herabsetzung des garantierten Mindesttaglohnes.

Sind die Gesellschaften imstande zu zahlen? Die Gesellschaften wollen den Eisenbahnern eine halbe Million Pfund Lohneinkommen rauben. **Die Gesellschaften haben um Millionen größere Profite als früher.** Den Gesellschaften sind die Profite vom Jahre 1913 (ihrem Konjunkturjahr) plus 20% aller ihrer Einlagen garantiert. Mit Recht hat Sir Sam. Fay, der Generaldirektor der Großen Zentraleisenbahn (G. C. R.), das Gesetz vom Jahre 1921 ein **„Dividenden bringendes Privilegium"** genannt. Ihre Reserven sind von 17 Millionen Pfund im Jahre 1913 auf über 145 Millionen Pfund im Jahre 1923 angewachsen, eine Zunahme von 750%. 60 Millionen Pfund Staatsgelder haben sie von der Regierung als „Kompensation" für die Benützung der Eisenbahnen während des Krieges erhalten. Die Dividenden vom Jahre 1923 erreichten eine Höhe wie nie zuvor. Nun sind sie bereit, Millionen — der Streik im Jahre 1919 kostete sie 50 Millionen Pfund — hinauszuwerfen, um die Eisenbahner um eine halbe Million zu berauben.

Wie verhält sich die Eisenbahnergewerkschaft? Die Eisenbahnergewerkschaft (NUR.) umfaßt hauptsächlich andere Schichten als Lokomotivführer. **Der kapitalistische Angriff wendet sich geschickt nur gegen die Lokomotivführer, um so die Gegensätze zwischen den Gewerkschaften auszunützen.** Der **„Daily Herald"** schreibt am 5. November 1923: „Es liegt im unmittelbaren und offensichtlichen Interesse jedes Arbeiters im Lande, den Eisenbahnern bei ihrem Widerstande zu helfen. Wenn deren Löhne reduziert würden, würden auch alle anderen heruntergehen." Das Büro der Roten Gewerkschaftsinternationale und sein Organ **„Worker"** (Der Arbeiter) führen einen glänzenden Kampf in derselben Richtung. **„Ein Berufsverband, der kämpft, ist besser, als ein Industrieverband, der Angst hat."** Die besonders wirkungsvolle Parole des „Worker" bewahrheitet sich. „Streikbruch im Auftrag von Thomas bleibt immerhin **Streikbruch.**" Dieser Ausspruch trifft die Führer an ihrer wunden Stelle.

Der Streik der Seeleute.

Wenden wir uns nun dem anderen Streik zu und den Streiks, die sich vorbereiten. Das hervorragendste Ereignis der letzten paar Wochen war der Streik der deutschen Seeleute bei ihrer Landung in den britischen Häfen. Mehr als 100 Schiffe wurden angehalten und die Mannschaften von den englischen Gewerkschaften unterstützt: dem Nationalen Matrosen- und Heizerverband (NSFU.) und der Allgemeinen Transportarbeitergewerkschaft (TGWU.). Die zwei Gewerkschaften, die direkt am Streik beteiligt sind, sind die Seeleutesektion des Transportarbeiterverbandes und der Deutsche Schiffahrtsbund. Obwohl der eine an Amsterdam angeschlossen ist und der andere an die Rote Gewerkschaftsinternationale, so kämpfen sie doch zusammen. In den Häfen gibt es keine Differenzen, nur die Frage, wie der Streik gestärkt werden könne, steht auf der Tagesordnung. Hierbei hilft die Dockarbeitersektion des Transportarbeiterverbandes ständig mit. In den Londoner Docks zwang sie durch Unbrauchbarmachung der Ausladeмaschinerien den deutschen Konsul zu Verhandlungen, und in allen Häfen stellen die britischen Gewerkschaften Streikposten, stellen ihre Büros den Streikenden zur Verfügung und verlautbaren, daß jeder Versuch, Streikbrecher vom Kontinent oder sonstwo heranzuziehen, zu einer größeren Ausdehnung des Streiks in allen Häfen führen würde. Die deutschen Seeleute haben Löhne von 2 Pfund 18 Schilling im Monat, die britischen dagegen 9 Pfund. Die deutschen Seeleute verlangen nun die gleiche Entlohnung.

Im Februar dürften auch die Dockarbeiter für ihre eigenen Forderungen in den Streik getrieben werden. Der Tarifvertrag der Transportarbeiter läuft am 31. Januar ab, und die Dockarbeiter stellten die Forderung nach einer Erhöhung von 2 Schilling per Tag auf. Das wurde glatt verweigert.

Andere Bewegungen, die sich entwickeln, sind die der **Bauarbeiter** und der **Bergleute.** Aber die Zeit der Verhandlungen ist noch nicht vorüber. Die Bergarbeiter haben mit überwältigender Majorität beschlossen, ihren Lohnvertrag mit dreimonatiger Frist zu kündigen. Die neuen Bedingungen, die die Bergarbeiter aufstellen, sind noch nicht beschlossen.

Alle diese Kämpfe beginnen mit Lohnforderungen und entwickeln sich zu einem Kampf gegen das Zwangsschiedsgericht und dagegen, daß der Schiedsspruch einer Verhandlungskommission einen bindenden Charakter erhält.

Aus der Internationale

Der Lyoner Kongreß der KPF.

Von Jacques (Paris).

** Der letzte Kongreß der KPF. fand Mitte Oktober 1922 statt. Er zeigte, daß die Partei in drei scharf gegrenzte und sich bekämpfende Fraktionen zerfallen war. Dem **IV. Weltkongreß** fiel die schwere Aufgabe zu, durch die Zusammenfassung aller revolutionären Elemente der Partei und durch die Entfernung der Reformisten, Freimaurer und kleinbürgerlichen Politikanten eine Gesundung herbeizuführen.

So fällt in die Zeit zwischen dem Pariser und Lyoner Kongreß (der im 23. Januar 1924 seine Arbeit beendigte) die große Reinigung der Partei und die Frossard-Krise. Mit **Frossard** an der Spitze haben die Partei die Führer verlassen, die bisher konsequent die Entwicklung zu einer kommunistischen Partei sabotierten. Die Partei verlor mit ihnen einige tausend Mitglieder, sie wurde aber durch die Reinigung so stark, daß sie einige Tage nach der Spaltung die große Kampagne gegen die Ruhrbesetzung führen konnte. Sie bewies in den Konferenzen von **Essen** und **Frankfurt,** daß sie den richtigen Kontakt mit den deutschen Arbeitern gefunden hat. Sie hat den Kampf für die Amnestie so erfolgreich geführt, daß die Regierung schrittweise nachgeben mußte. Sie hat es verstanden, die Verbindungen mit den revolutionären Gewerkschaften enger zu knüpfen, sie hat die alte föderalistische Organisation der Partei in eine zentralistische umgewandelt und sie hat die Einheitsfronttaktik gut angewendet.

Der **Lyoner Kongreß** hatte die Bilanz der vergangenen fünfzehn Monate zu ziehen. Prinzipielle oder taktische Gegensätze waren in der Partei im Laufe dieser Zeit nicht aufgetaucht; sie ging den Weg, den ihr der **IV. Weltkongreß** vorzeichnete. Die Hauptaufgabe bestand nur darin, die Entgleisungen, die bei der Durchführung der verschiedenen Kampagnen oder bei der Reorganisation naturgemäß entstehen, festzustellen und für ihre Beseitigung zu sorgen. Dementsprechend nahm der Kongreß einen — im Gegensatz zu den vorhergehenden — ruhigen Verlauf. Es war der Kongreß einer Partei, die nach manchen Krisen endlich den richtigen, gesunden Weg gefunden hat.

Die erste wichtige Frage war das Verhalten der Partei bei den bevorstehenden Wahlen, wo der reaktionäre **Block National** gegen den **kleinbürgerlichen Block** der „Linken" kämpft. Die französischen Sozialdemokraten gehen natürlich mit der Bourgeoisie und bilden zusammen mit den kleinbürgerlichen Parteien den Block der „Linken". Die Kommunistische Partei schlägt ihnen eine Einheitsfront für einen **Block der Arbeiter und Bauern** vor. Sie macht diesen Vorschlag auf Grund eines Minimalprogramms, verlangt aber dagegen, daß die Sozialdemokraten auf jede Mitarbeit mit der Bourgeoisie verzichten und die Einheit der gespaltenen Gewerkschaften wiederherstellen helfen. Die Kommunisten bestehen aber auf den völligen Bruch mit der Bourgeoisie, den die Sozialdemokraten nie und nimmer durchführen werden, trotzdem die Losung: **„Block der Arbeiter und Bauern"** in ihren Reihen großen Anhang findet.

In Frankreich war die alte sozialdemokratische Partei eigentlich nur eine Wahlorganisation, der Tummelplatz von **„Politicien"**, die die Partei nur als Sprungbrett benützten, um durch das Parlament in das Lager der Bourgeoisie hinüberzumanövrieren. Die Kommunistische Partei, um zu zeigen, daß sie auch auf diesem Gebiete mit der alten Partei gebrochen hat, beschloß auf dem **Kongreß in Lyon,** daß wenigstens neun Zehntel der Kandidaten Proleten oder Bauern sein müssen, die in den Betrieben oder in der Landwirtschaft arbeiten. Parteiangestellte werden nur ausnahmsweise als Kandidaten aufgestellt. So wird die KPF. die einzige Partei sein, die unter eigener proletarischer Flagge die Wahlschlacht führen wird.

Auf dem Gebiete der Gewerkschaften wurde hauptsächlich die Frage behandelt, wie die Partei am besten für die Wiedervereinigung der gespaltenen Gewerkschaften arbeiten kann. Eng damit war die Frage der Umstellung der Parteiorganisation auf die Betriebszellen verknüpft. Neben der Diskussion über den politischen Bericht nahm die Gewerkschafts- und Betriebszellenfrage die meiste Zeit des Parteitages in Anspruch.

Zur **Ruhrpolitik** der französischen Bourgeoisie wurden Thesen angenommen, die die Unfähigkeit der Bourgeoisie bei der Lösung der internationalen Fragen feststellt und in dem Zusammenschluß der deutschen und französischen Arbeiterschaft

den Ausweg zeigt. Die Parteiorganisation betreffend, wurden außer dem Umbau der Organisationen auf Betriebszellen Maßnahmen getroffen, die den besseren Kontakt der Provinz mit der Zentrale sichern. Die **Bauern-** und die **Kooperativfrage** wurden ebenfalls behandelt.

Der Kongreß war etwas mangelhaft vorbereitet, da die Partei eben in der Woche vor dem Kongreß mit dem Vorfall in **Grange-aux-Belles** — wo durch die Provokation der Anarchisten zwei Arbeiter getötet wurden — sehr beschäftigt war. Ein Bericht über die internationale Lage wurde nicht gegeben, auch mußte sich die Diskussion in der Frage der inneren Situation auf die vor einem Monat gedruckten Berichte beschränken. Die Diskussion war sachlich und ernst, und speziell die jüngeren Elemente der Partei zeigten dabei, daß der Nachwuchs zu den besten Hoffnungen berechtigt.

Am dritten Tage des Kongresses kam die Nachricht von dem Tode Lenins. Mit tiefer Erschütterung nahm der Kongreß Kenntnis von dem ungeheuren Verlust, den die Unterdrückten und Ausgebeuteten der ganzen kapitalistischen Welt dadurch erlitten hatten. In den meisten Augen waren Tränen, und der Beschluß des Kongresses, Lenins Arbeit und Lehre mit noch größerer Energie weiterzuführen, war der Ausdruck der Gefühle aller Anwesenden.

Die Kommunistische Partei Frankreichs zeigte auf diesem Kongreß, daß sie sich auf dem besten Wege befindet. Ihr Kongreß war mit der Beratung über die schwierigen Tagesfragen ausgefüllt. Unsere Partei hat noch manche Mängel, sie wird noch manche Schwierigkeiten zu überwinden haben, sie entwickelt sich aber stetig und gut zur revolutionären Partei, die den französischen Kapitalismus niederringen wird.

Ein kommunistisches Tagblatt in englischer Sprache in Amerika.

Das erste kommunistische Tagblatt in englischer Sprache.

Von J. Amter (Chicago).

** Ein Ereignis von außergewöhnlicher Bedeutung hat sich in der kommunistischen Welt abgespielt. Die **Workers Party of Amerika** (Arbeiterpartei in Amerika) gibt ein Tagblatt in englischer Sprache heraus — **das erste kommunistische Tagblatt in englischer Sprache in der ganzen Welt.**

An und für sich würde diese Tatsache nicht von so großer Bedeutung sein, da die Workers Party noch über andere Tagblätter verfügt. Aber die Tatsache, daß es der Partei gelungen ist, einen Fonds von 100.000 Dollar zusammen zu bekommen, um die Zeitung herausgeben zu können, zeigt die wachsende Stärke der Partei und die Sympathie und das Interesse in den amerikanischen Massen.

Der Daily Worker erscheint in Chicago. Als es zuerst bekannt wurde, daß die Workers Party beabsichtigt, eine Zeitung in dieser Stadt herauszugeben, haben die Bankiers und Fabrikanten Chicagos sofort eine Einschüchterungskampagne begonnen. Der Daily Worker ist das offizielle Organ der Partei, und wird das direkte Mittel sein, durch das das Zentralexekutivkomitee zu den amerikanischen Arbeitern sprechen wird. Die Kapitalisten von Chicago erkannten diese Tatsache und unternahmen alles, was in ihrer Macht steht, um das Erscheinen dieser Zeitung unmöglich zu machen.

Die Workers Party hat elf andere Tagblätter — in **jüdischer, deutscher, russischer, litauischer, drei in finnischer, ungarischer, polnischer, ukrainischer** und **tschechischer** Sprache — außerdem eine Anzahl von Wochenblättern. Diese Zeitungen haben zusammen eine tägliche Auflage von 155.000, ein respektabler Erfolg für eine Partei von 22.000 Mitgliedern. Wie in allen Ländern, wird jedes Exemplar von mehreren Arbeitern gelesen. Man kann deshalb ruhig annehmen, daß die kommunistische Tagespresse in den Vereinigten Staaten zu einer halben Million Arbeitern spricht.

Angesichts der starken Verbreitung der fremdsprachigen Presse war die Herausgabe eines englischen Tagblattes ein schwieriges Unternehmen.

Es war um so schwieriger, da ein englisches Tagblatt einen ganz anderen Charakter als die fremdsprachigen Tagblätter haben muß. Obwohl ein kommunistisches Tagblatt nicht mit der kapitalistischen Presse konkurrieren darf, muß es doch einige Züge der kapitalistischen Presse wiedergeben, die für den amerikanischen Leser unerläßlich sind. Es muß einen erstklassigen Nachrichtendienst haben; es muß Berichte aus erster Hand über alle bedeutenden Ereignisse, wie Streiks, Tarifabschlüsse usw., wie auch über Konferenzen der Bankiers und Fabrikanten usw., bringen. Es muß immer am Laufenden sein über die Tätigkeit der Kongreßsitzungen der Vereinigten Staaten. Mit anderen Worten, ohne daß der Daily Worker versucht, mit der kapitalistischen Presse zu konkurrieren, muß er doch in einem großen Ausmaße die kapitalistische Presse den Arbeitern **und Bauern** ersetzen.

In seinem Artikel für die erste Ausgabe des Daily Workers hat Genosse Sinowjew auf die große Bedeutung der Bauernbewegung in Amerika hingewiesen. Eine Revolution ohne Bauern ist in den Vereinigten Staaten eine absolute Unmöglichkeit. Die Lage ist heute so, daß die Bauern in vieler Hinsicht rebellischer — ja sogar klassenbewußter — sind als die Mehrzahl der Arbeiter. — Man kann das nicht nur den verhältnismäßig schlechteren ökonomischen Verhältnissen der Bauern zuschreiben, sondern der absoluten Unmöglichkeit der großen Mehrheit der kleinen Bauern, ihre Wirtschaft weiter zu betreiben. Im vorigen Jahre wurden mehr als 300.000 Hypotheken den Bauern gekündigt. Während früher 5 bis 8% aller Bankrotte auf die Bauern entfielen, fielen im Jahre 1923 15% auf die Bauern.

Daher muß der Daily Worker auch zu den Kleinbauern sprechen. Das vermehrt natürlich die Pflichten der Zeitung.

Was das für eine Partei von 22.000 Mitgliedern, von denen nur 3000 die englische Sprache sprechen und von denen die Mehrzahl fremdsprachige Tageszeitungen und Wochenblätter unterstützen, bedeutet, ist klar. Es beweist, daß trotz der 19 Nationen, aus denen sich die Workers Party of America zusammensetzt, die Genossen in ihrer Gesamtheit nicht nur die Notwendigkeit eines englischen Tagblattes sehen, sondern daß sie auch keine Opfer gescheut haben, um ihr Ziel zu erreichen. Und die Aussichten des neuen Tagblattes? Am 12. November ist der **New York Leader**, der frühere New York Call, eingegangen. Das Umtaufen der angeblich sozialistischen Zeitung, hat sie nicht vor dem Untergange gerettet. Als eine sozialistische Zeitung war der Call während der ersten Zeit des Krieges das Organ aller revolutionären und radikalen Bestrebungen. Das Vorgehen der Kapitalisten nach dem Kriege, und besonders der Zerfall der Sozialistischen Partei nach der Absplitterung der Kommunisten, trieb die Partei in ein opportunistisches Fahrwasser, was sich auch in ihrer Zeitung bemerkbar machte. Der New York Call geriet in finanzielle Schwierigkeiten. Man versuchte eine Reorganisation: Der New York Call wurde zum New Yorker Leader, einer liberalen bürgerlichen Zeitung, der an die Arbeiter überhaupt nicht mehr appellierte. Die Arbeiter weigerten sich, das Blatt zu unterstützen. Das ist eine der günstigen Entwicklungen der letzten zwei Jahre, ein Resultat der tatkräftigen kommunistischen Propaganda. Die amerikanischen Arbeiter sind nicht mehr mit Halbheiten zufrieden. Sie sind zwar noch nicht zur Revolution bereit, sie wollen auch nicht, daß man mit ihnen ein Spiel treibt. Das können die Sozialisten nicht verstehen, und infolgedessen verlieren sie in den Vereinigten Staaten ständig an Boden. Der Daily Worker betritt die Kampfarena, belastet mit großen Verantwortlichkeiten und Pflichten, aber mit den besten Aussichten für die Zukunft. Die Tätigkeit der Workers Party bietet die beste Gewähr dafür.

Rote Hilfe

Ein Jahr „Rote Hilfe".

Von Ehrenfried Wagner.

** Das Zentralkomitee der Internationalen Roten Hilfe ließ sich bei seiner Tätigkeit im verflossenen Jahre ganz besonders von dem Gedanken leiten, die Tragfähigkeit der Roten Hilfsorganisation so zu gestalten, daß sie auch stärkeren Belastungsproben standhalten kann. Die zur Verfügung stehenden Geldmittel wurden mit der größtmöglichen, politisch zulässigen Sparsamkeit ausgegeben. Da die politische Entwicklung in Westeuropa gegen Ende des verflossenen Jahres auf Sturm deutete, und mit schweren opferreichen Kämpfen des Proletariats zu rechnen war, hielt es das ZK. der IRH. für notwendig und angebracht, solange es noch die Zeit erlaubte, einen größeren Reservefonds anzusammeln. Damit aber in dieser Zeit die einzelnen Länder der laufenden Unterstützungssummen für ihre Gefangenen nicht entbehren sollten, trieb das ZK. die Landeskomitees zur Entfaltung intensivster Sammeltätigkeit an. Weiterhin wurde zur Gründung neuer Landeskomitees geschritten. Es kamen im Verlaufe des letzten Jahres solche neue Komitees hin-

zu in Dänemark, Mexiko, Schweiz, Österreich, Tschechoslowakei, und neuerdings beginnt man damit, auch in China und in Finnland. Auf Grund dieser weitsichtigen Politik wurde das ZK. nicht nur instand gesetzt, ihren laufenden Verpflichtungen nachzukommen, sondern es gelang ihr auch, einen größeren Reservefonds aufzuspeichern.

Es war gut, daß das ZK., getreu den Worten **Lenins**, bei der großen Offensive des westlichen Proletariats zugleich auch an die organisatorischen Notwendigkeiten eines Rückzuges dachte. Die Kämpfe in Bulgarien, in Polen und in Deutschland brachten dem Proletariat nicht die erwünschten Erfolge. Sie endeten überall für das Proletariat mit schweren und großen Opfern. An die Rote Hilfe wurden die größten Anforderungen gestellt. Zu den laufenden Unterstützungen kamen solche außerordentlicher Art hinzu. Es galt also, Tausende von Witwen und Waisen zu unterstützen. Dadurch sah sich das ZK. vor einen erweiterten Aufgabenkreis gestellt. Während bisher nur eine verhältnismäßig kleine Zahl politischer Gefangener und ihre Angehörigen durch laufende Geldbeträge zu unterstützen waren, mußte jetzt eine den neuen Aufgaben entsprechende neue Art der Hilfe aufgebaut werden. Das war die Versorgung der Revolutionswaisen, das sind die Kinder, deren Väter oder Mütter im Straßenkampf gefallen waren. Wie schnell auch schon die eben erst gebildeten Landeskomitees ihre Aufgaben nicht nur begriffen hatten, sondern sich ihnen auch gewachsen zeigten, bewiesen gerade in dieser Kinderfürsorge die Komitees in Österreich und in der Schweiz. Österreich realisierte zuerst den Gedanken der Unterstützung von Revolutionswaisen, und die Schweiz brachte es fertig, in sehr kurzer Zeit für 100 Kinder Aufenthaltsmöglichkeit zu schaffen. Neben dieser Versorgung deutscher Kinder ging man in der Schweiz an die Errichtung eines Kinderheimes für die Kinder italienischer und bulgarischer Opfer. In Deutschland selbst besitzt die **Rote Hilfe** zwei Kinderheime, die Errichtung eines dritten wird geplant. Neben der Erledigung dieser neuen äußerst wichtigen Aufgabe der Kinderversorgung blieb die andere der Unterstützung der Gefangenen selbst nach wie vor akut. In Bulgarien und in Deutschland war die Zahl der Gefangenen auf 10.000 angewachsen. Wenn sich auch in Bulgarien am Ausgang des Jahres die Zahl der Gefangenen etwas reduziert hat, so wuchs und wächst diese in Deutschland täglich. Diese Gefangenen kamen aus allen Parteilagern: Anarchisten, Kommunisten ebenso wie Sozialisten und revolutionäre Bürgerliche. Bei den Sammlungen wurde daher auch nach wie vor der größte Nachdruck darauf gelegt, daß die **Rote Hilfe**, unbekümmert um die Parteizugehörigkeit, alle proletarischen Opfer des Klassenkampfes zu unterstützen habe. So schlossen sich auch den Landesorganisationen der Roten Hilfe die verschiedensten Arbeiterparteien, Gewerkschaften, Genossenschaften sowie Arbeitergesang- und Sportvereine an. Gerade die letzteren waren es, die zugunsten der Revolutionsopfer Konzerte und Sportfeste veranstalteten, deren Reinerträge der **Roten Hilfe** zuflossen.

Zur Mobilisierung weiterer Hilfskräfte und zur intensiveren propagandistischen Bearbeitung der Massen hatte das ZK. am Ende des Jahres eine rege Pressekampagne entfaltet. Zu diesem Zwecke war ein regelrechter „Zeitungsdienst" eingerichtet, der die gesamte Presse des Auslandes mit Notizen und Propagandamaterial versorgte. Dadurch gelang es, die Arbeiterpresse für die Tätigkeit der **Roten Hilfe** dauernd auf dem laufenden zu halten und durch Aufrufe die Massen propagandistisch zu bearbeiten und dadurch die Arbeiten der Organisationen wesentlich zu unterstützen. Wenn auch dieser Zeitungsdienst sich heute noch in den zartesten Anfängen bewegt und mit dem bescheidensten Apparat arbeitet, so ist es heute doch schon gelungen, daß in den bedeutendsten Ländern des Auslandes das Propagandamaterial der **Roten Hilfe** zur Verbreitung kommt.

Welche Anforderungen im Verlaufe des verflossenen Jahres an die **Internationale Rote Hilfe** gestellt wurden, geht bis zu einem gewissen Grade aus den finanziellen Leistungen hervor, die die IRH. in dieser Zeit erfüllt hat. In der Zeit von März 1923 bis Januar 1924 bewilligte das Zentralkomitee der **Internationalen Roten Hilfe** zur Unterstützung der politischen Gefangenen die Gesamtsumme von 95.665 Dollars und 3000 Francs. Auf die einzelnen Länder entfallen folgende Summen: **Deutschland** 41.400 Dollar und 3000 Francs, **Österreich** 650 Dollar, **Italien** 8000 Dollar, **Polen** 900 Dollar, **Litauen** 1450 Dollar, **Lettland** 540 Dollar, **Estland** 625 Dollar, **Rumänien** 2250 Dollar, **Finnland** 1000 Dollar, **Jugoslawien** 750 Dollar, **Türkei** 250 Dollar, **China** 1250 Dollar, **Japan** 5000 Dollar und **Bulgarien** 23.500 Dollar. So bedeutend diese Summen auch erscheinen mögen, stellen sie doch nur eine ganz bescheidene Hilfe dar gegenüber der tatsächlichen Not der Gefangenen und ihrer Angehörigen. Die gewährten Unterstützungssätze reichen gerade aus, daß die Gefangenen nicht zu verhungern brauchen und ihre Angehörigen nicht der Straße preisgegeben sind. Aber selbst um diese bescheidenen Sätze auch weiterhin zahlen und darüber hinaus noch eine wirksamere Hilfe geben zu können, sind die größten Anstrengungen des internationalen Proletariats notwendig. Das Zentralkomitee wird den Ausbau der Organisationen fortsetzen und alle Länder der Welt in ihren Apparat der revolutionären Solidarität einspannen müssen. Zu diesem Zwecke und um Heerschau über die gegenwärtigen vorhandenen Kräfte halten zu können, wird das Zentralkomitee schon in nächster Zeit zu einem internationalen Kongreß der **Roten Hilfe** aufrufen. Durch die Erfahrungen des letzten Jahres wesentlich gefestigt, wird aber auch im neuen Arbeitsjahr die **Internationale Rote Hilfe** im Kampfe gegen die Weltreaktion weiterhin treu auf der Wacht stehen!

Faschismus

Der Faschismus in Polen.

Von L. Domski (Warschau).

** Polen bietet gegenwärtig ein spaßiges Schauspiel, das sehr an den Ausgang des Hitlerschen Putsches in München erinnert. Am 13. Januar nachts wurden eine Anzahl von Faschisten verhaftet, die unter der Firma der **„Bereitschaft der polnischen Patrioten"** (PPP.) halb illegal ihr Unwesen getrieben haben. Die Polizei, die diese Achtgroschenjungen verhaftet hat, hat selbst sehr wenig Freude an ihrer Heldentat: denn die Verzweigungen der polnischen schwarzen Hundertschaften reichen so weit und vor allem so hoch, daß die Staatsanwaltschaft gegen eine ganze Anzahl von Zeitungen Strafverfahren anhängig gemacht hat wegen der „Mitteilungen über das schwebende Verfahren gegen die PPP.". Während der schwebenden Verfahren gegen die Kommunisten ist man viel weniger delikat.

Die PPP. ist nicht die einzige faschistische Organisation in Polen. Es gibt deren mehrere. Wir besitzen die **„nationale Volkswehr"**, den **„Faschistenorden"**, den **„Orden der Gesetzesritter"**, die **„Technische Nothilfe"** (SSS.), die **„Legion für Schutz der Verfassung"** usw. Aber die PPP. ist die bedeutendste aller illegalen faschistischen Organisationen. Sie äffte die bekannte amerikanische Ku-Klux-Klan-Organisation nach, indem sie die Mitgliederaufnahme, die Sitzungen und Gottesdienste (!) mit geheimnisvollem Zeremoniell umgab. Die Sitzungen und die Vereidigung neuer Mitglieder fanden in den Kellern einer Warschauer Kirche statt, den Eid nahmen Pfaffen ab, die sich an der Tätigkeit der Organisation stark beteiligten (man findet unter ihnen bekannte Namen, wie **Oraczewski, Godlewski** u. a.).

Das Programm dieser Organisation ist wahrlich unzweideutig. Sie beabsichtigt die Abschaffung des allgemeinen Wahlrechtes. Nur gebildete Menschen dürfen Wahlrecht haben. Dann müssen die Streiks bekämpft und alle Kommunisten, Sozialisten und Juden unschädlich gemacht werden. Den Juden muß das Wahlrecht entzogen werden.

Die Organisation war illegal und sehr konspirativ. Die Teilnehmer waren nur unter Spitznamen bekannt. Nach der Bildung der Witos-Regierung mit Beteiligung der Nationaldemokratischen Rechten machte die Organisation Miene, sich legalisieren zu wollen.

Natürlich stehen die Faschisten den regierenden Herren von der Schwerindustrie und vom Großgrundbesitz nahe — so verhandelten sie mit dem Kriegsminister **Szeptycki** und dem Unterrichtsminister **Glombinski**. Aber sie wollten ihre oganisatorische Selbständigkeit bewahren. Wie Hitler in Deutschland, finden sie die großbürgerlichen Parteien zu opportunistisch. Man sollte ganz anders zupacken, alle „Linken" aus den Staatsämtern verjagen, mit **Pilsudski**, mit der **PPS.**, mit den nationalen Minderheitsparteien gründlich aufräumen.

Es ist nur natürlich, daß auch in Polen die örtlichen Kahrs mit den örtlichen Hitlers nicht gerade im besten Einvernehmen leben. Die Nationaldemokraten versuchten sogar einmal, die PPP. als eine gefährliche linksstehende Organisation, die Pilsudski nahesteht, zu denunzieren. Sie mußten dann diese „Verleumdungen" zurücknehmen und die nationale Zuverlässigkeit der PPP. anerkennen. Jetzt, nach der Verhaftung der Ku-Klux-Klan-Leute munkeln die Nationaldemokraten etwas

wie: „wir haben es ja gesagt". Aber sie sprechen es nicht laut aus; denn die Faschisten haben allzu starke Verbindungen.

Die Untersuchung hat gezeigt, daß ein ganzer Plan eines bewaffneten Rechtsumsturzes vorlag. Die Verschwörer waren sowohl über die Organisation der Polizei und der Behörden wie über die Geheimnisse der Armeeorganisation ausgezeichnet unterrichtet. Sie hatten so gut eingeführte Leute unter sich, wie den Polizeikommissär **Gostynski**, den General **Wroczynski** usw. Sie hatten eine Unmenge von Polizeispitzeln. Für den Fall der Machteroberung besassen sie fertige Kandidatenlisten für die Besetzung aller wichtigeren Ämter sowohl in der Hauptstadt wie auch in der Provinz.

Durch die Verhaftungen unter den „polnischen Patrioten" hat sich gezeigt, daß die Kämpfe der Parteien im Parlament keineswegs den Hauptinhalt des politischen Lebens Polens bilden. Wie überall, sind hier außerparlamentarische und antiparlamentarische Kräfte tätig. Auf einer Seite die illegalen Kommunisten, andererseits die illegalen Faschisten. Und auch die „Linke" hat ihre Kampfverbände, wie die Schützenvereine und die Polnische Freiheitsorganisation, in denen sich die Anhänger Pilsudskis sammeln, die aber, wie die Rechtspresse immer wieder hervorhebt, stark mit den Anhängern des Kommunismus durchsetzt sind. So ist in Polen wie in Deutschland der politische Boden vom Bürgerkrieg unterminiert. Es ist klar, daß nicht die „Linke" es sein wird, die die Signale zum Bürgerkrieg geben wird. Dazu hatte sie schon ganz andere Anlässe und Gelegenheiten, ohne es zu wagen, sie auszunützen. Während der Zeit, da Pilsudski Präsident war, hat die Linke umfassende Möglichkeiten, sie wurde aber durch den parlamentarischen Kretinismus machtlos gemacht. Die Ausschaltung Pilsudskis, der Mord am **Narutowicz** konnten die Linken nicht zum Kampfe anfeuern. Während der Krakauer Novemberereignisse, die zeigten, daß in der Armee die Erinnerungen an Pilsudski und die linken Sympathien stark sind, wußten die Sozialisten nur zu vermitteln und zu beruhigen. Jetzt, auf dem letzten PPS.-Kongreß warnten die Führer der Partei ihre Genossen, sich auf die Diktatur Pilsudski einzuschwören. **„Er ist nicht unser Mann"** — erklärten sie der erstaunten Menge; nur weil sie fürchteten, in ein ungewisses Abenteuer mit möglichen revolutionären Verwicklungen hineingezogen zu werden.

Es ist ausgeschlossen, daß die Rechte ihre Faschisten opfert: die Faschisten werden heil davonkommen. Bei der unter den jetzigen Umständen unvermeidlichen neuen Massenstreikwelle in Polen wird die Bourgeoisie auf ihre Dienste nicht verzichten können. Und vielleicht wird der Diener dann die Gelegenheit nicht versäumen, sich zum Herren aufzuschwingen.

Buchbesprechungen

Bulletin der Balkanföderation*).

Von A. Neurath (Prag).

** Mit Recht wird die Balkanhalbinsel als der fortglimmende Herd bezeichnet, an dem sich immer und immer wieder gewaltige Brände entzünden können. Dem Weltkrieg gingen jene Konflikte zwischen Österreich und Serbien voraus, an denen alle Großmächte beteiligt waren und die schließlich zu der großen Katastrophe führten. Obwohl die Türkei nach dem Krieg aus Europa entfernt worden ist, bleibt der Balkan nach wie vor jener gefährliche Boden, auf dem soviel Explosionsstoff erzeugt wird als nötig ist, um die ganze Welt noch einmal in Brand zu stecken.

Im Kampfe um die Beherrschung des Balkans sind Deutschland und Österreich gegenwärtig ausgeschaltet. Um so heftiger ringen England und Frankreich um den entscheidenden Einfluß auf jenes Gebiet. Das bedeutendste Gebiet auf dem Balkan ist wegen seiner geographischen Lage Mazedonien. Mazedonien ist fast von allen Nationen des Balkans bewohnt, und zwar in einem solchen Verhältnis, daß keine Nation über die Mehrheit verfügt. Dieser Umstand hatte es den Großmächten schon früher erleichtert, die kleinen Balkanstaaten und die Mazedonien bewohnenden Nationen gegeneinander zu verhetzen. Mit ganz außergewöhnlicher Geschicklichkeit hat sich das frühere zaristische Rußland in dieser Hinsicht betätigt. Das zaristische Rußland ist vernichtet, die Bauern und Arbeiter Rußlands haben die politische Macht ergriffen und den arbeitenden Klassen aller Balkanländer die Hand zu einem Freundschaftsbund geboten, der sich gegen die Bourgeoisie aller Klein- und Großmächte richten soll. Der Kampf zwischen England und Frankreich geht — wie schon seit vielen Jahren — um die Beherrschung der Meerengen. Wie immer sich diese Großmächte zu den Balkanländern verhalten, ihr letztes Ziel besteht in der uneingeschränkten Beherrschung der Meerengen.

Die Arbeiter und Bauern Sowjetrußlands rufen die Bauernmassen der Balkanstaaten auf zum Kampfe zunächst gegen die eigene Bourgeoisie. Nach dem Siege der Unterdrückten und Ausgebeuteten der Balkanstaaten über ihre Ausbeuter wird die Schaffung einer republikanischen Balkanföderation möglich sein, die, gestützt auf die Freundschaft des gewaltigen russischen Arbeiter- und Bauernstaates, die Kraft haben wird, alle frechen imperialistischen Ansprüche der kapitalistischen Großmächte abzuweisen.

Im Sinne dieser Politik wirken vor allem die Sektionen der Kommunistischen Internationale auf dem Balkan. Im wesentlichen sind es gemeinsame wirtschaftliche und politische Aufgaben, die den arbeitenden Massen der Balkanstaaten gestellt sind. Der nationalen Verhetzung kann nur die KP. entgegenwirken. Aus diesem Grunde wurden die Balkansektionen der Komintern in einer höheren Einheit (Balkanföderation) zusammengefaßt. Die Kommunistischen Parteien des Balkans stehen tatsächlich vor den schwierigsten und kompliziertesten Aufgaben. In erster Linie widmen sich dort die kommunistischen Parteien den Problemen der Nationalitäten- und der Agrarfrage.

Die möglichst genaue Kenntnis der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse des Balkans ist natürlich nicht nur für die Arbeiter und Bauern der Balkanstaaten, sondern auch für das Proletariat aller kapitalistischen Staaten, besonders aber der europäischen Staaten außerordentlich wichtig. Das hat schon die II. Internationale erkannt, und sie hat sich während der beiden Balkankriege bemüht, einiges Material über die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse der Balkanländer zu verbreiten. Diese notwendige Aufklärung ist heute dringender geworden denn je. Wir müssen bedenken, daß der Balkan vor allem von Kleinbauern bevölkert ist. Ungefähr 80 bis 85% der Bevölkerung sind in der Landwirtschaft tätig. Nur in einigen Balkanstaaten gibt es einigermaßen entwickelte Industrien, wie zum Beispiel in Jugoslawien, und da vor allem wieder in Kroatien, und ferner in Rumänien. Außerdem spielt in den kleinen Städten das Handwerkertum eine nicht geringere Rolle als das Industrieproletariat. Die KP. eines Balkanstaates muß es also verstehen, möglichst großen Einfluß auf solche Arbeitermassen zu gewinnen, die sich noch wenig von ihrer kleinbürgerlichen Ideologie freimachen konnten und infolgedessen vor allem der nationalistischen Verhetzung nicht unzugänglich sind. Die größte Aufmerksamkeit muß die KP. dem Agrarproblem zuwenden. In jedem Balkanstaat verstehen es die Großgrundbesitzer, die kleinen Bauern für sich zu gewinnen, sie für ihre Interessen auszunützen. Das gilt ganz besonders für Jugoslawien. Der Kampf der Radic-Partei gegen die serbische Regierung, das heißt gegen die serbische Bourgeoisie, ist vor allem ein Kampf zwischen zwei gewaltigen Gruppen von Ausbeutern innerhalb des jugoslawischen Königreichs. Tatsächlich ist es der Radic-Partei gelungen, großen Einfluß auf die kleinbäuerlichen Massen zu gewinnen und deren ökonomische Kraft gegen die serbische Bourgeoisie auszuspielen.

Da ist es nun die Aufgabe der KP., die Bauernmassen loszulösen von der Bourgeoisie, sie zu verbünden mit dem Industrieproletariat, sie über die nationale Frage und die Bodenverteilung usw. aufzuklären. Besonders wichtig ist die Aufgabe der Balkanföderation, die Bauern und Arbeiter der verschiedenen Balkanstaaten einander näherzubringen, ihnen das Verständnis der Verhältnisse in den einzelnen Balkangebieten zu erleichtern und so allmählich die große, das ganze Balkangebiet umfassende Einheitsfront der Arbeiter und Bauern herzustellen. Diese Aufgabe, die ihre Bedeutung nicht nur für das Balkanproletariat, sondern für die gesamte internationale Arbeiterschaft hat, wird dadurch außerordentlich gefördert, daß die Balkanföderation seit dem 15. Januar ein Bulletin herausgibt, das vor allem als Informationsorgan gedacht ist und in dem auch zu den schwierigsten Problemen der Balkanpolitik (Nationalitätenfrage und Agrarproblem) in Aufsätzen und Resolutionen der Balkanföderation Stellung genommen wird. Diese Zeitschrift verdient die größte Aufmerksamkeit der Vertrauenspersonen der europäischen Sektionen in der Kommunistischen Internationale. In dem ersten

*) Das Bulletin der Balkanföderation erscheint einmal monatlich. Preis pro Exemplar Kö 3000. Bestellungen oder Sendungen sind zu richten an: Josef Grün, Wien, IX., Liechtensteinstraße 117.

Heft, das vor uns liegt, werden die Beschlüsse der Balkanföderation in der bulgarischen, rumänischen und griechischen Frage veröffentlicht. Außerdem enthält die Nummer Aufsätze über die Nationalitätenfrage und das Agrarproblem sowie über die Gewerkschaftsfrage und ferner Aufsätze über die mazedonische, thrazische Frage und die Frage der faschistischen Bewegung.

Russische Erzählungen.*)

Von K. Cs.

** Der Band besteht aus vier ausgewählten Erzählungen. Man kommt fast in Verlegenheit, wenn man die eine der anderen vorziehen will. Die Erzählungen sind von vier verschiedenen Verfassern, trotz alledem haben sie etwas Gemeinsames an sich. Der Schauplatz ist die Revolution; Gestalten, Typen, Geschehnisse der Revolution beleben die Seiten. Ssaschka, der kleine Lumpenproletarier in Ssejfulius' „Invalide", das Räubergeschlecht Bokow und das kleine eitle Sowjetfräulein in den „Freizüglern" von Jakowlew und die trägen sibirischen Bauerngestalten aus Iwanows „Partisanen" — alle sind vom Wirbel der Zeit erfaßt, sie sind sozusagen entpersönlicht. Sie leben — lieben — leiden — treiben — sterben; ihr Getreide wächst jedoch aus ihrem Boden heraus. Irgendeine dunkle Kraft peitscht sie nach eisernen Gesetzen vorwärts. Sie sind welkes Laub der kapitalistischen Erziehung, arme, unwissende Bauern oder Proletarier, die ans Licht wollen und die der Sturmwind weitertreibt. Sie sehen die Sonne am Horizont, aber ihre eigene Schwerkraft, ihre Dunkelheit, ihre Ratlosigkeit — Erbschaften einer alten Welt — drücken viele zu Boden.

Die Art und Weise, wie die künstlerische Darstellung bei allen vier Verfassern das Thema in Angriff nimmt, läßt auf ein und dieselbe Weltanschauung schließen, man bearbeitet und betrachtet Grundverschiedenes aus derselben Perspektive. In der jungen revolutionären russischen Literatur ist das öfter der Fall. Der historische Materialismus als Weltanschauung hat der Literatur seinen determinativen Charakter auferlegt. Die Erzählungen tragen ein Gepräge von revolutionärem Massenheldentum an sich und sind hauptsächlich deshalb von Bedeutung, weil sie nicht so sehr in der Form als vielmehr dem **Wesen nach** eine Änderung bringen. Man gewinnt, indem man das Buch durchblättert, das Gefühl, wie kindisch-lächerlich eigentlich alles individuelle Wollen in dem großen Strome der historischen Gesetzmäßigkeiten verschwindet. Ein urelementarer Kollektivismus — obwohl noch negativ — vereint die in gemeinsamem Leiden verbundene Masse.

Am deutlichsten kommt eine solche Art von Entpersönlichung in Tamarius' „Wüste" zum Ausdruck. Es klingt stellenweise wie in einem Epos. Es stammt ja aus der Heldenzeit der Revolution. Vierhundert politische Gefangene werden von einem Kriegsschiff der Weißen am Ufer des Kaspischen Meeres auf einer öden Wüstenhalbinsel an Land gesetzt, damit sie ohne Wasser und Nahrung dem Tode preisgegeben seien. Und die Vierhundert durchwandern die Wüste unter unsäglichen Qualen. Es ist ein fast biblischer Leidensweg einer heldenhaften Masse. Viele sinken um, und ihre Spuren verweht der Sand. Von den vierhundert roten Arrestanten erreicht nur ein kleines Häuflein das Ziel:

„Knapp 20 Werst vor der Stadt brach der Turkmene zusammen, blutiger Schaum quoll ihm aus dem Munde. Doch die Stadt tauchte schon auf, wenn auch nur undeutlich mit den Augen wahrzunehmen, die blutunterlaufen, geschwollen, vom Sand verklebt und vereitert, den Dienst versagten.

Dies war mittags, am zehnten Marschtage. Eine Gruppe sonderbar aussehender Leute betrat die Stadt Krasnowodsk. Die schwarzen, verbrannten Gesichter mit tief eingefallenen Augen, die blutenden Geschwüre auf den Lippen, die schmutzigblutigen Fetzen auf dem Körper, die erweiterten Pupillen und irr brennenden Augen machten das Volk auf sie aufmerksam; die nackten, zerfetzten, von Splittern durchbohrten Füße dieser Leute klebten an den heißen Steinen fest und hinterließen blutige Spuren usw."

Ssejfulius' „Invalide" ist ein Kapitel an und für sich. Ssaschka, der 16jährige kleine Strolch, ein Lumpenproletarier, der Sohn einer Prostituierten, ein russisch-liebenswürdiger Taugenichts, ist ein Elendsprodukt einer verfaulten Gesellschaft. Im großen Revolutionswirbel taumelt er herum, wie ein Nachtschmetterling im Licht. Er ahnt etwas von einem besseren Sein, er selbst aber vermag nicht über sein verfehltes Ich hinweg. Er kann nicht mehr gerettet werden. Er wird zum Einbrecher und kommt vor das Jugendgericht. Über ihn hinweg „läuten aber doch die Glocken der Befreiung".

In **Jakowlews** „Freizügler" zieht die Geschichte einer alten Räubergeneration an uns vorüber. Am Ufer der Wolga, in einer alten Schenke, vor zweihundert Jahren, beginnt die Geschichte. Der Schenkenwirt Bokow ist ein Räuber. Und alle seine Nachkommen sind ebenfalls Banditen. Das Blut der Ahnen vererbt sich. Der letzte Bokow lebt in der heutigen Revolutionszeit. Er wird Kommunist und Sowjetvorsitzender. Da kommt das Weib. Ninotschka, die kleine eitle Dirne von adeliger Herkunft, das Sowjetfräulein („Barisnja"), wird seine Sekretärin, seine Frau und sein Verhängnis. Sie verleitet ihn zu bösen Taten, sein altes Räuberblut rächt sich, und beide werden vom revolutionären Gericht zum Tode durch Erschießen verurteilt.

Iwanow ist der Meister des Bäuerlichen. In seinen „Partisanen" erlebt man träge sibirische Bauerngestalten im revolutionären Milieu. Die Verhältnisse machen aus den Bauern revolutionäre Partisanen. Dem ausschlaggebenden Moment jedoch fehlt jeder prinzipielle Vorbedacht. Koltschaktruppen provozieren die Bauern beim Schnapstrinken; es ist fast lächerlich — aber dies ist hier der große Moment, der den sibirischen Bauernaufstand, die Partisanenbewegung, in dieser Gegend in Schwung bringt. Alles geht elementar vor sich, die Verhältnisse drängen unbewußt; — wo dann der Zündstoff explodiert, ist eigentlich Nebensache.

Carl Holtz' Illustrationen haben den Inhalt der Erzählungen prächtig erfaßt.

*) „Russische Erzählungen." Band II. Verlag Carl Hoym Nachf., Louis Cahnbley, Hamburg 8; 1923. Zeichnungen von Karl Holtz.

Zur Beachtung!

In der Nr. 49 vom 29. Dezember v. J. veröffentlichten wir einen kurzen Bericht über den Vortrag des Genossen **D. B. Rjasanow „Über den literarischen Nachlaß von Marx und Engels"**. Der Artikel, wie uns Genosse Rjasanow selbst mitteilt, enthält mehrere Ungenauigkeiten sowohl was die neuen Funde im Nachlasse, wie auch was den Charakter der Verhandlungen Rjasanows mit Bernstein und mit dem Zentralvorstande der VSPD. betrifft. Der vollständige Text des Vortrages, den Genosse Rjasanow nach seiner Rückkehr in der Moskauer **„Sozialistischen Akademie" hielt**, wird in der nächsten Nummer der **„Kommunistischen Internationale"** veröffentlicht werden.

Die Redaktion.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl, Wien, IX., Berggasse 31.